



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y6432A

1972

Montag, den 13. November 1972

Nr. 46

Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei	
Richtlinien über die Eignung der Ausbildungsstätten und die Ausbilder für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsangestellter“	1921
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 10. 1972 bis 27. 10. 1972	1922
Der Hessische Minister des Innern	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Kleenheim, Landkreis Wetzlar	1923
§ 168 a HBG; hier: Berechnung der Höchstgrenze	1923
Erklärung über den Bezug von Kinderzuschlag, Ortzuschlag und Sozialzuschlag — Erklärung K, O und S	1923
Richtlinien zur Ermittlung der Zahl von Stellplätzen (Stellplatz-Richtlinien)	1926
Vollzug des Zweiten Wohngeldgesetzes; hier: Rückforderung überzahlten Wohngeldes	1927
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	
Ortsdurchfahrten-Richtlinien; hier: Beteiligung an den Kosten der Erneuerung gemeindlicher Mischkanalisationen	1927
Widmung der neugebauten Anschlußstelle Hellenhütte im Zuge der Bundesstraße 45 und Abstufung einer Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 200 in der Gemarkung Klein-Auheim, Landkreis Offenbach	1928
Verbindung des Liegenschaftskatasters mit dem Grundbuch	1928
Der Hessische Sozialminister	
Kriegsopferfürsorge; hier: Auswirkungen der Gebietsreform auf die Abwicklung von Darlehensverträgen	1928
Kriegsopferfürsorge; hier: Erholungsfürsorge nach § 27 a Absatz 2 BVG	1928
Kriegsopferfürsorge; hier: Erholungsfürsorge nach § 27 a Absatz 2 BVG	1929
Einmalige Unterstützung der Bundesregierung (Begrüßungsgabe); hier: Erhöhung der Begrüßungsgabe	1929
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	
Durchführung des § 3 Abs. 3 der Dienstjubiläumungsverordnung (JVO) vom 22. 3. 1966	1929
Flurbereinigung Dorla, Krs. Fritzlar-Hörsching	1929
Personalnachrichten	
Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	1930
Im Bereich des Hessischen Kultusministers	1930
Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik	1940
Regierungspräsidenten	
DARMSTADT	
Benennung von Gemeindeteilen	1940
Vorhaben der Firma E. Merck, Darmstadt	1941
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Beerfelden — Stadtteil Airlenbach —, Odenwaldkreis	1942
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Weidelbach, Dillkreis	1944
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Bad König — Ortsteil Zell —, Odenwaldkreis	1946
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Landesversicherungsanstalt Hessen — Eleonoren-Klinik Winterkasten —, Landkreis Bergstraße	1948
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Reichelsheim — Ortsteil Klein-Gumpen —, Odenwaldkreis	1951
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Sechshelden, Dillkreis	1953
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Merkenbach, Dillkreis	1955
Buchbesprechungen	1958
Öffentlicher Anzeiger	
Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Ortsteil Anspach nach Ortsteil Anspach	1963
Vermögensrechnung des Hessischen Rundfunks zum 31. Dezember 1971	1964

Seite 1921

1378

Der Hessische Ministerpräsident

Richtlinien über die Eignung der Ausbildungsstätten und die Ausbilder für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsangestellter“

Auf Grund des § 44 BBiG erlasse ich auf Vorschlag des Berufsbildungsausschusses nachstehende Richtlinien über die Eignung der Ausbildungsstätten und die Ausbilder:

1. Eignung der Ausbildungsstätten (§ 22 BBiG)

1.1 Art und Umfang der Aufgaben sowie der Arbeitsverfahren müssen gewährleistet sein, daß die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten in den folgenden Bereichen vermittelt werden können:

- a) Allgemeine Verwaltung
- b) Personalverwaltung
- c) Fachverwaltung (Sozial-, Bau- oder Ordnungswesen)
- d) Finanzverwaltung

Können diese Kenntnisse und Fertigkeiten nicht in vollem Umfang in der Ausbildungsstätte vermittelt werden, so ist dieser Mangel durch Ausbildungsmaßnahmen in einer anderen geeigneten Ausbildungsstätte zu beheben. Diese Maßnahmen müssen im Berufsbildungsvertrag ausdrücklich vereinbart sein.

1.2 Die Ausbildungsstätte muß über eine ausreichende Einrichtung und Ausstattung verfügen. Dazu gehören insbesondere zeitgemäße bürotechnische Einrichtungen, Büroorganisationsmittel und Bürohilfsmittel. Daneben müssen die erforderlichen Ausbildungsmittel zur Verfügung stehen, z. B. Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Lehrbücher. Darüber hinaus soll die Ausbildungsstätte in der Lage sein, den Auszubildenden ergänzend zur praktischen Ausbildung über die Rechtsgrundlagen des Arbeitsgebiets und über die Zusammenhänge des Arbeitsablaufs zu unterrichten.

1.3 Als angemessenes Verhältnis der Zahl der Auszubildenden zur Zahl der Fachkräfte im Sinne des § 22 Abs. 1 Nr. 2 BBiG gilt in der Regel

eine bis zwei Fachkräfte	= 1 Auszubildender
drei bis fünf Fachkräfte	= 2 Auszubildende
sechs bis acht Fachkräfte	= 3 Auszubildende
je weitere drei Fachkräfte	= 1 weiterer Auszubildender

Als Fachkraft gelten der Auszubildende, der bestellte Ausbilder oder wer eine Ausbildung in einer dem Ausbildungsberuf entsprechenden Fachrichtung abgeschlossen hat oder mindestens das Zweifache der Zeit,

die als Ausbildungszeit vorgeschrieben ist, in dem Beruf tätig gewesen ist, in dem ausgebildet werden soll. Bei der Berechnung des Verhältnisses nach Satz 1 sind die Personen in die Zahl der Auszubildenden einzubeziehen, die in der Ausbildungsstätte für einen vergleichbaren Beruf (z. B. Beamtenanwärter, Bürogehilfin) ausgebildet werden.

- 1.4 Sind bei einer Ausbildungsstätte mehrere Ausbilder tätig, so soll ein leitender Ausbilder bestellt werden.
- 1.5 Es muß sichergestellt sein, daß für Ausbilder und die am Arbeitsplatz ausbildenden Sachbearbeiter ein angemessener Teil der Arbeitszeit für die Ausbildungstätigkeit zur Verfügung steht. Die Ausbildungsstätte hat den Ausbilder in angemessenem Umfang für die notwendige Ausbildung und Fortbildung freizustellen.
- 1.6 In der Ausbildungsstätte müssen die einschlägigen gültigen Ausbildungsordnungen bzw. die nach § 108 Abs. 1 BBiG anzuwendenden Berufsbilder, Berufsbildungspläne, Prüfungsordnungen und fachlichen Vorschriften vorliegen.
- 1.7 In der Ausbildungsstätte ist ein Gesamtausbildungsplan aufzustellen. Der Gesamtausbildungsplan soll unter Berücksichtigung der Struktur der Ausbildungsstätte Angaben enthalten über die Ausbildungsplätze, die Ausbildungsabschnitte, die zu vermittelnden Ausbildungsinhalte und die zugeordneten Ausbildungszeiten.
- 1.8 Die vorstehenden Regelungen treten mit Inkrafttreten einer für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsangestellter“ geltenden Ausbildungsordnung nach § 25 BBiG außer Kraft.

2. Ausbilder

2.1 Begriff des Ausbilders (§ 20 Abs. 4 BBiG)

Ausbilder im Sinne des BBiG sind bei der Ausbildungsstätte hauptberuflich beschäftigte Personen, die innerhalb einer Organisationseinheit für die Ausbildung verantwortlich sind. Eine Organisationseinheit in diesem Sinne umfaßt in der Regel mehrere Sachgebiete.

2.2 Aufgaben des Ausbilders

- Mitwirkung an der Erstellung des Gesamtausbildungsplanes (zeitliche und sachliche Gliederung, Ausbildungsinhalt),
- Mitwirkung bei der Auswahl der am Arbeitsplatz ausbildenden Sachbearbeiter,
- fachpädagogische Anleitung der am Arbeitsplatz ausbildenden Sachbearbeiter,
- fachtheoretische Unterweisung der Auszubildenden für den Gesamtbereich der Organisationseinheit,
- Überwachung der Ausbildung und Kontrolle des Ausbildungserfolges innerhalb der Organisationseinheit, ständige Fühlungnahme mit dem leitenden Ausbilder, sofern ein solcher bestellt ist,
- ständiger Kontakt mit den Auszubildenden,
- abschließende Beurteilung der Auszubildenden über die Ausbildung in der Organisationseinheit in Zusammenarbeit mit den ausbildenden Sachbearbeitern und Besprechung der Beurteilung mit dem Auszubildenden.

2.3 Anforderungen, die an die Ausbilder zu stellen sind

2.31 Allgemeine Anforderungen

Der Ausbilder muß

- über eine breit angelegte Ausbildung auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung und
- über eine mindestens dreijährige Berufspraxis in der Verwaltung nach Abschluß der Ausbildung verfügen.

Eines Nachweises über die Berufsausbildung im Sinne des Satzes 1 Buchst. a bedarf es nicht, wenn der Ausbilder mindestens die Verwaltungsprüfung I abgelegt hat.

2.32 Besondere Anforderungen

Der Ausbilder muß ferner über besondere Kenntnisse über die in der Organisationseinheit wahrzunehmenden Aufgaben verfügen und darüber hinaus in der Lage sein, den Auszubildenden über Aufbau und Organisation der Ausbildungsstätte zu unterrichten.

2.33 Berufs- und arbeitspädagogische Eignung

Der Ausbilder muß über berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten in folgenden Sachgebieten verfügen:

- Grundfragen der Berufsausbildung
- Planung und Durchführung der Ausbildung (Methodik und Didaktik)
- Der Jugendliche in der Ausbildung
- Rechtsgrundlagen

Diese Kenntnisse und Fähigkeiten können insbesondere durch die Teilnahme an entsprechenden Lehrgängen und Fortbildungsveranstaltungen erworben werden. Über die Anerkennung der Lehrgänge entscheidet die zuständige Stelle.

2.34 Die berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse und Fähigkeiten nach Nr. 2.33 müssen spätestens bis zum 31. August 1975 nachgewiesen werden.

2.35 Die Nummern 2.33 und 2.34 treten mit Inkrafttreten einer für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsangestellter“ geltenden Rechtsverordnung nach § 21 BBiG außer Kraft.

3. Leitender Ausbilder

3.1 Aufgaben

Der leitende Ausbilder ist verantwortlich für die gesamte Ausbildung der Auszubildenden innerhalb der Ausbildungsstätte. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Erstellung des Gesamtausbildungsplanes in Zusammenarbeit mit den Ausbildern,
- Mitwirkung bei der Auswahl der Ausbilder und der am Arbeitsplatz ausbildenden Sachbearbeiter,
- ständige Beratung der Ausbilder,
- Förderung der Ausbildung der Ausbilder,
- Kontakt zu den Auszubildenden und ihren Vertretungen,
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Auszubildenden und sonstigen Mitarbeitern der Ausbildungsstätte,
- Auswertung der von den Ausbildern abgegebenen Beurteilungen. Abschließende Beurteilung am Ende der Ausbildungszeit,
- Kontakt mit Berufsschule, Verwaltungsseminar und Erziehungsberechtigten.

Ist ein leitender Ausbilder nicht bestellt, so werden die Aufgaben nach Buchstabe a), e), f), g) und h) von dem Ausbilder wahrgenommen.

3.2 Anforderungen

Als leitender Ausbilder sollte nur berufen werden, wer

- die Voraussetzungen der Nummern 2.31—2.33 erfüllt und
- mehrere Jahre als Ausbilder tätig war.

Von den Erfordernissen einer praktischen Tätigkeit als Ausbilder im Sinne der Nummer 2.2 kann bis zum 31. August 1974 abgesehen werden.

Wiesbaden, 24. 10. 1972

Der Direktor
des Landespersonalamtes

StAnz. 46/1972 S. 1921

1379

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes
in der Zeit vom 13. 10. 1972 bis 27. 10. 1972

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Statistische Berichte

AO/Volkszählung 1970 — 3

Die Struktur der Wohnbevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen

(Weitere Ergebnisse aus den Gemeindetabellen der Volks- und Berufszählung 1970)

Preis
DM

4,—

	Preis DM		Preis DM
B VII 3 — 1/72 Vergleichszahlen zu den Kommunalwahlen in Hessen am 22. Oktober 1972	2,—	G IV 1 — m 8/72 Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im August 1972	—,50
B VII 3 — 2/72 Die Gemeinde- und Kreiswahlen in Hessen am 22. Oktober 1972 (Vorläufige Ergebnisse)	2,—	G IV 3 — m 8/72 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im August 1972	—,50
C I 1 — j/72 Die Bodennutzung in Hessen 1972 (Gebietsstand: 30. 6. 1972)	1,—	H I 1 — m 7/72 Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 1972	1,—
C II 1 — m 10/72 (erscheint nur für April bis Dezember) Die Kartoffelernte 1972 in Hessen	—,50	H I 1 — m 8/72 (Vorläufige Zahlen) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im August 1972	—,50
C II 2 — m 9/72 (erscheint nur für April bis Oktober) Ernteberichterstattung über Gemüse in Hessen für September 1972	—,50	Vorauswertung — Vorläufige Zahlen	—,50
C IV 3 — m 9/72 Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen in Hessen im September 1972	—,50	H I 4 — m 8/72 Der Fremdenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im August 1972	—,50
E I 1 — m 8/72 Die Industrie in Hessen im August 1972	1,50	L I 1 — m 8/72 (früher L II 1) Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im August 1972	—,50
E I 2 — m 8/72 Die industrielle Produktion in Hessen im August 1972	1,—	M I 1 — m 8/72 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im August 1972	1,50
F I 1 — m 8/72 Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 1972	1,—	M I 2 — m 9/72 Verbraucherpreise in Hessen im September 1972	1,50
G I 1 — m 8/72 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im August 1972	—,50		
G III 1 — m 8/72 Die Ausfuhr Hessens im August 1972	1,—		

Wiesbaden, 27. 10. 1972

Hessisches Statistisches Landesamt

Z 231 — 77 a 241/72

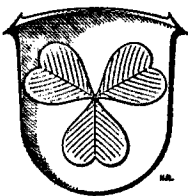
StAnz. 46/1972 S. 1922

1380

Der Hessische Minister des Innern

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Kleenheim, Landkreis Wetzlar

Der Gemeinde Kleenheim im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



Kleenheim

„In Gold ein rotes dreiblättriges Kleeblatt.“

Wiesbaden, 26. 10. 1972

Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 06 — 35/72

StAnz. 46/1972 S. 1923

bezug. Ist also die Höchstgrenze niedriger als der zu regelnde Versorgungsbezug, bildet dieser die Höchstgrenze.

Wiesbaden, 20. 10. 1972

Der Hessische Minister des Innern

I A 55 — P 1602 A — 115

StAnz. 46/1972 S. 1923

1382

Erklärung über den Bezug von Kinderzuschlag, Ortszuschlag und Sozialzuschlag — Erklärung K, O und S —

Bezug: Erlaß vom 20. September 1963 (StAnz. S. 1143)

Der mit dem Bezugerlaß bekanntgegebene Vordruck „Erklärung K und O“ über den Bezug von Kinderzuschlag und Ortszuschlag wird durch den nachstehenden neuen Vordruck „Erklärung K, O und S“ ersetzt. Der neue Vordruck entspricht im wesentlichen dem vom Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern mit Rundschreiben vom 7. Dezember 1971 bekanntgegebenen Muster für den Bereich der Bundesverwaltung. Er trägt der teilweise veränderten Rechtslage Rechnung und erfaßt damit auch den Sozialzuschlag der im Arbeitsverhältnis beschäftigten Bediensteten.

Ich bitte, zur Belegung der ab Haushaltsjahr 1972 gezahlten Kinderzuschläge, Ortszuschläge und Sozialzuschläge ausschließlich den neuen Vordruck zu verwenden, der von der Landesbeschaffungsstelle Hessen, 62 Wiesbaden, Humboldtstraße 14, bezogen werden kann.

Die mit Erlaß vom 16. Juli 1970 (StAnz. S. 1550) eingeführte Einschränkung des erklärungsspflichtigen Personenkreises bleibt unberührt.

Wiesbaden, 16. 10. 1972

Der Hessische Minister des Innern

I A 51 — P 1513 A — 93

StAnz. 46/1972 S. 1923

1381

§ 168 a HBG;

hier: Berechnung der Höchstgrenze

Im Regelfall dürfte die nach § 168 a Abs. 2 HBG zu ermittelnde Höchstgrenze den Betrag des gesetzlichen Versorgungsbezuges übersteigen. Bei der Gewährung von Mindestversorgungsbezügen und Mindestunfallversorgungsbezügen (§§ 132, 153, 223 HBG, § 141 a BBG) besteht jedoch die Möglichkeit, daß der gesetzliche Versorgungsbezug die Höchstgrenze nach § 168 a Abs. 2 HBG überschreitet.

In diesen Fällen bitte ich zu beachten, daß die Höchstgrenze nicht niedriger sein kann, als der zu regelnde Versorgungs-

Bitte unter Beachtung der Bemerkungen sorgfältig ausfüllen und umgehend zurücksenden!)

..... (Behörde)

Personal-Nr.	Kap.	Titel
--------------	------	-------

Erklärung

über den Bezug von Kinderzuschlag, Ortszuschlag und Sozialzuschlag
— Erklärung K, O und S —

für das Haushaltsjahr 19.....

Geprüft am
(Unterschrift, Amtsbez. o. dgl.)

des — Vormunds (Pflegers) — der — Witwe des
(Amtsbezeichnung oder dgl., Vorname, Familienname des Bediensteten)

bei in
(Dienststelle) (Dienstort)

A. Kinder, für die Kinderzuschlag gezahlt worden ist oder die beim Ortszuschlag oder Sozialzuschlag berücksichtigt worden sind

1	2	3	4	5	6	7	8					
Nr.	Vorname des Kindes (in der Reihenfolge der Geburt, bei nichtehelichen Kindern, Stiefkindern, Pflegekindern und Enkeln auch Familienname)	Geburts-			Pflegekinder		Angaben für Kinder über 18 Jahre			Monatliches Einkommen des dauernd erwerbsunfähigen Kindes ohne Waisengeld und ohne Waisenrente DM		
		tag	monat	jahr	Höhe der monatlich von anderer Seite gewährten Unterhaltsleistungen		Bezeichnung der Schule, Art der Berufsausbildung, freiwilliges soziales Jahr, Grund der dauernden Erwerbsunfähigkeit, Grundwehrdienst, ziviler Ersatzdienst	Dauer der Schul- oder Berufsausbildung, des freiwilligen sozialen Jahres, der Erwerbsunfähigkeit, des Grundwehrdienstes oder des zivilen Ersatzdienstes				
		Art des Kindes einsetzen einen der Buchstaben a-e (siehe zu)			bar DM	an Sachbezügen		Tag	von	bis (voraussichtlich)		
1. Kinder, für die ich Kinderzuschlag erhalten habe:												
.....	
2. Kinder, für die ich keinen Kinderzuschlag erhalten habe, die aber bei meinem Ortszuschlag/Sozialzuschlag berücksichtigt worden sind (ggf. ist in Spalte 6 „Grundwehrdienst“ oder „ziviler Ersatzdienst“ anzugeben):												
.....	

3. a) Leben die aufgeführten Kinder noch? 1)	a)
	(ja/nein)
b) Welches Kind nicht mehr und seit wann?	b) seit verstorben
 seit verstorben
4. a) Haben andere Personen für die aufgeführten Kinder Kinderzuschläge, Kinderbeihilfen, Kindergeld oder dgl. erhalten?	a)
	(ja/nein)
b) Wem wurden sie gezahlt (z. B. Ihrem Ehegatten, dem anderen Elternteil, dem natürlichen Vater, der natürlichen Mutter)? Für welche Kinder? In welcher Höhe? Von welcher Stelle? (Für jedes Kind getrennt angeben.)	b) An (Zahlungsempfänger)
	für DM monatlich
	von (zahlende Stelle)
	An (Zahlungsempfänger)
	für DM monatlich
	von (zahlende Stelle)

5. a) Haben die aufgeführten Kinder über 18 Jahre die Schul- oder Berufsausbildung, das freiwillige soziale Jahr, den Grundwehrdienst oder den zivilen Ersatzdienst unterbrochen?	a) (ja/nein)		
b) Welches Kind und für welchen Zeitraum?	b) von bis 19 von bis 19		
6. a) Haben die aufgeführten Kinder über 18 Jahre im Zusammenhang mit ihrer Ausbildung Dienstbezüge oder Arbeitsentgelt erhalten?	a) (ja/nein)		
b) Welches Kind und für welchen Zeitraum?	b) von bis 19 von bis 19		
7. a) Haben die aufgeführten Kinder über 18 Jahre im Zusammenhang mit ihrer Ausbildung sonstige Zuwendungen ³⁾ erhalten?	a) (ja/nein)		
b) Welches Kind für welchen Zeitraum und in welcher Art und Höhe?	b) von bis 19 (Art der Zuwendung) DM monatlich von bis 19 (Art der Zuwendung) DM monatlich		
8. a) Befanden sich die aufgeführten Stiefkinder, Pflegekinder und Enkel in Ihrer Wohnung oder waren sie auf Ihre Kosten (in welcher Höhe?) anderweit untergebracht, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit ihnen aufgehoben wurde?	a) (ja/nein)	Höhe der Unterbringungskosten	DM monatl.
b) Welches Kind nicht mehr und seit wann?	b) seit 19 (Vor- und Familienname)		
c) Warum konnten die natürlichen Eltern den Unterhalt für die Enkel nicht bestreiten?	c) (Begründung)		
9. a) Sind Kinder, die unter 2. aufgeführt sind, während des Grundwehrdienstes zu Soldaten auf Zeit (Empfänger von Dienstbezügen) ernannt worden?	a) (ja/nein)		
b) Welches Kind und seit wann?	b) seit 19 seit 19		

B. Ortszuschlag (Nur von den unter 40 Jahre alten ledigen Bediensteten zu beantworten, die den Ortszuschlag der Stufe 2 für Verheiratete erhalten)

a) Haben sich die Voraussetzungen für den Bezug des Ortszuschlages der Stufe 2 geändert, insbesondere die 1) Höhe des Einkommens der unterstützten Personen, 2) Unterbringung des nichtehelichen Kindes in der Wohnung des Bediensteten?	a) (ja/nein)	
b) Wenn ja, seit wann, wodurch?	b) seit 19 (Begründung)	

Ich versichere, daß meine Angaben vollständig und richtig sind. Mir ist bekannt, daß ich verpflichtet bin, jede in den vorstehend dargelegten Verhältnissen eintretende Änderung meiner vorgesezten Dienststelle sofort anzuzeigen, und daß ich alle Bezüge, die ich infolge unterlassener, verspäteter oder fehlerhafter Meldung zuviel erhalten habe, zurückzahlen muß.

....., den 19 (Ort)

..... (Unterschrift)

Bemerkungen:

- Sämtliche mit a) bezeichneten Fragen der Abschnitte A und B und die Frage unter Nr. 3 b) sind mit „ja“, „nein“ oder, wenn sie auf den Bezugsberechtigten nicht zutreffen, mit „entfällt“ zu beantworten.
- In Spalte 4 sind zu bezeichnen mit einem:
 - a eheliche Kinder (hierzu gehören auch die früheren nichtehelichen Kinder, die durch nachfolgende Ehe mit der Mutter des Kindes die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt haben), für ehelich erklärte Kinder (nichteheliche Kinder, die die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt haben) und an Kindes Statt angenommene Kinder (Adoptivkinder), das sind Kinder, die durch einen gerichtlich bestätigten Vertrag angenommen sind,
 - b Stiefkinder (Stiefkinder sind die ehelichen, für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kinder des anderen Ehegatten, die nicht auch eigene Kinder sind, und die nichtehelichen Kinder des Ehegatten),
 - c nichteheliche Kinder,
 - d Pflegekinder,
 - e Enkel.
 Ob ein Kind als eheliches Kind, Stiefkind usw. anzusehen ist, richtet sich nach dem Verhältnis des Kindes zu dem Bediensteten, der diese Erklärung abgibt.
- Zu den „sonstigen Zuwendungen“ zählen nicht Ausbildungsvergütungen, Unterhaltzuschüsse für Beamte im Vorbereitungsdienst, soweit sie nur in Höhe eines Bruchteils der vollen Dienstbezüge gewährt werden.

1383

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel

An die Magistrate der Städte
Frankfurt (Main) und Wiesbaden

Richtlinien zur Ermittlung der Zahl von Stellplätzen (Stellplatz-Richtlinien)

Bezug: Mein Erlaß vom 20. 2. 1967 (StAnz. S. 378)

- Die meinem Erlaß vom 20. 2. 1967 (StAnz. S. 378) beige-fügte Anlage (Übersicht) wird durch nachstehende, auf einem Muster der ARGEBAU beruhende Anlage (Richtzahlen für den Stellplatzbedarf mit Allgemeinen Hinweisen für die Anwendung der Richtzahlen) ersetzt.
- Nr. 2 meines Erlasses vom 20. 2. 1967 wird, weil ihr Inhalt — geändert oder ergänzt — teilweise in den Richtzahlen für den Stellplatzbedarf, teilweise in den Allgemeinen Hinweisen für die Anwendung der Richtzahlen aufgegangen ist, gestrichen.

Wiesbaden, 24. 10. 1972

Der Hessische Minister des Innern
V A 1 / V A 4 — 64 c 12 — 1/72
StAnz. 46/1972 S. 1926

*

Richtzahlen für den Stellplatzbedarf

Nr.	Verkehrsquelle	Zahl der Stellplätze (Stpl.)	hiervon f. Besucher in v. H.
1	Wohngebäude		
1.1	Einfamilienhäuser	1-2 Stpl. je Wohnung	—
1.2	Mehrfamilienhäuser und sonstige Gebäude mit Wohnungen	1-1,5 Stpl. je Wohnung	10
1.3	Gebäude mit Altenwohnungen	0,5 Stpl. je Wohnung	20
1.4	Wochenend- und Ferienhäuser	1 Stpl. je Wohnung	—
1.5	Kinder- und Jugendwohnheime	1 Stpl. je 10-20 Betten, jedoch mind. 2 Stpl.	75
1.6	Studentenwohnheime	1 Stpl. je 2 Betten	10
1.7	Schwesterwohnheime	1 Stpl. je 3-5 Betten, jedoch mind. 3 Stpl.	10
1.8	Arbeitnehmerwohnheime	1 Stpl. je 2-4 Betten, jedoch mind. 3 Stpl.	20
1.9	Altenwohnheime, Altenheime	1 Stpl. je 8-15 Betten, jedoch mind. 3 Stpl.	75
2	Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen		
2.1	Büro- und Verwaltungsräume allgemein	1 Stpl. je 30-40 m ² Nutzfläche	20
2.2	Räume mit erheblichem Besucher-verkehr (Schalter-, Abfertigungs- oder Beratungsräume, Arztpraxen u. dergleichen)	1 Stpl. je 20-30 m ² Nutzfläche, jedoch mind. 3 Stpl.	75
3	Verkaufsstätten		
3.1	Läden, Geschäftshäuser	1 Stpl. je 30-40 m ² Verkaufsnutzfläche, jedoch mind. 2 Stpl. je Laden	75
3.2	Geschäftshäuser mit geringem Besucherverkehr	1 Stpl. je 50 m ² Verkaufsnutzfläche	75
3.3	Verbrauchermärkte	1 Stpl. je 10-20 m ² Verkaufsnutzfläche	90
4	Versammlungsstätten (außer Sportstätten), Kirchen		
4.1	Versammlungsstätten von überörtlicher Bedeutung (z. B. Theater, Konzerthäuser, Mehrzweckhallen)	1 Stpl. je 5 Sitzplätze	90
4.2	Sonstige Versammlungsstätten (z. B. Lichtspieltheater, Schulaulen, Vortragssäle)	1 Stpl. je 5 10 Sitzplätze	90
4.3	Gemeindekirchen	1 Stpl. je 20 30 Sitzplätze	90
4.4	Kirchen von überörtlicher Bedeutung	1 Stpl. je 10 20 Sitzplätze	90
5	Sportstätten		
5.1	Sportplätze ohne Besucherplätze (z. B. Trainingsplätze)	1 Stpl. je 250 m ² Sportfläche	—
5.2	Sportplätze mit Sportstätten mit Besucherplätzen	1 Stpl. je 250 m ² Sportfläche zusätzlich 1 Stpl. je 10 15 Besucherplätze	—
5.3	Spiel- und Sporthallen ohne Besucherplätze	1 Stpl. je 50 m ² Hallenfläche	—
5.4	Spiel- und Sporthallen mit Besucherplätzen	1 Stpl. je 50 m ² Hallenfläche zusätzlich 1 Stpl. je 10 15 Besucherplätze	—
5.5	Freibäder und Freiluftbäder	1 Stpl. je 200 bis 300 m ² Grundstücksfläche	—
5.6	Hallenbäder ohne Besucherplätze	1 Stpl. je 5 10 Kleiderablagen	—
5.7	Hallenbäder mit Besucherplätzen	1 Stpl. je 5 10 Kleiderablagen zusätzlich 1 Stpl. je 10 15 Besucherplätze	—
5.8	Tennisplätze ohne Besucherplätze	4 Stpl. je Spielfeld	—
5.9	Tennisplätze mit Besucherplätzen	4 Stpl. je Spielfeld, zusätzlich 1 Stpl. je 10 15 Besucherplätze	—
5.10	Minigolfplätze	6 Stpl. je Minigolfanlage	—
5.11	Kegel-, Bowlingbahnen	4 Stpl. je Bahn	—
5.12	Bootshäuser und Bootslegeplätze	1 Stpl. je 2 5 Boote	—
6	Gaststätten und Beherbergungsbetriebe		
6.1	Gaststätten von örtlicher Bedeutung	1 Stpl. je 5 12 Sitzplätze	75
6.2	Gaststätten von überörtlicher Bedeutung	1 Stpl. je 4 8 Sitzplätze	75
6.3	Hotels, Pensionen, Kurheime und andere Beherbergungsbetriebe	1 Stpl. je 2 6 Betten, für zugehörigen Restaurationsbetrieb Zuschlag nach Nr. 11 oder 6.2	75
6.4	Jugendherbergen	1 Stpl. je 10 Betten	75
7	Krankenanstalten		
7.1	Universitätskliniken	1 Stpl. je 2 1 Betten	90
7.2	Krankenanstalten von überörtlicher Bedeutung (z. B. Schwerpunkt-krankenhäuser), Privatkliniken	1 Stpl. je 3 4 Betten	90
7.3	Krankenanstalten von örtlicher Bedeutung	1 Stpl. je 4 6 Betten	90
7.4	Sanatorien, Kuranstalten, Anstalten für langfristig Kranke	1 Stpl. je 2 4 Betten	25
7.5	Altenpflegeheime	1 Stpl. je 6 10 Betten	75
8	Schulen, Einrichtungen der Jugendförderung		
8.1	Grundschulen	1 Stpl. je 10 Schüler	—
8.2	Sonstige allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen	1 Stpl. je 25 Schüler, zusätzlich 1 Stpl. je 5 10 Schüler über 18 Jahre	—

Nr.	Verkehrsquelle	Zahl der Stellplätze (Stpl.)	hiervon f. Besucher in v. H.
8.3	Sonderschulen für Behinderte	1 Stpl. je 15 Schüler	—
8.4	Fachhochschulen, Hochschulen	1 Stpl. je 2—4 Studierende	—
8.5	Kindergärten, Kindertagesstätten und dergleichen	1 Stpl. je 20—30 Kinder, jedoch mind. 2 Stpl.	—
8.6	Jugendfreizeitheimen und dergleichen	1 Stpl. je 15 Besucherplätze	—
9	Gewerbliche Anlagen		
9.1	Handwerks- und Industriebetriebe	1 Stpl. je 50—70 m ² Nutzfläche oder je 3 Beschäftigte*)	10—30
9.2	Lagerräume, Lagerplätze, Ausstellungs- und Verkaufsplätze	1 Stpl. je 80—100 m ² Nutzfläche oder je 3 Beschäftigte*)	—
9.3	Kraftfahrzeugwerkstätten	6 Stpl. je Wartungs- od. Reparaturstand	—
9.4	Tankstellen mit Pflegeplätzen	10 Stpl. je Pflegeplatz	—
9.5	Automatische Kraftfahrzeugwaschstraßen	5 Stpl. je Waschanlage**)	—
9.6	Kraftfahrzeugwaschplätze zur Selbstbedienung	3 Stpl. je Waschplatz	—
10	Verschiedenes		
10.1	Kleingartenanlagen	1 Stpl. je 3 Kleingärten	—
10.2	Friedhöfe	1 Stpl. je 2000 m ² Grundstücksfläche, jedoch mind. 10 Stpl.	—

*) Der Stellplatzbedarf ist in der Regel nach der Nutzfläche zu berechnen; ergibt sich dabei ein offensichtliches Mißverhältnis zum tatsächlichen Stellplatzbedarf, so ist die Zahl der Beschäftigten zugrunde zu legen.
 **) Zusätzlich muß ein Stauraum für mindestens 40 Kraftfahrzeuge vorhanden sein.

Allgemeine Hinweise für die Anwendung der Richtzahlen

1. Für Anlagen mit regelmäßigem An- oder Auslieferungsverkehr ist auch eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Lkw nachzuweisen.
2. Für Anlagen, bei denen ein Besucherverkehr durch Autobusse zu erwarten ist, kann der Nachweis einer ausreichenden Anzahl von Stellplätzen für Autobusse verlangt werden.

1385

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Ortsdurchfahrten-Richtlinien (StAnz. 1970 S. 750);
 hier: Beteiligung an den Kosten der Erneuerung gemeindlicher Mischkanalisationen

Nachstehendes Schreiben des Bundesministers für Verkehr vom 14. September 1972 — StB 2/38.20.10/2025 Vms 72 — veröffentliche ich hiermit mit der Bitte um Beachtung bei Bundesfernstraßen.

Bei Landesstraßen bitte ich entsprechend zu verfahren.
 Bei Kreisstraßen bitte ich den Landkreisen die Anwendung der Regelung zu empfehlen.

Wiesbaden, 13. 10. 1972
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 IV a 3 — 63 a 12
 StAnz. 46/1972 S. 1927

3. Werden Schaulaulen, Spiel- und Sporthallen oder sonstige große Räume neben ihrer Hauptnutzung regelmäßig auch für kulturelle oder sonstige Veranstaltungen genutzt, ist deren Stellplatzbedarf nach den entsprechenden Richtzahlen für Versammlungsstätten zu bemessen.
4. Bei Anlagen mit verschiedenartiger Nutzung ist der Stellplatzbedarf für die jeweiligen Nutzungsabschnitte getrennt zu ermitteln. Steht die Addition der so errechneten Stellplätze in einem offensichtlichen Mißverhältnis zum tatsächlichen Bedarf, weil sich aus dem verschiedenartigen Verwendungszweck der Anlage eine Bereitstellung der Stellplätze zu unterschiedlichen Tageszeiten ergibt, so kann die sich aus der Einzelermittlung ergebende Stellplatzanzahl entsprechend vermindert werden, wenn die wechselseitige Benutzung sichergestellt ist.
5. Für Sonderfälle, die in der Tabelle der Richtzahlen nicht erfaßt sind, ist der Stellplatzbedarf nach den besonderen Verhältnissen im Einzelfall unter sinngemäßer Berücksichtigung der Richtzahlen für Verkehrsquellen mit vergleichbarem Stellplatzbedarf zu ermitteln.

1384

An die Herren Regierungspräsidenten
 Darmstadt und Kassel
 An die Magistrate der kreisfreien Städte
 An die Kreisräte der Landkreise
 An die Gemeindevorstände der kreisangehörigen Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern

Vollzug des Zweiten Wohngeldgesetzes;
 hier: Rückforderung überzahlten Wohngeldes

Nach § 1 der Verordnung über die für die Gewährung von Wohngeld zuständigen Stellen vom 18. Dezember 1970 (GVBl. I S. 743) sind die Gemeindevorstände der Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern, im übrigen die Kreisräte der Landkreise für die Bewilligung, Auszahlung und Rückforderung von Wohngeld zuständig.

Die vorläufigen Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 14. Januar 1972 (StAnz. S. 197), soweit sie zu § 59 der LHO ergangen sind, gelten nicht für die Rückforderung von Wohngeld.

Daraus ist zu schließen, daß die örtlich zuständige Behörde Ansprüche stunden, niederschlagen oder erlassen kann, soweit die Voraussetzungen gegeben sind. Wer innerhalb der Behörde für die Entscheidung zuständig ist, hängt von der Regelung ab, die gemäß § 38 Abs. 5 der GemHVO getroffen worden ist.

Wiesbaden, 25. 10. 1972
Der Hessische Minister des Innern
 V B 51 — 56 a 04 — 60/72
 StAnz. 46/1972 S. 1927

Der Bundesminister für Verkehr
 Bonn, 14. 9. 1972
 StB 2/38.20.10/2025 Vms 72

An die obersten Straßenbaubehörden der Länder
 Betr.: **Ortsdurchfahrten-Richtlinien;**
 hier: Kostenbeteiligung an gemeindlichen Mischkanalisationen

Es hat Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben, ob sich der Bund nach Nr. 13 b der OD-Richtlinien auch an den Kosten der Erneuerung der gemeindlichen Mischkanalisation beteiligen kann. Nach dem Wortlaut der Nr. 13 b der OD-Richtlinien ist nur eine Beteiligung des Bundes an der erstmaligen Einrichtung der gemeindlichen Mischkanalisation vorgesehen.

Die gemäß Nr. 13 b der OD-Richtlinien eingegangene Verpflichtung der Gemeinde, das Oberflächenwasser unentgeltlich aufzunehmen, würde gegenstandslos, wenn die Mischkanalisation wegen Alters oder höherer Gewalt unbrauchbar

würde und stillgelegt werden müßte. Ich bin deshalb damit einverstanden, daß sich der Bund künftig an den Erneuerungskosten einer abgängigen Anlage in gleicher Weise wie bei der erstmaligen Einrichtung beteiligt.

Eine Erneuerung ist jedoch nur dann gegeben, wenn die gesamte, auch der Straßenentwässerung dienende Mischkanalisation von Grund auf neu hergestellt werden muß. Eine Kostenbeteiligung des Bundes an bloßen Maßnahmen der laufenden Unterhaltung scheidet aus. Das gleiche gilt, wenn eine sonst noch brauchbare Mischkanalisation aus anderen Gründen verändert wird, weil z. B. die Gemeinde für ihre eigenen Zwecke einen größeren Querschnitt benötigt.

Im Auftrag
Dr. Koda

1386

Widmung der neugebauten Anschlußstelle Hellenhütte im Zuge der Bundesstraße 45 und Abstufung einer Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 200 in der Gemarkung Klein-Auheim, Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Bundesstraße 45 neugebaute Anschlußstelle Hellenhütte an die Neubaustrecke der Kreisstraße 200 in der Gemarkung Klein-Auheim, Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt,

zwischen km 3,320 und km 4,067 der B 45

erhält mit Wirkung vom 1. Dezember 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 45 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes — FStrG — vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741).

2. Nach Fertigstellung der Neubaustrecke im Zuge der Kreisstraße 200 hat die Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 200 in der Gemarkung Klein-Auheim

von km 0,308 alt
bis km 0,573 alt (bei km 0,443 neu) = 0,265 km

die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren. Sie wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1972 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes — HStrG — vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

1388

Kriegsopferfürsorge;

hier: Auswirkungen der Gebietsreform auf die Abwicklung von Darlehensverträgen

Auf Grund der Gesetze zur Neugliederung einzelner Landkreise im Rahmen der Gebietsreform sind durch die Zusammenlegung von Kreisen neue Rechtsträger gebildet worden. Die Entscheidung über die Rechtsnachfolge hinsichtlich der Erfüllung von Verpflichtungen aus Darlehen bereitet insofern keine Schwierigkeiten. Daneben haben aber auch einzelne Gemeinden ihre Zugehörigkeit zu bestehenden oder gegenüber neu gebildeten Kreisen gewechselt. Es ist die Frage gestellt worden, an welchen Rechtsträger in diesen Fällen Zins- und Tilgungsleistungen zu erbringen sind, die von dem vor der Neugliederung für die Gemeinde zuständigen Träger der Kriegsopferfürsorge gewährt worden sind.

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern bin ich der Auffassung, daß die Zins- und Tilgungsleistungen für Darlehen der Kriegsopferfürsorge oder aus der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbeschädigtengesetz an den Träger der Kriegsopferfürsorge abzuführen sind, der das Darlehen gewährt hat. Ist der bisherige Rechtsträger untergegangen, sind die Leistungen an den Rechtsnachfolger des Trägers abzuführen, der die Leistung gewährt hatte.

Entsprechendes gilt, wenn die Zuständigkeit einer Gemeinde oder einer anderen Gebietskörperschaft innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Landeswohlfahrtsverbandes und seiner Zweigverwaltungen gewechselt hat.

Ich bitte, hiernach zu verfahren und das Erforderliche gegenüber den zur Rückzahlung verpflichteten Kriegsopfern sowie innerdienstlich zu veranlassen.

Wiesbaden, 11. 10. 1972

Der Hessische Sozialminister
II A 2 — 51 e 1211
StAnz. 46/1972 S. 1928

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Klein-Auheim über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 10. 1972

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
IV a 3 — 63 a 30
StAnz. 46/1972 S. 1928

1387

Verbindung des Liegenschaftskatasters mit dem Grundbuch

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. 12. 1971 (StAnz. S. 2099) wird nachstehend ein weiterer Bezirk bekanntgegeben, in dem das Reichskataster an die Stelle des bisherigen amtlichen Verzeichnisses der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung (RGBl. I 1935 S. 1073) tritt.

Lfd. Nr.	Kreis	Bezirk	Zeitpunkt
Regierungsbezirk Darmstadt			
2684	Wetteraukreis	Gemarkung Usenborn	1. 11. 1972

Wiesbaden, 30. 10. 1972

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
IV c 3 — K 4210 B — 1
StAnz. 46/1972 S. 1928

Der Hessische Sozialminister

1389

Kriegsopferfürsorge;

hier: Erholungsfürsorge nach § 27 a Absatz 2 BVG

Bezug: Richtlinien für die Durchführung der Erholungsfürsorge vom 17. 8. 1971 (StAnz. S. 1511)

Die Richtlinien für die Durchführung der Erholungsfürsorge nach § 27 a Absatz 2 BVG werden in Ziffer 5.2 wie folgt geändert bzw. ergänzt:

- Der seitherige Buchstabe b) wird Buchstabe c) und durch Einfügung eines neuen Buchstaben b) ersetzt:
„b) für Empfänger einer Pflegezulage der Stufen III bis V nach § 35 BVG,“;
- der seitherige Buchstabe c) wird Buchstabe d) und erhält folgende Fassung:
„d) für Berechtigte, deren Unterbringung in einem Vertragshaus wegen der Art und Schwere der Schädigung oder aus altersmäßigen Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist oder bei denen der Zweck der Erholung aus schädigungs- oder altersbedingten Gründen nach ärztlichem Urteil besser in einer bestimmten freigewählten Einrichtung erreicht wird.“.

Ich bitte, die Buchstabenfolge in Ziffer 5.2 der Richtlinien entsprechend zu ändern.

Wiesbaden, 16. 10. 1972

Der Hessische Sozialminister
StS — II A 2 a — 51 k 02
StAnz. 46/1972 S. 1928

1390**Kriegsopferfürsorge;**

hier: Erholungsfürsorge nach § 27 a Absatz 2 BVG
 Bezug: Erlaß vom 20. 1. 1971 (StAnz. S. 385)

Auf Grund der allgemeinen Preisentwicklung und der angestrebten Qualitätsverbesserung der Vertragspensionen bestehen gegen eine Anhebung des durchschnittlichen Tagessatzes für freigewählte Erholungsaufenthalte von bisher 18 DM auf 20 DM keine Bedenken. Ich bitte daher, vom 1. 12. d. J. an bei der Bedarfsfeststellung im Rahmen der Erholungsfürsorge einen Tagessatz von 20 DM zugrunde zu legen.

Mein Erlaß vom 20. 1. 1971 wird damit aufgehoben.

Wiesbaden, 16. 10. 1972

Der Hessische Sozialminister
 StS — II A 2 a — 51 k 02
 StAnz. 46/1972 S. 1929

1391

An die Herren Regierungspräsidenten
 Darmstadt und Kassel

Einmalige Unterstützung der Bundesregierung (Begrüßungsgabe);

hier: Erhöhung der Begrüßungsgabe
 Bezug: Mein Erlaß vom 19. 6. 1969 (StAnz. S. 1201)

Nach Mitteilung des Bundesministers des Innern — Abt. An-
 gelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsge-
 schädigten — ist auf Grund eines Beschlusses der Bundes-

regierung vom 3. 2. 1972 die Begrüßungsgabe der Bundesre-
 gierung mit Wirkung vom 1. 1. 1972 für

- Heimkehrer, die nach § 1 des Heimkehrergesetzes oder nach § 9 des Häftlingshilfegesetzes anerkannt werden, auf 150,— DM,
- Aussiedler und Deutsche aus der DDR nach Vollendung des 18. Lebensjahres auf 150,— DM,
- Aussiedler und Deutsche aus der DDR unter 18 Jahren auf 75,— DM festgesetzt worden.

Die bisher vorgesehene monatliche Abrechnung der Begrü-
 ßungsgabe der Bundesregierung für Heimkehrer und poli-
 tische Häftlinge mit dem Notaufnahmehager Gießen (vgl.
 Abs. 2 meines o. a. Erlasses) soll aus Gründen der Verwal-
 tungsvereinfachung künftig nur noch vierteljährlich
 vorgenommen werden. Für den Bereich des Landes Hessen
 rechnet das Notaufnahmehager Gießen bis zum 10. des auf
 den Quartalsschluß folgenden Monats mit dem Bundesmini-
 ster des Innern — Abt. Angelegenheiten der Vertriebenen,
 Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten — ab. Ich bitte daher,
 dem Notaufnahmehager Gießen die jeweiligen Abrechnungen
 bis zum 5. des auf den Quartalsschluß folgenden Monats zu
 übersenden.

Mein Erlaß vom 19. 6. 1969 ist entsprechend zu berichtigen.

Wiesbaden, 19. 10. 1972

Der Hessische Sozialminister
 II A 2 b — 50 z 0409
 StAnz. 46/1972 S. 1929

1392**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt****Durchführung des § 3 Abs. 3 der Dienstjubiläumsverordnung (JVO) vom 22. März 1966 (GVBl. I S. 53)**

Bezug: Erlasse vom 20. Juni 1966 (StAnz. S. 922 und 923),
 vom 30. Juni 1969 (StAnz. S. 1548) und vom 26. Jan-
 uar 1970 (StAnz. S. 390)

Die Zeit einer Tätigkeit, die

- nach § 7 Abs. 3 HBesG (in der bis zum 20. März 1971 gel-
 tenden Fassung) auf Grund meiner Entscheidung,
- nach § 7 Abs. 3 BBesG auf Grund der im Einvernehmen
 mit dem Minister des Innern nach § 34 Abs. 1 HBesG er-
 gangenen Entscheidung

bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters berücksichtigt
 worden ist, gilt als Dienstzeit im Sinne des § 3 Abs. 3 JVO.

Die Bezugserrasse sind durch § 3 der Anordnung vom 2. Okto-
 ber 1972 (GVBl. I S. 341) mit Wirkung vom 1. Januar 1973 auf-
 gehoben.

Wiesbaden, 20. 10. 1972

**Der Hessische Minister
 für Landwirtschaft und Umwelt**
 I A 2 — 14 f — 2352/72
 StAnz. 46/1972 S. 1929

1393**Flurbereinigung Dorla, Krs. Fritzlar-Homberg****Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 87 in Verbindung mit § 4 des Flurberei-
 nigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird
 folgender Beschuß erlassen:

- Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Dorla
 wird hiermit angeordnet, um den durch den Ausbau der
 Bundesstraße 3 zur Bundesautobahn Kassel-Marburg ent-
 stehenden Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigen-
 tümern zu verteilen und um Nachteile für die allgemeine
 Landeskultur, die durch den Ausbau entstehen, zu vermeiden.
- Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung
 Dorla festgestellt.

Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von 229 ha. Die
 Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebiets-
 karte durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.
 Die Gebietskarte bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungs-
 verfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung Dorla“
 mit dem Sitz in Gudensberg, Stadtteil Dorla, Kreis
 Fritzlar-Homberg.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Träger der Baumaßnahme ist die Bundesrepublik Deutsch-
 land (Bundesstraßenverwaltung), vertreten durch das Hes-
 sische Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert,
 Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber
 zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen,
 innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlus-
 ses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Marburg (Lahn),
 Biegenstraße 36, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf
 dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Lan-
 deskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen
 gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor
 der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen
 sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist
 durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf ge-
 setzt worden ist.

6. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlus-
 ses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die
 Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur er-
 forderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurberei-
 nigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für
 Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschafts-
 betrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen,
 Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, herge-
 stellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sol-
 len;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Gudensberg und der Nachbargemeinde Stadt Fritzlar öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit

Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Gudensberg und in der o. a. Nachbargemeinde zwei Wochen lang ausgelegt.

8. Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. 1. 1960 (BGBl. I S. 17) wird im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses angeordnet.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 18. 10. 1972

Landeskulturamt Hessen
KF 343 — 21586/72
StAnz. 46/1972 S. 1929

1394

Personalmeldungen

Es sind

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

Ministerium

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe B 3 die Ministerialräte (BaL) Dr. Otto Adolf Köhler (1. 10. 1972) und Peter Keil (1. 11. 1972);

ernannt:

zu Ministerialräten die Regierungsdirektoren (BaL) Dr. Rolf Groß, Dieter Löber, Dr. Heinz Meyer-Velde und Ernst Schlick (sämtlich 24. 10. 1972);
zum Regierungsdirektor Oberregierungsrat (BaL) Ulrich Dürr (24. 10. 1972);
zu Amträten die Amtmänner (BaL) Mansuet Heidenreich und Hermann Kipper (sämtlich 24. 10. 1972).

Wiesbaden, 26. 10. 1972

Der Hessische Minister der Justiz
2010 E 1 — I. ZB 36/72
StAnz. 46/1972 S. 1930

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Ministerium

ernannt:

zu Regierungsräten die Oberamtsräte (BaL) Hans Lahr, Gerhard Posner (beide 1. 10. 1972);
zu Amtmännern die Oberinspektoren (BaL) Wolfgang Nerlich, Hansjörg Schmidt (beide 1. 10. 1972);

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

ernannt:

zu Professoren an einer Universität (BaL) bisheriger außerordentlicher Professor der Freien Universität Berlin Dr. Dr. Gerhard Frenkel (5. 9. 1972), Dr. Dieter Rehm (17. 8. 1972), Dr. Harro Stammerjohann (31. 8. 1972);
zum Professor an einer Universität Oberstudienrat im Hochschuldienst (BaL) Dr. Horst Pfeiffer (18. 8. 1972);
zu Akademischen Räten z. A. (BaP) Dr. Klaus-Dieter Lenk (8. 8. 1972), Dr. Erich-Walter Grabner (5. 9. 1972), Dr. Christian Joerges (15. 8. 1972), Wissenschaftlicher Assistent (BaW) Dr. Rüdiger Leimbach (29. 8. 1972), Wissenschaftlicher Assistent (BaW) Dr. Friedrich Wächter (5. 9. 1972);
zu Studienräten im Hochschuldienst (BaL) Studienrat im Hochschuldienst z. A. (BaP) Dr. Ernst-Hermann Grefe (26. 7. 1972), Studienrat im Hochschuldienst z. A. (BaP) Dr. Klaus Wallraven (10. 8. 1972);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 Professor an einer Universität Dr. Hermann Linde (17. 8. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Oberinspektor Gerhard Melzer (11. 8. 1972);

versetzt:

in den Dienst des Kreises Offenbach a. M. Amtsrat Erich Leonhardt (1. 9. 1972);

in den Ruhestand getreten:

Oberstudienrätin im Hochschuldienst Dr. Elisabeth Neumayer (1. 9. 1972);

entlassen:

Professor an einer Universität Dr. Otwin Becker (29. 11. 1971);

verstorben:

Amtmann Rüdiger Albrecht (6. 8. 1972);

Philipps-Universität Marburg a. d. L.

ernannt:

zu Professoren an einer Universität (BaL) bisheriger Wissenschaftlicher Assistent der Universität Heidelberg Dr. Hans Karl Rupp (15. 8. 1972), Dr. Stefan Hafner (19. 7. 1972), Akademischer Rat z. A. (BaP) Dr. Frank Deppe (27. 7. 1972), Dr. Karl-Horst Bichler (9. 8. 1972), Wissenschaftlicher Assistent (BaW) Dr. Günter Willuhn (8. 8. 1972), bisheriger Akademischer Rat der Universität Bonn Dr. Wilfried Freiherr von Bredow (9. 8. 1972), Dr. Willy Wyniger (9. 8. 1972), Dr. Wilhelm Ruland (15. 8. 1972);
zu Akademischen Räten (BaL) Akademische Räte z. A. (BaP) Dr. Jürgen Müller (31. 8. 1972), Dr. Erich Hupe (19. 9. 1972), Dr. Bernd-Ulrich Kettner (7. 9. 1972), Dr. Friedrich Steuber (9. 8. 1972), Dr. Lothar Berger (7. 9. 1972), Dr. Sigurd Heinig (7. 9. 1972), Dr. Peter Römer (30. 8. 1972);
zum Akademischen Rat z. A. (BaP) Wissenschaftlicher Assistent (BaW) Dr. Manfred Hilp (9. 8. 1972);
zu Studienräten im Hochschuldienst z. A. (BaP) Lektor (BaW) Dr. Bernd Latta (15. 8. 1972), Dr. Friedhelm Müller (14. 8. 1972);
zum Amtsmeister (BaL) Heinz Michel (24. 8. 1972);

entlassen:

Sekretär z. A. Martin Mellnau (1. 9. 1972);

verstorben:

Amtmann Kurt Scherer (4. 9. 1972);

Justus Liebig-Universität Gießen

ernannt:

zu Professoren an einer Universität (BaL) bisheriger Akademischer Oberrat der Universität Köln Dr. Gerhard Seifert (31. 8. 1972), Dr. Norbert Victor (6. 9. 1972);
zu Akademischen Räten (BaL) Akademische Räte z. A. (BaP) Dr. Klaus Klingelhöfer (15. 8. 1972), Dr. Ralf Rodiek (31. 8. 1972), Dr. Karl-Heinz Wille (17. 8. 1972), Dr. Erwin Mayer (25. 8. 1972), Dr. Gerhard Döll (31. 8. 1972), Dr. Sigurd Diederich (24. 8. 1972);

zu **Akademischen Rätinnen z. A. (BaP)** die Wissenschaftlichen Assistentinnen (BaW) Dr. Hilde Janzarik (7. 8. 1972), Dr. Marianne Winter (18. 8. 1972);

zu **Akademischen Räten z. A. (BaP)** Dr. Hauke Krey (8. 8. 1972), Dr. Jürgen Witzke (9. 8. 1972);

zum **Oberstudienrat im Hochschuldienst** Studienrat im Hochschuldienst (BaL) Dr. Adolf Hemberger (30. 8. 1972);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 Professor an einer Universität Dr. Jürgen Kranz (22. 8. 1972);

in den Ruhestand getreten:

Akademischer Oberrat Dr. Erik Amburger (1. 9. 1972), Professor an einer Universität Dr. Otto Völker (1. 10. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

die Professoren an einer Universität Dr. Alfred Schraub (1. 10. 1972), Dr. Horst Weber (1. 8. 1972);

entpflichtet:

die Professoren an einer Universität Dr. Hermann Boerner (1. 10. 1972), Dr. Wilhelm Hudde (1. 10. 1972);

entlassen:

Professor an einer Universität Dr. Klaus Noeske (15. 9. 1972), Akademischer Rat z. A. Dr. Klaus Wölcken (30. 8. 1972);

Technische Hochschule Darmstadt

ernannt:

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** bisheriger ordentlicher Professor der Universität Mainz Dr. Heiner Müller-Merbach (19. 6. 1972), bisheriger Professor der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen Dr. Gernot Koneffke (6. 9. 1972), Wissenschaftlicher Assistent (BaW) Dr. Hans-Jürgen Koglin (30. 8. 1972), Studienrat im Hochschuldienst z. A. (BaP) Dr. Ludwig Fertig (11. 8. 1972), Dr. Helmut Paulus (30. 8. 1972);

zu **Akademischen Räten (BaL)** die Akademischen Räte z. A. (BaP) Dr. Peter Hoffmann (8. 8. 1972), Dr. Jochen Orthuber (30. 8. 1972);

zum **Studienrat im Hochschuldienst (BaL)** Studienassessor (BaP) Hans-Georg Schübler (27. 7. 1972);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Willi Reichart (31. 8. 1972);

Gesamthochschule Kassel

ernannt:

zu **Fachhochschullehrern (BaL)** die Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Karl-Heinrich Gastmeyer (7. 8. 1972), Dipl.-Sozialwirt Wolfgang Sanden (21. 8. 1972);

zum **Fachhochschullehrer z. A. (BaP)** Dr. Ralf Bokermann (4. 9. 1972);

entlassen:

Fachhochschullehrer Dipl.-Ing. Friedrich-Carl Prinz zu Waldeck und Pyrmont (1. 9. 1972);

Fachhochschule Frankfurt a. M.

ernannt:

zu **Fachhochschullehrern/in (BaL)** die Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dr. Helmuth Baumann (7. 6. 1972), Dipl.-Ing. Jürgen Pfeil (28. 8. 1972),

Dipl.-Volkswirtin Dorothee Zahn (22. 8. 1972);

zum **Fachhochschullehrer z. A. (BaP)** Dr. Günther Freiherr von Schlotheim (19. 9. 1972);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 die Fachhochschullehrer Dipl.-Ing. Hermann Marx (8. 9. 1972), Dr.-Ing. Karl Ruppel (8. 9. 1972), Dipl.-Ing. Johannes Uthoff (11. 9. 1972);

Fachhochschule Darmstadt

ernannt:

zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** Dipl.-Ing. Lothar Schrötter (7. 9. 1972), Dr. Heinz Schuchmann (21. 9. 1972), Dipl.-Ing. Henning Bendfeld (7. 9. 1972), Dipl.-Ing. Eugen Bruno (7. 9. 1972), Dr. Adolf Neumann (8. 9. 1972), Dipl.-Ing. Hans-Joachim Holzapfel (25. 9. 1972);

zur **Fachhochschullehrerin z. A. (BaP)** Dr. Renate Ramm (7. 9. 1972);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 die Fachhochschullehrer Dipl.-Ing. Gerhard Kämpf (19. 9. 1972), Dipl.-Ing. Heinz Pfeifer (25. 9. 1972), Dipl.-Ing. Martin Thomsing (21. 9. 1972), Dr. Paul Runge (21. 9. 1972), Theodor Bitz (19. 9. 1972), Dipl.-Kfm. Peter von dem Hagen (21. 9. 1972), Dr. Hans Gerger (19. 9. 1972), Dipl.-Ing. Werner Torau (21. 9. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

Hauptsekretär Ernst Zink (1. 8. 1972);

Fachhochschule Wiesbaden

ernannt:

zum **Fachhochschullehrer (BaL)** Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dr. Erwin Lertes (24. 8. 1972);

zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** Dr. Otto Mildenerger (19. 9. 1972), Dipl.-Ing. Erdogan Arsiray (15. 9. 1972);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 die Fachhochschullehrer Dipl.-Ing. Hans-Georg Bremer (6. 9. 1972), Dipl.-Ing. Jürgen Eick (6. 9. 1972), Dipl.-Ing. Hans Deisenroth (6. 9. 1972), Dipl.-Ing. Dietrich Keßler (6. 9. 1972), Dipl.-Ing. Wolfgang Brauer (13. 9. 1972), Dipl.-Ing. Wolfgang Courtin (8. 9. 1972), Dipl.-Ing. Leo Gams (4. 9. 1972), Dipl.-Ing. Martin Schröter (19. 9. 1972), Dipl.-Ing. Karl-Klaus Müller (12. 9. 1972), Dipl.-Ing. Claus Herzog (6. 9. 1972);

Fachhochschule Gießen

ernannt:

zum **Fachhochschullehrer (BaL)** Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dr. Ernst Rubo (25. 8. 1972);

zum **Fachhochschullehrer z. A. (BaP)** Docteur de l'Université de Paris Dieter Bopp (8. 9. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

Fachhochschullehrer Dr. Wolfgang Kretschmar (1. 9. 1972).

Staatstheater Kassel

ernannt:

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Karl-Heinz Dorfschäfer (28. 8. 1972);

Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg v. d. H.

verstorben:

Schloßverwalter Heinrich Pabst (13. 7. 1972);

Hessische Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim

ernannt:

zur **Wissenschaftlichen Rätin (BaL)** Wissenschaftliche Rätin z. A. (BaP) Dr. Magda Bauckmann (14. 8. 1972);

in den Ruhestand getreten:

Professor bei der Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim Dipl.-Ing. Friedrich Flehr (1. 8. 1972);

Berichtigung:

In St.Anz. 1972 S. 1488 muß es im Bereich des Hessischen Kultusministers unter Ministerium „ernannt“ statt Wolfgang Nerich richtig Wolfgang Nerlich heißen.

Wiesbaden, 25. 10. 1972

Der Hessische Kultusminister

I B 1 — 050/35 (127)

St.Anz. 46/1972 S. 1930

Regierungsbezirk Darmstadt

ernannt:

zu **Studienassessoren/innen (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Dieter Weichter, Frankfurt/Main (1. 2. 1971), Christa Müller, Wiesbaden-Kastel (1. 2. 1972), Werner Frühauf, Hanau/Main (1. 2. 1972), Wilfried Strube, Herborn (1. 2. 1972), Renate Niggemeyer, Wiesbaden (1. 2. 1972);

zum **Realschullehrer (BaL)** apl. Realschullehrer (BaP) Peter Kunze, Rüsselsheim/Main (24. 5. 1972);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Heinrich Piepha, Offenbach/Main (1. 8. 1972), Dr. Sigrid Mannesmann, Darmstadt (1. 8. 1972), Hans Wolf-

gang Leis, Heppenheim a. d. B. (1. 8. 1972), Josef Alfred Gahlmann, Darmstadt (1. 8. 1972), Dr. Waltraud Palazy, Darmstadt (1. 8. 1972), Waltraud Jäckel, Geisenheim (1. 8. 1972), Harald Roman, Rimbach (1. 8. 1972), Ernst-Jürgen Schreiber, Darmstadt (1. 8. 1972), Hartmut Hoffmann, Frankfurt/Main (1. 8. 1972), Dietmar Schneider, Bischofsheim (1. 8. 1972), Karl Clausen, Laubach (1. 8. 1972), Gertraud Wünsch, Friedberg (28. 8. 1972), Peter Herde, Rechtenbach (28. 8. 1972), Klaus Neie, Gelnhausen (11. 8. 1972), Karin Grigutsch, Oberursel (28. 7. 1972), Horst Küster, Gernsheim (1. 8. 1972), Christa Elze, Oberursel (1. 8. 1972), Maria Elisabeth Berg, Sulzbach/Ts. (1. 9. 1972), Gerda Oswald, Friedberg (1. 8. 1972), Manfred Schöwel, Grünberg (1. 8. 1972), Ursula Wolf, Friedberg (1. 9. 1972), Berhold Felkl, Wetzlar (1. 8. 1972), Irmgard Arras, Frankfurt/Main-Höchst (28. 8. 1972), Klaus Litzinger, Echzell (1. 8. 1972), Peter Karl Schmidt, Sulzbach/Ts. (11. 7. 1972), Günter Stanzel, Neu-Isenburg (4. 9. 1972), Klaus Peter Homberg, Beerfelden (1. 8. 1972), Norbert Klüsche, Frankfurt/Main-Höchst (1. 9. 1972), Georg-Friedrich Becker, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Hans Joachim Tischer, Limburg (1. 8. 1972), Hartwig Nimz, Seheim a. d. B. (1. 8. 1972), Heimo Wesp, Oberursel (1. 8. 1972), Detlef Ziebe, Oberursel (1. 8. 1972), Lieselotte Zang, Wiesbaden (1. 8. 1972), Rainer Schramm, Bruchköbel (1. 8. 1972), Holde Tröscher, Wiesbaden-Klarenthal (28. 8. 1972), Christian Scholz, Hanau/Main (1. 8. 1972), Wolf Schneggenburger, Wiesbaden (1. 8. 1972), Michael Stadler, Kronberg (1. 8. 1972), Eva Gekeler, Wächtersbach (1. 8. 1972), Leuke Blohm, Friedberg (1. 8. 1972), Peter Koch, Rimbach (1. 9. 1972), Karl Schreiber, Frankfurt/Main (1. 8. 1972), Ulrich Selchow, Wiesbaden (1. 8. 1972), Hans-Günter Schlittke, Limburg (1. 8. 1972), Birgitta Koch-Jander, Rimbach (1. 9. 1972), Wolfgang Heiss, Taunusstein/Hahn (1. 8. 1972), Winfried Emmerich, Frankfurt/Main (1. 8. 1972), Jens Endepols, Wiesbaden (1. 8. 1972), Christoph Stritter, Königstein (1. 8. 1972), Michael Volpert, Frankfurt/Main (1. 8. 1972), Elisabeth Engel, Frankfurt/Main-Höchst (1. 8. 1972), Gesine Utech, Wiesbaden-Kastel (1. 8. 1972), Siegfried Bennecke, Hofheim/Ts. (1. 8. 1972), Christa Brämer-Schreiber, Biebertal (1. 8. 1972); zu **Studienräten/innen (BaL)** Studienassessor (BaP) Franz Fischer, Babenhausen (10. 2. 1971); die **Studienräte/innen z. A. (BaP)** Margot Pfeifer, Bensheim (14. 8. 1972), Bernd Frisch, Darmstadt (11. 8. 1972), Wieland Petters, Bensheim (14. 8. 1972), Klaus Dürr, Groß-Gerau (4. 8. 1972), Dagmar Laflü, Bensheim (14. 8. 1972), Hans-Peter Daners, Hanau/Main (14. 8. 1972), Hans-Joachim Schröder, Gießen (16. 8. 1972), Dieter Galm, Hanau/Main (12. 8. 1972), Dieter Meisgeier, Gießen (16. 8. 1972), Hannelore Grün, Seligenstadt (1. 8. 1972), Wolfgang Hande, Büdingen (16. 8. 1972), Bruno Götz, Gladenbach (18. 8. 1972), Heinrich Jaskola, Hanau/Main (17. 5. 1972), Joachim Kammerer, Heusenstamm (15. 8. 1972), Ulrich Rühl, Darmstadt (15. 8. 1972), Volker Wagner, Frankfurt/M. (26. 5. 1972), Johann Fuchs, Gladenbach (17. 8. 1972), Michael Pahl, Hungen (16. 8. 1972), Anneliese Krawtuschke, Kronberg (1. 8. 1972), Rudolf Männel, Frankfurt/Main-Höchst (15. 8. 1972), Hadwig Günther, Bad Homburg (15. 8. 1972), Norbert Brühl, Geisenheim (14. 8. 1972), Ellen Held, Wiesbaden (17. 8. 1972), Helmut Angermeier, Darmstadt (4. 8. 1972), Karl Heinz Weber, Weilburg (18. 8. 1972), Ulrich Rühl, Darmstadt (15. 8. 1972), Heide Peukert, Rüsselsheim/Main (22. 8. 1972), Werner Adolf Schiffner, Gießen (22. 8. 1972), Wolfgang Biersack, Hofheim/Ts. (18. 8. 1972), Norbert Kreß, Hanau/Main (21. 8. 1972), Siegbert Langner, Biedenkopf (14. 8. 1972), Kurt Boch, Wiesbaden (21. 8. 1972), Hubert Soltau, Butzbach (21. 8. 1972), Jürgen Sander, Gießen (24. 8. 1972), Hans Bittner, Dillenburg (18. 8. 1972), Heinz Georg Krebs, Schlüchtern (22. 8. 1972), Lutz Pietruschka, Gelnhausen (8. 8. 1972), Gisela Simonis, Offenbach/Main (21. 8. 1972), Josef Höhler, Hadamar (21. 8. 1972), Horst Schaay, Limburg (21. 8. 1972), Karl Hofner, Offenbach/Main (29. 7. 1972), Kurt Dieter Seuffert, Gernsheim (5. 8. 1972), Marianne Trabold, Offenbach/Main (29. 7. 1972), Elke Glemann, Frankfurt/Main (15. 8. 1972), Wilhelm Theis, Taunusstein 1 (20. 7. 1972), Edda Theis, Taunusstein 1 (20. 7. 1972), Ulf-Heiner Marckwort, Gladenbach (21. 8. 1972), Otto Franz, Wetzlar (23. 8. 1972), Christa Mengel, Gießen (24. 8. 1972), Berit Möller, Wiesbaden (16. 8. 1972), Hans-Christian Mika, Gladenbach (25. 8. 1972), Hannelore Gilewitsch, Sulzbach/Ts. (25. 8. 1972), Kurt Mayer, Gießen (22. 8. 1972), Dierk Mohr, Sulzbach/Ts. (28. 8. 1972), Jörg Peschlow, Wiesbaden (22. 8. 1972), Veronika Hoffmann, Sulzbach/Ts. (28. 8. 1972), Bernhard Rzehak, Darmstadt (28. 8. 1972), Norbert Rückert, Seheim a. d. B. (28. 8. 1972), Jürgen Sei-

bel, Friedberg (28. 8. 1972), Martin Stadler, Schlitz (29. 8. 1972), Helmut Haag, Friedberg (14. 8. 1972), Peter Stuckenschmidt, Sulzbach/Ts. (28. 8. 1972), Gerhard Brähler, Frankfurt/Main-Höchst (28. 8. 1972), Helga Behrens-Kubisty, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Günter Bernhardt, Frankfurt/Main-Höchst (28. 8. 1972), Adolf Helbling, Rüsselsheim/Main (28. 8. 1972), Reinhard Andrick, Mühlheim (23. 8. 1972), Hans-Jürgen Kasper, Hanau/Main (23. 8. 1972), Günter Huber, Sulzbach/Ts. (28. 8. 1972), Ulrich Thomas, Bensheim a. d. B. (28. 8. 1972), Klaus Jungnickel, Wetzlar (30. 8. 1972), Gudrun Hageigans, Langen (29. 8. 1972), Franz Heußler, Hanau/Main (28. 8. 1972), Heinz Lorenz Jung, Dieburg (30. 8. 1972), Beatrix Maria Albrecht, Heusenstamm (29. 8. 1972), Hans-Jürgen Schmitt, Heusenstamm (28. 8. 1972), Gerhard Jung, Friedberg (28. 8. 1972), Hanns-Joachim Flach, Bensheim a. d. B. (16. 8. 1972), Ilse Berens, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Helmut Völker, Wiesbaden (25. 8. 1972), Henriette Schreher, Wiesbaden (28. 8. 1972), Isolde Noeske, Darmstadt (28. 8. 1972), Ingrid Frömel, Büdingen (28. 8. 1972), Gisela Denninghoff, Gießen (29. 8. 1972), Friederun Jakob, Langen (28. 8. 1972), Hans Brausch, Hanau/Main (28. 8. 1972), Heidi Gottschalk, Wiesbaden (28. 8. 1972), Felicitas Jacobs, Frankfurt/Main (23. 8. 1972), Adam Feuster, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Dr. Klaus Breiding, Wiesbaden (28. 8. 1972), Ute Wild, Frankfurt/Main-Höchst (28. 8. 1972), Barbara Sechting, Frankfurt/Main (31. 8. 1972), Paul Störkel, Frankfurt/Main (21. 8. 1972), Georg Roß, Dieburg (29. 8. 1972), Dietmar Kratz, Gießen (28. 8. 1972), Norbert Fuhrmann, Wiesbaden (28. 8. 1972), Peter Katzgraber, Bad Nauheim (2. 9. 1972), Sigurd Amend, Gießen (28. 8. 1972), Helke Eilers, Dieburg (29. 8. 1972), Dieter Weißbach, Frankfurt/Main (29. 8. 1972), Hans-Georg Fehrmann, Wiesbaden (21. 8. 1972), Ute Wallenfels, Idstein (28. 8. 1972), Peter Jannek, Kelkheim (29. 8. 1972), Marta Hoffmann, Idstein (17. 8. 1972), Anna Stroh, Usingen (2. 8. 1972), Birgit Roosen, Freigericht (28. 8. 1972), Dagmar Rohmeier, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Friedrich-Wilhelm Duttke, Sprendlingen (21. 8. 1972), Rainer Fischer, Sprendlingen (21. 8. 1972), Astrid Dumno, Groß-Gerau (19. 8. 1972), Ingeborg Strauß, Frankfurt/Main-Höchst (28. 8. 1972), Edeltaut Rumpf, Frankfurt/Main (23. 8. 1972), Elisabeth Volz-Lawitschka, Königstein (1. 9. 1972), Udo Darmstadt, Oberursel (19. 8. 1972), Peter Grabo, Frankfurt/Main (14. 8. 1972), Peter Gress, Frankfurt/Main (8. 8. 1972), Reinhard Frank, Michelstadt/Odw. (28. 8. 1972), Matthias Krafft, Langen/Hessen (2. 9. 1972), Erich Pompl, Frankfurt/Main (1. 9. 1972), Gerhard Schichtel, Sulzbach/Ts. (28. 8. 1972), Gerhard Schmidt, Frankfurt/Main-Höchst (28. 8. 1972), Christina Sassenrath, Idstein (28. 8. 1972), Günther Hotz, Darmstadt (28. 8. 1972), Klaus Gabrisch, Ehringhausen (28. 8. 1972), Siegfried Leonhard, Frankfurt/Main (30. 8. 1972), Heinz Weber, Michelstadt/Odw. (28. 8. 1972), Helge Bruno Siems, Groß-Gerau (19. 8. 1972), Hartmut Rienecker, Wiesbaden (24. 8. 1972), Hartmut Rupprecht, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Peter Kunze, Frankfurt/Main-Höchst (1. 9. 1972), Wilhelm Simon, Wiesbaden (28. 8. 1972), Wolfgang Krant, Michelstadt/Odw. (28. 8. 1972), Barbara Kürschner, Darmstadt (28. 8. 1972), Horst Haagen, Gernsheim (28. 8. 1972), Frank Dieter Helzel, Groß-Gerau (19. 8. 1972), Paul Dieter Natus, Sprendlingen (21. 8. 1972), Gisa Ladewig, Darmstadt (21. 8. 1972), Dr. Sigrid Hanna Pauly Penth, Groß-Gerau (19. 8. 1972), Regina Angenend, Bad Homburg (4. 9. 1972), Hartmut Höhn, Hanau/Main (30. 8. 1972), Ingeborg Speer, Frankfurt/Main (17. 8. 1972), Gerhart Schäfer, Frankfurt/Main (24. 8. 1972), Günter Schelben, Frankfurt/Main-Höchst (28. 8. 1972), Horst Dickel, Geisenheim (28. 8. 1972), Helge Haase, Wetzlar (28. 8. 1972), Heinz Schütz, Wetzlar (24. 8. 1972), Karl-Bernhard Pohl, Groß-Gerau (14. 8. 1972), Ulrike Müller, Darmstadt (5. 9. 1972), Klaus-Peter Lipp, Michelstadt/Odw. (21. 8. 1972), Hans Christian Bertaloth, Seheim a. d. B. (28. 8. 1972), Johannes Hübner, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Heinz-Josef Smith, Geisenheim (28. 8. 1972), Karlheinz Rath, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Friedrich Wegert, Offenbach/Main (7. 9. 1972), Erhard Schwarz, Bad Homburg v. d. H. (4. 9. 1972), Arnim Klingauf, Wetzlar (28. 8. 1972), Karl-Ludwig Riefling, Darmstadt (28. 8. 1972), Jürgen Ziegler, Groß-Gerau (19. 8. 1972), Rüdiger Büger, Grünberg (4. 8. 1972), Dietmar Köhler, Hofheim/Ts. (30. 8. 1972), Jörg Helfrich, Königstein (5. 9. 1972), Gertraude Beutel, Bensheim a. d. B. (21. 8. 1972), Regine Daum, Bensheim (28. 8. 1972), Ulrike Hauf, Geisenheim (28. 8. 1972), Reinhold Wolff, Laubach (11. 9. 1972), Maria Fendel, Frankfurt/Main (18. 3. 1972), Brigitte Kratz-Emmerich, Frankfurt/Main (16. 8. 1972), Christa-Gabriele Thies, Butzbach (14. 9. 1972), Michael Kühn, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Detlef Kellner,

Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Heinrich Jost, Frankfurt/Main (15. 9. 1972), Jürgen Gerth, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Wolfgang Gierke, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Heinz-Werner Bonin, Waldmichelbach (20. 7. 1972), Reinhold Schoppe, Offenbach/Main (31. 8. 1972), Karl Gerhard Jansohn, Bad Vilbel (21. 9. 1972), Martin Schmandt, Wetzlar (29. 8. 1972), Heinrich Schütz, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Irmgard Liste, Dieburg (29. 8. 1972), Joachim Glemann, Bensheim a. d. B. (13. 9. 1972), Klaus-Peter Weber, Groß-Umstadt (14. 9. 1972), Gerhard Ludwig Ullenboom, Dieburg (29. 8. 1972), Werner Fendel, Frankfurt/Main (31. 8. 1972), Wolfram Scholz, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Helga Heinbuch, Viernheim (4. 9. 1972), Peter Hastik, Bensheim a. d. B. (27. 9. 1972), Erika Brücks, Rüsselsheim/Main (31. 8. 1972), Klaus Geißler, Wiesbaden (29. 9. 1972), Gisela Emrich-Müller, Offenbach/Main (7. 4. 1972), Dieter Belz, Butzbach (22. 8. 1972), Veronika Christiane Schlüter, Darmstadt (27. 4. 1972), Barbara Griese, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Bruno Güth, Wiesbaden (4. 10. 1972), Hermann Eigl, Hofheim/Ts. (6. 10. 1972);

Studienrat (BaP) Walter Stroh, Darmstadt (28. 8. 1972); Elke Fuhrmann, Frankfurt/Main (1. 8. 1972);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Manfred Müller, Bensheim a. d. B. (25. 8. 1972), Manfred Haber, Rüsselsheim/Main (11. 8. 1972), Edeltraud Haber, Rüsselsheim/Main (18. 8. 1972), Karl-Georg Purper, Deutsche Schule Madrid (26. 7. 1972), Wilhelm Philipp, Limburg/Lahn (21. 7. 1972), Rainer Stengel, Wiesbaden (9. 8. 1972), Wolfgang Müller, Gießen (18. 8. 1972), Andreas v. Burstin, Darmstadt (21. 8. 1972), Hans Nettlau, Biedenkopf (25. 8. 1972), Helmut Rödl, Neu-Isenburg (27. 5. 1972), Dr. Hubert Hindelang, Bensheim (29. 8. 1972), Rudolf Füssel, Heusenstamm (26. 8. 1972), Almuth Link, Frankfurt/Main-Höchst (26. 7. 1972), Peter Schimmelschmidt, Bad Homburg (16. 8. 1972), Rudolf Füssel, Heusenstamm (26. 8. 1972), Friedrich-Karl Toebe, z. Z. Deutsche Schule Den Haag (21. 8. 1972), Dorothee Sedlatscheck, Offenbach/Main (22. 8. 1972), Norbert Sommer, Offenbach/Main (22. 8. 1972), Jürgen Schilling, Rüsselsheim/Main (11. 8. 1972), Gisela Hoffend, Kronberg/Ts. (28. 8. 1972), Ursula Völkner, Wiesbaden (25. 8. 1972), Dr. Anneliese Kaestler, Frankfurt/M. (25. 8. 1972), Rosa Maria Riehm, Frankfurt/Main (24. 8. 1972), Dr. Christian Probst, Wiesbaden (28. 8. 1972), Georg Pauliks, Usingen (30. 8. 1972), Hellmut Oswalt, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Paul Schnitzer, Bensheim a. d. B. (14. 9. 1972), Christoph Adamietz, Wetzlar (28. 8. 1972), Norbert Berz, Geisenheim (21. 8. 1972), Arno Schlaugk, Büdingen (22. 9. 1972), Martha-Maria Kuhl-Greif, Gießen (13. 9. 1972), Gottfried Glocke, Frankfurt/Main (16. 9. 1972), Dušica Löbel, Langen (18. 9. 1972), Ruth Struck, Bad Homburg (28. 8. 1972), Elisabeth Hochapfel, Hanau/Main (15. 9. 1972), Horst Schneider, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Fritz Richter, Bensheim (15. 9. 1972), Heinrich Martin Kuhl, Hungen (27. 9. 1972), Hans-Georg Liesegang, Sprendlingen (29. 9. 1972), Gerhard Oster, Bad Vilbel (29. 9. 1972), Gudrun Mohr, Darmstadt (29. 9. 1972), Reiner Heist, Darmstadt (30. 9. 1972), Eveline Knetsch, Waldmichelbach (28. 9. 1972), Hartmut Kratz, Bensheim a. d. B. (29. 9. 1972), Hubert Herrmann, Michelstadt/Odw. (29. 9. 1972), Rudolf Maaß, Frankfurt/Main (25. 9. 1972), Justus Maar, Frankfurt/Main (22. 9. 1972), Klaus Schott, Groß-Bieberau (29. 9. 1972), Dr. Josefine Sablik, Gießen (31. 8. 1972), Frank Wehrheim, Mühlheim (20. 9. 1972), Hellmut Deller, Frankfurt/Main (22. 9. 1972), Walter Erbs, Offenbach/Main (29. 9. 1972), Karl Friedrich Hammel, Heppenheim a. d. B. (29. 9. 1972), Ursula Eisele, Offenbach/Main (29. 9. 1972), Lothar Seyfarth, Gießen (22. 9. 1972);

zum **Oberstudienrat (BaL)** Oberstudienrat i. K. Josef Krämer, Freigericht (1. 8. 1972);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Dr. Rudolf Knab, Neu-Isenburg (1. 10. 1972), Erich Paetzold, Schlüchtern (1. 10. 1972);

in den **Ruhestand** getreten:

die Oberstudiendirektoren Heinrich Dücker, Wiesbaden (31. 7. 1972), Heinrich Weyrich, Babenhausen (31. 7. 1972), Oberstudienrat Erich Hohmann, Michelstadt (12. 4. 1972), Studiendirektor Heinz Reich, Schotten (31. 7. 1972), Oberstudienrat Dr. Ernst Otto Friedrich, Heppenheim (31. 7. 1972);

in den **Ruhestand** versetzt:

Oberstudienrat Dr. Herbert Hess, Frankfurt/M., Studiendirektor Erich Jäger, Frankfurt/M., Oberstudienrat Ernst

Schüller, Wiesbaden, Oberstudienrätin Irmfriede Theimer, Offenbach/M., die Studiendirektoren Dr. Josef Schlip, Offenbach/M., Walter Ehrber, Gernsheim, Oberstudienrätin Susanne Wegehaupt, Offenbach/M., Oberstudienrat Friedrich Haas, Offenbach/M. (sämtlich 31. 7. 1972), Oberstudienrätin Gisela Pfannmüller, Darmstadt (16. 8. 1972), Studiendirektor Wilhelm Langenbeck, Wiesbaden (31. 7. 1972), Oberstudienrat Heinrich Goldmann, Bad Homburg (15. 10. 1972);

entlassen:

Studienrat z. A. Siegfried Beierlein, Rüsselsheim (31. 7. 1972), Oberstudienrätin Eleonore Schamschula, Neu-Isenburg (27. 8. 1972), Studienrat z. A. Dr. Hartmut Scheible, Oberursel (31. 7. 1972), Studienrätin z. A. Hannelore Jutta Pistorius, Rüsselsheim (26. 8. 1972), Studienrat Fritz Weigle, Bad Vilbel (30. 9. 1972);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen Harald Bleimann, Frankfurt/Main, Dipl. oec. troph. Elisabeth Pissors, Ffm.-Höchst, Dipl. oec. troph. Agnes Müntinga, Dillenburg, Dipl.-Volkswirt Wolfram Schlicher, Groß-Gerau, Ute Steinbicker, Hanau/Main (sämtlich 1. 9. 1972), Dipl.-Hdl. Helga Lehmann, Offenbach/M. (31. 8. 1972), Dipl.-Hdl. Walter Schumacher, Hofheim/Ts., Dipl.-Übersetzerin Barbara Grabowski, Gießen, Dipl.-Hdl. Paul Ruffing, Bensheim, Dipl.-Hdl. Ulrich Neemann, Gießen, Dipl.-Übersetzerin Ines Schneider, Lollar, Dipl.-Psych. Bernhard Heun, Limburg/Lahn, Dipl.-Hdl. Hans-Josef Schmitt, Limburg/Lahn, Elisabeth Grau, Wiesbaden, Dipl.-Soziologin Gabriele Löffler, Darmstadt, Dipl.-Sozialwirt Wolfgang Grunwald, Gießen, Karl Gesser, Offenbach/M., Dipl.-Übersetzerin Christa Schäfer, Frankfurt/M., Dipl.-Ökonom Matthias Seiferth, Gießen, Dipl.-Übersetzerin Monika Bader-Rembeck, Dillenburg (sämtlich 1. 9. 1972);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)**, die Studienreferendare (BaW) Dipl.-Ing. Ortwin Siegfried Heinzl, Frankfurt/M. (17. 8. 1972), August Günter Roßbach, Bensheim (2. 9. 1972), Detlev Edler von Graeve, Frankfurt/M. (15. 9. 1972);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** der/die Studienassessor/innen des Lehramts Adelheid Reichling, Frankfurt/M. (27. 7. 1972), Gertrud Schubert, Wetzlar (11. 8. 1972), Bernd Jürgen Schardt, Frankfurt/M. (1. 9. 1972);

Assessorin im Lehramt a. D. Edith Happel, Hausen (3. 5. 1972);

zur **Realschullehrerin (BaL)** Karin Hüfner, Frankfurt/M. (1. 9. 1972);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Gottfried Pöllnitz, Wetzlar (25. 7. 1972), Horst Gabler, Lampertheim (8. 8. 1972), Tilmann, Lohse, Bensheim (31. 7. 1972), Herbert Schirmer, Schlüchtern (15. 7. 1972), Dr. Egmont Stempel, Hanau/M. (25. 8. 1972), Gerd Schrade, Lampertheim (1. 8. 1972), Franz Treffert, Lampertheim (1. 8. 1972), Jörg-Michael Steiger, Offenbach/M. (28. 8. 1972), Manfred Wehrheim, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Walter Göbel, Wiesbaden (28. 8. 1972), Gerd Knorz, Wetzlar (28. 8. 1972), Elke Ludwig, Hanau (29. 8. 1972), Anneliese Schuon-Wiehl, Gießen (17. 8. 1972), Günter Merz, Limburg (11. 9. 1972), Gerhard Benzing, Hanau (2. 9. 1972), Volker Luedtke, Hanau (18. 9. 1972), Volker Walther, Weilburg (14. 9. 1972), Werner Wilhelm, Dieburg (12. 9. 1972), Jürgen Jähnichen, Gießen (21. 9. 1972), Rolf Mietens, Gelnhausen (25. 9. 1972), Hans-Joachim Windt, Offenbach/M. (25. 9. 1972);

Realschullehrer (BaL) Dr. Ulrich Benzel, Alsfeld (21. 8. 1972);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Dipl.-Hdl. Gisela Glathe, Hanau (10. 8. 1972), Wilfried Staudt, Wiesbaden (28. 7. 1972), Ferdinand Hallwirth, Friedberg (22. 8. 1972), Dipl.-Hdl. Josef Faulhaber, Wetzlar (18. 8. 1972), Johann Schulze, Wiesbaden (28. 8. 1972), Dipl.-Hdl. Helmut Jahn, Hausen (28. 8. 1972), Peter Grothe, Darmstadt (31. 7. 1972), Inke Zarnkow, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Dipl.-Hdl. Ursula Dieckert, Hanau/M. (28. 8. 1972), Studienrat Rudolf Creutzburg, Rüsselsheim (16. 9. 1972), Dipl.-Hdl. Hans Rollshausen, Gießen (28. 8. 1972), Dipl.-Hdl. Anita Günther, Hausen (15. 9. 1972), Luise Welz, Biedenkopf (26. 8. 1972), Klaus Hüttenhain, Offenbach/M. (19. 9. 1972), Martha Kreßner-Dieterich, Frankfurt/M. (30. 9. 1972), Günter Groß, Wiesbaden (25. 9. 1972), Dipl.-Hdl. Paul Franz, Büdingen (29. 9. 1972), Dipl.-Hdl. Klaus Bitterwolf, Darmstadt (22. 9. 1972), Dipl.-Hdl. Christel Maseck, Lampertheim (28. 9. 1972);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Dipl.-Hdl. Georg Schwarz, Hausen (6. 9. 1972), Wilhelm Gandenberger, Darmstadt (22. 9. 1972), Ernst Stifter, Michelstadt/Odw. (1. 10. 1972), Heinrich Riedl, Wetzlar (28. 9. 1972), Dipl.-Hdl. Adolf Hermann Göbel, Dillenburg (1. 10. 1972);

zum **Oberstudiendirektor** Studiendirektor (BaL) Hans Krautheuser, Friedberg (1. 10. 1972);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehreranwärter/innen Norbert Baum, Wiesbaden (6. 9. 1972), Karin Haller, Hausen (6. 9. 1972), Gerhild Kiermeier, Rüsselsheim (5. 9. 1972), Angela Elisabeth Czupalla, Hausen (6. 9. 1972), Ute Potthast, Darmstadt (8. 9. 1972), Adolf Matz, Offenbach (5. 9. 1972), Hannelore Herzberg, Spredlingen (12. 9. 1972), Marianne Dischinger, Rüsselsheim (8. 9. 1972), Hans Rettberg, Frankfurt/M. (5. 9. 1972), Philipp Peter Schmitt, Dieburg (13. 9. 1972), Siegfried Karl Knappmann, Biedenkopf (14. 9. 1972), Elfriede Edeltraut Otto, Biedenkopf (14. 9. 1972), Ruth Frey, Biedenkopf (14. 9. 1972), Sabine Annegret Teske, Alsfeld (15. 9. 1972), Helmut Hofmann, Gießen (12. 9. 1972), Iris Ilona Ems, Bad Schwalbach (19. 9. 1972), Gisela Renate Buckowitz, Bad Homburg (19. 9. 1972), Marlies Elisabeth Margarete Dotterweich, Bensheim (22. 9. 1972), Werner Müller, Gießen (20. 9. 1972), Albert Kurt Wrba, Wetzlar (12. 9. 1972), Hans-Friedrich Wörle, Darmstadt (19. 9. 1972), Karl-Heinz Groh, Usingen (26. 9. 1972), Karl-Heinz Wilhelm Krusen, Geisenheim (19. 9. 1972), Christel Ursula Jockel, Gießen (5. 9. 1972);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Artur Ruppert, Gießen (3. 8. 1972), Reinhard Stritter, Hanau (29. 8. 1972), Gertrud Bücking, Gießen (1. 8. 1972), Eckardt Trautmann, Gießen (18. 9. 1972);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer** die Fachlehrer/innen an einer beruflichen Schule (BaL) Josef Welzel, Hadamar (11. 7. 1972), Hedwig Sommer-Ziemann, Offenbach/M. (31. 7. 1972), Margot Schlender-Sekel, Offenbach/M. (10. 8. 1972), Liselotte Kuhn, Offenbach/M. (28. 8. 1972);

zur **Fachoberlehrerin für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP)** die Fachoberlehreranwärterin Hannelore Schuchhardt, Biedenkopf (19. 9. 1972);

zu **Fachoberlehrern/innen für technologische Fächer z. A. (BaP)** die Fachoberlehreranwärter/innen (BaW) Ing. Gerhard Ferdinand Germann, Dillenburg (5. 9. 1972), Ing. Eberhard Illgen, Bad Homburg (5. 9. 1972), Ing. Kurt Bauer, Bad Homburg (5. 9. 1972), Ing. Dieter Bernhard Moos, Wiesbaden (7. 9. 1972), Ing. Willy Gilb, Rüsselsheim (7. 9. 1972), Ing. Holmer Czernohorsky, Groß-Gerau (12. 9. 1972), Ing. Dietmar Krause, Groß-Gerau (12. 9. 1972), Ing. Ernst-Dieter Kirschmann, Wiesbaden (7. 9. 1972), Ing. Bernd Schulmeyer, Alsfeld (9. 9. 1972), Ing. Egon Stahl, Nidda (14. 9. 1972), Ing. Andreas Wolniewicz, Friedberg (15. 9. 1972), Ing. Dietmar C. Geschwinder, Wiesbaden (16. 9. 1972), Ing. Hans Dieter Baumann, Weilburg (9. 9. 1972), Ing. Horst Walter Udluft, Darmstadt (20. 9. 1972), Ing. Ernst Kurt Wolf, Darmstadt (16. 9. 1972), Ing. Hans-Jürgen Schäfer, Darmstadt (16. 9. 1972), Ing. Peter Wilhelm Rupp, Frankfurt/M. (26. 9. 1972), Ing. Manfred Rudolf Seidel, Weilburg (9. 9. 1972), Ing. Heinz Karl Wenisch, Wiesbaden (28. 9. 1972);

Elfriede Fritz, Bad Homburg v. d. H. (23. 8. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Fachlehrerin an einer beruflichen Schule z. A. (BaP) Anneliese Brauckmann, Hanau (6. 9. 1972);

die **Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP)** Eva Röber, Darmstadt (7. 8. 1972), Gisela Zinn, Darmstadt (7. 8. 1972);

entlassen:

Fachoberlehreranwärter Ing. Horst Sittinger, Hanau/M. (13. 9. 1972), Fachlehreranwärter Paul Fachinger, Wiesbaden (30. 9. 1972);

Fachlehreranwärterin Ursula Baumert, Wiesbaden, Fachoberlehreranwärter Siegfried Marr, Hanau, Studienreferendar Dietrich Prochnow, Gießen, Fachlehreranwärterin Elke Beuerle, Gelnhausen (sämtlich 30. 9. 1972) — gem. § 43 HBG —;

in den Ruhestand getreten:

Oberstudienrat Karl Anderhub, Wiesbaden (31. 7. 1972);

in den **Ruhestand** versetzt:

Fachlehrerin an einer berufl. Schule Hildegard Andres, Gießen (30. 9. 1972), Studiendirektor Friedrich Schlerf, Gelnhausen (31. 7. 1972), Hausmeister Heinrich Schaffner, Hadamar (31. 7. 1972), Fachlehrerin Margarete Klein, Gießen (31. 7. 1972), Studiendirektor Dr. Kurt Leopold, Hanau/Main (30. 11. 1972), Oberstudienrat Fritz Schlünz, Wiesbaden (29. 6. 1972), Oberstudienrätin Franziska Wächter, Friedberg (31. 7. 1972);

Grund-, Haupt- und Real- und Sonderschulen

ernannt:

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)** die Lehramtsbewerber/innen Bernd Wältz, Gelnhausen (1. 9. 1972), Felicitas Zinkand, Gelnhausen (1. 9. 1972), Horst Köchler, Gelnhausen (1. 9. 1972), Rudi Zimmermann, Gelnhausen (1. 9. 1972), Horst-Günter Stelz, Bad Orb (1. 9. 1972), Detlef Ram, Biebergmünd 1 (1. 9. 1972), Christian Querl, Birstein (1. 9. 1972), Klaus-Peter Buchhold, Oberndorf (1. 9. 1972), Gero Schwager, Bieber (1. 9. 1972), Hermann Heim, Wächtersbach (1. 9. 1972), Edwin Gödde, Eidengesäß (1. 9. 1972), Alv Surma, Ernsthofen (1. 9. 1972), Sylvia Koch, Gräfenhausen (1. 9. 1972), Sigrid Klaus, Hähnlein (1. 9. 1972), Ute Walla, Atzbach (1. 9. 1972), Rosemarie Weigt, Raibach (1. 9. 1972), Werner Thum, Ehringhausen (1. 9. 1972), Hubert Zintl, Gladenbach (1. 9. 1972), Hannelore Viehmann, Eismroth (1. 9. 1972), Ingrid Groth, Wetzlar (1. 9. 1972), Heinz-Jürgen Heuhsen, Biebertal (1. 9. 1972), Irmaud Schulz, Herbörn (1. 9. 1972), Ingrid Gercke, Herbornseelbach (1. 9. 1972), Margot Walter, Gönner (1. 9. 1972), Martin Schmidtke, Neuenhaßlau (1. 9. 1972), Waltraud Brenke, Freigericht 1 (1. 9. 1972), Holger Pleyer, Walluf (1. 9. 1972), Karin Raschke, Oestrich (1. 9. 1972), Christel Weber, Rüdesheim (1. 9. 1972), Barbara Spanakis, Eltville (1. 9. 1972), Barbara Koeppel, Erbach/Rhein (1. 9. 1972), Gunhild Claes, Eibelshausen (1. 9. 1972), Helmut Gehring, Babenhausen (1. 9. 1972), Hugo Schön, Biebergmünd 1 (1. 9. 1972), Ingrid Schöberl, Roßdorf (1. 9. 1972), Christina Schwiers, Eschborn (1. 9. 1972), Ingrid Hojka, Roßdorf (1. 9. 1972), Maria-Magdalena Huthmann, Ober-Ramstadt (1. 9. 1972), Renate Gutermuth, Roßdorf (1. 9. 1972), Hans-Peter Hörber, Gräfenhausen (1. 9. 1972), Monika Schelenz, Griesheim (1. 9. 1972), Hermann Heim, Wächtersbach (1. 9. 1972), Gabriele Amend, Salmünster (1. 9. 1972), Marianne Dillmann, Wallrabenstein (1. 9. 1972), Charlotte Schumann, Klein-Welzheim (1. 9. 1972), Rainer Schoenberg, Spredlingen (1. 9. 1972), Diethard William, Schlüchtern (1. 9. 1972), Ulrike Graichen, Schaafheim (1. 9. 1972), Kurt Göbel, Ober-Roden (1. 9. 1972), Birgit Scherer, Darmstadt (1. 9. 1972), Eva Säffker, Gießen (1. 9. 1972), Norbert Schomber, Laubach (1. 9. 1972), Karl Schneider, Lollar (1. 9. 1972), Vera Greinemann, Weiterstadt (1. 9. 1972), Claus Fuhrmann, Nieder-Ramstadt (1. 9. 1972), Karin Gömpel, Weiterstadt (1. 9. 1972), Sylvia Tietze, Lampertheim (1. 9. 1972), Elke Lang, Pohlheim 1 (1. 9. 1972), Peter Müller, Eidengesäß (1. 9. 1972), Wilhelm Reeg, Schlüchtern (1. 9. 1972), Carlo Paul, Altengronau (1. 9. 1972), Angelika Haase, Friedrichsdorf/Ts. (1. 9. 1972), Helga Herbig, Stierstadt (1. 9. 1972), Gisela Trüller, Bad Homburg v. d. H. (1. 9. 1972), Doris Werner, Friedrichsdorf/Ts. (1. 9. 1972), Angelika Krieger, Großen-Linden (1. 9. 1972), Gerhard Knappek, Gießen (1. 9. 1972), Helmut Weber, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Ulrike Hartmann, Darmstadt (1. 9. 1972), Doris Kühn, Darmstadt (1. 9. 1972), Cornelia Kischkat, Bicken-Ballersbach (1. 9. 1972), Walter Kopp, Darmstadt (1. 9. 1972), Gisela Holz, Winkel (1. 9. 1972), Harald Paul Heiligenthal, Reinheim (1. 9. 1972), Werner Ickler, Gießen (1. 9. 1972), Klaus Georg Müller, Höchst Odw. (1. 9. 1972), Margit Müller, Seckmauern (1. 9. 1972), Sylvia Lindemann, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Karin Luft, Neu-Isenburg (1. 9. 1972), Hanna Müller, Steinheim (1. 9. 1972), Gabriele Linnenberg, Gießen (1. 9. 1972), Annegret Dietrich, Nauborn (1. 9. 1972), Ute Jahn, Bockenheim-Süd (1. 9. 1972), Hildegard Meisel, Rechtenbach (1. 9. 1972), Peter Mohr, Wetzlar (1. 9. 1972), Marlies Maurer, Eibelshausen (1. 9. 1972), Elisabeth Ludwig, Babenhausen (1. 9. 1972), Silvia Lusky, Wetzlar (1. 9. 1972), Herbert Reuber, Steinau (1. 9. 1972), Armgard Elisabeth Anna Schuster, Groß-Zimmern (1. 9. 1972), Joachim-Günter Schulz, Kirch-Göns (1. 9. 1972), Brigitte Schnabel, Kirch-Göns (1. 9. 1972), Elfi Schwarz, Gundernhausen (1. 9. 1972), Günther Trippel, Dieburg (1. 9. 1972), Hermann Stefan, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Peter Stern, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Michael Steinke, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Helmut Hertset, Nieder-Roden (1. 9. 1972), Ingrid Schneider, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Joachim Handschug, Goddelau (1. 9.

1972), Ursula Pfuhl, Groß-Zimmern (1. 9. 1972), Renate Weber, Dietzenbach (1. 9. 1972), Gisela Fieber, Klein-Umstadt (1. 9. 1972), Heinz Jürgen Seim, Großen-Buseck (1. 9. 1972), Reingard Körschner, Arnoldshain (1. 9. 1972), Henrik Jäger, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Christel Wellner, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Klaus Worsch, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Alfons Schilling, Heusenstamm (1. 9. 1972), Anton Jordan, Darmstadt (1. 9. 1972), Ruth Werthmann, Frankfurt/Main (1. 9. 1972), Roswitha Nagel, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Inge Krüger, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Sigrid Grabinski, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Peter Kliegl, Dillenburg (1. 9. 1972), Margret Reissenberger, Biedenkopf (1. 9. 1972), Margot Walter, Biedenkopf (1. 9. 1972), Hannelore Viehmann, Dillenburg (1. 9. 1972), Dieter Schulz, Dillenburg (1. 9. 1972), Wolfgang Hubert, Dillenburg (1. 9. 1972), Edith Roemer, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Werner Schmidt, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Ulrich Rossmann, Reinheim (1. 9. 1972), Petra Scondo, Friedberg (1. 9. 1972), Wolf-Rüdiger Schindler, Heusenstamm (1. 9. 1972), Christa Gesing, Oberursel (1. 9. 1972), Helmut Nippert, Darmstadt (1. 9. 1972), Friedrich Stalb, Gießen (1. 9. 1972), Barbara Storbeck, Gießen (1. 9. 1972), Jörg Schubert, Erbach/Odw. (1. 9. 1972), Gisela Stecker, Friedberg (1. 9. 1972), Annemarie Köhler, Friedberg (1. 9. 1972), Cornelia Ebner, Oberursel (1. 9. 1972), Marion Fabri, Oberursel (1. 9. 1972), Gisela Diedenhofen, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Ursula Fischer, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Alfina Casper, Oberursel (1. 9. 1972), Heinz Felde, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Christel Engenolf, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Annemarie Ebner, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Irene Ruff-Marques, Oberursel (1. 9. 1972), Ruth Oerter, Lauterbach (1. 9. 1972), Ian Pranz, Reinheim (1. 9. 1972), Bernhard May, Weilburg (1. 9. 1972), Wolfgang Klapdor, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Margot Hannasky, Heusenstamm (1. 9. 1972), Heidemarie Tratter, Büdingen (1. 9. 1972), Christel Brandenburg, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Klaus-Dieter Hohmann, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Elias Diszberger, Oberursel (1. 9. 1972), Ingrid Blumentritt, Oberursel (1. 9. 1972), Ruth Göhringer, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Wolfgang Grebe, Usingen (1. 9. 1972), Monika Greuling, Limburg/L. (1. 9. 1972), Griseldis Gießen, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Ute Neugebauer, Reinheim (1. 9. 1972), Gerlinde Peter, Erbach (1. 9. 1972), Elisabeth Reissner, Reinheim (1. 9. 1972), Roswitha Spremberg, Büdingen (1. 9. 1972), Christine Höhn, Gießen (1. 9. 1972), Ingrid Tower-Pohl, Hanau (1. 9. 1972), Gisela Uhlemann, Hanau (1. 9. 1972), Ulrike Wenzel, Hanau (1. 9. 1972), Gerhard Gerlach, Hanau (1. 9. 1972), Rosemarie Hammela, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Theodor Führs, Bad Soden (1. 9. 1972), Wolfgang Kaupe, Bad Soden (1. 9. 1972), Rainer Maar, Hanau (1. 9. 1972), Lydia Meerbott, Hanau (1. 9. 1972), Annemarie Baumann, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Bernhard Michel, Hanau (1. 9. 1972), Else Lehmann, Bad Soden (1. 9. 1972), Sabine Mester, Bad Soden (1. 9. 1972), Reiner Oppen, Bad Soden (1. 9. 1972), Wilma Teckel, Bad Soden (1. 9. 1972), Roland Maag, Bad Soden (1. 9. 1972), Jutta Henze, Bad Soden (1. 9. 1972), Monika Jeuk, Bad Soden (1. 9. 1972), Barbara Herrmann, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Reiner Mausbach, Bad Soden (1. 9. 1972), Irmgard Ide, Bad Soden (1. 9. 1972), Hannelore Hennrich, Bad Schwalbach/Ts. (1. 9. 1972), Heidrun Jaklitsch, Bad Soden (1. 9. 1972), Magdalene Mueller, Bad Soden (1. 9. 1972), Marianne Grösch, Bad Soden (1. 9. 1972), Reinhard Gibisch, Bad Soden (1. 9. 1972), Brigitte Gutjahr, Bad Soden (1. 9. 1972), Petra Moravetz, Bad Soden (1. 9. 1972), Eva Husel, Bad Soden (1. 9. 1972), Ulrike Neupert, Heusenstamm (1. 9. 1972), Inge Holler, Gießen (1. 9. 1972), Gisela Jäger, Bad Soden (1. 9. 1972), Sigrid Neurand, Bad Soden (1. 9. 1972), Gerlind Hohnstein, Gießen (1. 9. 1972), Karin Hessberger, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Hans-Joachim Wilhelm, Bad Soden (1. 9. 1972), Regina Baur, Darmstadt (1. 9. 1972), Joachim Schulz, Friedberg (1. 9. 1972), Ingeborg Hoog, Erbach (1. 9. 1972), Harald Heiligenthal, Reinheim (1. 9. 1972), Ursula Wegner, Bad Soden (1. 9. 1972), Brigitte Reff, Wiesbaden (1. 9. 1972), Jutta Schäfer, Bad Soden (1. 9. 1972), Irene Weber, Gießen (1. 9. 1972), Edith Burg, Gießen (1. 9. 1972), Marie Elisabeth Anthes, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Ursula Brauner, Hanau (1. 9. 1972), Günter Vogt, Wetzlar (1. 9. 1972), Ingo Waldschmidt, Büdingen (1. 9. 1972), Ursula Wenzel, Alsfeld (1. 9. 1972), Regina Wagner, Büdingen (1. 9. 1972), Ursula Wiegand, Büdingen (1. 9. 1972), Vladimir Höll, Hanau (1. 9. 1972), Brigitte Galm, Hanau (1. 9. 1972), Hildegard Frankenbach, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Rainer Krausgrill, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Gabriele Pfeleiderer, Bad Soden (1. 9. 1972), Rosemarie Schlitt, Weilburg (1. 9. 1972), Georg Schmidt, Limburg (1. 9. 1972), Ruth Rembikowski, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Hans-Jürgen Hofferberth, Wiesbaden (1. 9. 1972), Christiane Fritzer, Friedberg (1. 9. 1972), Gisela Güntner, Friedberg (1. 9. 1972), Do-rothea Schramm, Alsfeld (1. 9. 1972), Ralf Birk, Limburg (1. 9. 1972), Tilo Bürgel, Bad Soden (1. 9. 1972), Christa Müller, Darmstadt (1. 9. 1972), Karin Steiner, Heppenheim (1. 9. 1972), Renate Schmidt, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Ingrid Schirrmacher, Biedenkopf (1. 9. 1972), Gerd Berlau, Usingen (1. 9. 1972), Johanna Betz, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Steffen Lepper, Hanau (1. 9. 1972), Anita Klein, Büdingen (1. 9. 1972), Ingrid Köhler, Wiesbaden (1. 9. 1972), Ursula Wenzel, Alsfeld (1. 9. 1972), Claudia Musolf, Reinheim (1. 9. 1972), Fred-Jürgen Mosler, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Günter Müller, Büdingen (1. 9. 1972), Ilse Müller, Büdingen (1. 9. 1972), Sibylle Linke, Heppenheim (1. 9. 1972), Gabriele Maier, Gießen (1. 9. 1972), Maria Meissner, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Irmgard Lothwies, Gießen (1. 9. 1972), Monika Heiligenthal, Reinheim (1. 9. 1972), Bernhild Henschke, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Otto Lienert, Heusenstamm (1. 9. 1972), Christine Köhler, Wiesbaden (1. 9. 1972), Hedwig Schnabel, Oberursel (1. 9. 1972), Ruth Göttmann, Heppenheim (1. 9. 1972), Reinhard Lang, Wetzlar (1. 9. 1972), Renate Michel, Reinheim (1. 9. 1972), Rainer Matern, Reinheim (1. 9. 1972), Michaela Link, Reinheim (1. 9. 1972), Jutta Müller, Reinheim (1. 9. 1972), Herbert Schäfer, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Ingrid Gärtner, Heppenheim (1. 9. 1972), Ingrid Schneider, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Günther Käberich, Oberursel (1. 9. 1972), Gerd Lange, Hanau (1. 9. 1972), Annette Gordon, Oberursel (1. 9. 1972), Hannelore Pascheke, Wetzlar (1. 9. 1972), Karin Kolb, Wetzlar (1. 9. 1972), Barbara Zehner-Herchenröther, Oberursel (1. 9. 1972), Jürgen Oetzel, Alsfeld (1. 9. 1972), Doris Kriskcher, Biedenkopf (26. 9. 1972), Hans Litschel, Schlüchtern (1. 9. 1972), Friedhelm Läufer, Wetzlar (1. 9. 1972), Renate Korman, Gießen (1. 9. 1972), Karin Blume, Wetzlar (1. 9. 1972), Bernd Rath, Friedberg (1. 9. 1972), Gerda Ott, Heppenheim (1. 9. 1972), Jürgen Riemenschneider, Heppenheim (1. 9. 1972), Wolfgang Paul, Heppenheim (1. 9. 1972), Wilfried Pader, Friedberg (1. 9. 1972), Günther Jakob, Heppenheim a. d. B. (1. 9. 1972), Irma Krämer, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Helga Mall, Heppenheim a. d. B. (1. 9. 1972), Carla Carstensen, Heppenheim a. d. B. (1. 9. 1972), Brunhilde Maus, Heppenheim a. d. B. (1. 9. 1972), Bärbel Martin, Heppenheim a. d. B. (4. 9. 1972), Harald Reeg, Heppenheim a. d. B. (1. 9. 1972), Elke Bergemann, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Karl-Heinz Rinker, Gießen (1. 9. 1972), Gerhard Pilger, Erbach/Odw. (1. 9. 1972), Elke Goliash, Bad Soden (1. 9. 1972), Christel Becker, Limburg (1. 9. 1972), Toni Jung, Limburg (1. 9. 1972), Reinhard Atzbach, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Harald Schmidt, Friedberg (1. 9. 1972), Birgitt Knaack, Limburg (5. 9. 1972), Hans-Jürgen Sengstock, Bad Soden (1. 9. 1972), Ulrike Breul, Gießen (1. 9. 1972), Gunter Bernhard, Heusenstamm (1. 9. 1972), Uwe Rohloff, Gießen (1. 9. 1972), Brigitte Franke, Gießen (1. 9. 1972), Christa Dörge, Heusenstamm (1. 9. 1972), Theodor van Dieken, Heusenstamm (1. 9. 1972), Lieselotte Forell, Heusenstamm (1. 9. 1972), Sigrun Beck, Heusenstamm (1. 9. 1972), Karl-Hein Brendel, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Christine Birkmüller, Heppenheim (1. 9. 1972), Franz Pachel, Hanau (1. 9. 1972), Ilse Oehlhof, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Bernd Otto, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Ernst-Ludwig Fietze, Butzbach (1. 9. 1972), Elina Apfelstaedt, Heusenstamm (1. 9. 1972), Johanna Kern, Heusenstamm (1. 9. 1972), Ruth Franken, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Joachim Handschug, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Helga Höhler, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Renate Stockert, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Klaus Hardt, Weilburg (1. 9. 1972), Helga Schuknecht, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Waltraud Willmann, Limburg (1. 9. 1972), Lothar Weigel, Bad Soden (1. 9. 1972), Jürgen Weil, Limburg (1. 9. 1972), Monika Dörr, Heppenheim (1. 9. 1972), Beate Wacker, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Gabriele Steer, Oberursel (1. 9. 1972), Ingrid Heine, Limburg (1. 9. 1972), Marlies Dörnenburg, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Renate Bernhardt, Oberursel (1. 9. 1972), Birgitt Pelzl, Heusenstamm (1. 9. 1972), Klaus Poweleit, Hanau (1. 9. 1972), Ulrike Rinn, Bad Soden (27. 9. 1972), Elke Siedelmann, Hanau (1. 9. 1972), Peter Winskowsky, Heusenstamm (1. 9. 1972), Hans-Werner Peyerl, Limburg (5. 9. 1972), Ingrid Knopp, Heppenheim (1. 9. 1972), Erika Gaul, Heusenstamm (1. 9. 1972), Ingeborg Greulich, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Doris Kleinrahm, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Dieter Kernchen, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Ursula Zehlen, Reinheim (1. 9. 1972), Regina Weil, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Helmut Wagner, Heusenstamm (1. 9. 1972), Ilse Reinhardt, Heusenstamm (1. 9. 1972), Bernhard Jäger, Bad Schwalbach (20. 9. 1972), Barbara Feldermann, Groß-Gerau (26. 9. 1972), Ludwig Beck, Heppenheim a. d. B. (1. 9. 1972), Roland Neeb, Büdingen (1. 9. 1972), Katja Gärtner, Reinheim (1. 9. 1972),

Elvira Gesswein, Heusenstamm (1. 9. 1972), Lothar Gebauer, Gießen (1. 9. 1972), Barbara Gretschr, Erbach (1. 9. 1972), Helmut Burgwinkel, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Roland Kalkofen, Limburg (1. 9. 1972), Herbert Rosenkranz, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Brigitte Pechatschek, Oberursel (1. 9. 1972), Beate Erk, Gießen (1. 9. 1972), Margit Gerbig, Heusenstamm (1. 9. 1972), Manfred Freitag, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Karin Kemmerling, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Irmgard Böttger, Bad Soden (1. 9. 1972), Dorothea Herdt, Heusenstamm (21. 9. 1972), Jochen Zeller, Reinheim (1. 9. 1972), Monika Lazar, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Egbert Klopsch, Biedenkopf (1. 9. 1972), Monika Höltje, Usingen (1. 9. 1972), Rainer Pehl, Usingen (1. 9. 1972), Monika Riesenhuber, Heusenstamm (1. 9. 1972), Hella Rehbein, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Ingeborg Stelzer, Schlüchtern (1. 9. 1972), Christel Bollin, Hanau (1. 9. 1972), Anneliese Send, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Karin Schmid, Heusenstamm (1. 9. 1972), Inge Nägel, Wetzlar (1. 9. 1972), Annelotte Langheinrich, Offenbach/M. (1. 9. 1972), Waltrudis Schweinsberger, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Helga Nerlich, Heusenstamm (1. 9. 1972), Susanne Hensel, Heusenstamm (1. 9. 1972), Karin Dodenhöft, Bad Soden (1. 9. 1972), Helga Foerstemann, Bad Soden (1. 9. 1972), Christiane Stein geb. Scheuermann, Bad Soden (1. 9. 1972), Annette Burkard, Friedberg (1. 9. 1972), Hans-Dieter Detlar, Büdingen (1. 9. 1972), Monika Reichwein, Limburg (1. 9. 1972), Renate Höpfner, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Rosemarie Wagner, Limburg (1. 9. 1972), Fritz Kleemann, Weilburg (1. 9. 1972), Elisabeth Schmitz, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Rüdiger Jung, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Ruth Everding, Reinheim (1. 9. 1972), Brunhilde Fiebig, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Karin Enzenbach, Gießen (1. 9. 1972), Marlies Falk, Friedberg (1. 9. 1972), Maren Müller-Sievers, Hanau/M. (1. 9. 1972), Rosel Lies geb. Jakobi, Friedberg (1. 9. 1972), Jens-Jürgen Reinmüller, Reinheim (1. 9. 1972), Eva Slusallek, Heusenstamm (1. 9. 1972), Sigrid Seidel, Friedberg (1. 9. 1972), Ingeborg Ricker, Limburg (1. 9. 1972), Ute Dyck, Bad Soden (1. 9. 1972), Ursula Bickel, Heusenstamm (1. 9. 1972), Regina Riegel, Bad Soden (1. 9. 1972), Dietmar Vogler, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Dieter Lerch, Bad Soden (1. 9. 1972), Thomas Beyerle, Heusenstamm (1. 9. 1972), Ulrike Becker, Heusenstamm (1. 9. 1972), Anna Beer, Heusenstamm (1. 9. 1972), Karl-Heinz Lindner, Bad Schwalbach (1. 9. 1972), Silvia Exner, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Gabriele Frauen, Heusenstamm (1. 9. 1972), Claudia Ellrich, Friedberg (1. 9. 1972), Marie-Luise Bergmann, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Liane Jücker, Alsfeld (1. 9. 1972), Monika Hübschmann, Friedberg (1. 9. 1972), Günter Kannwischer, Büdingen (1. 9. 1972), Sieglinde Abendroth, Heusenstamm (1. 9. 1972);

zu **apl. Lehrerin (BaW)** die Lehramtsbewerberinnen Gabriele Steinebach, Frankfurt/M. (1. 8. 1972), Brigitte Hartmann, Camberg (1. 9. 1972);

zu **apl. Lehrern/innen (BaW)** die Lehrerin im Angestelltenverhältnis Ernestine Subklew, Frankfurt/M. (31. 7. 1972); die ehemaligen apl. Lehrerinnen Heidrun Glaeser, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Renate Micksch, Steinbach (1. 9. 1972); Sonja Veit, Rimbach (28. 8. 1972), Sigrid Jacoby, Ober-Ramstadt (1. 9. 1972), Elisabeth Spalt, Darmstadt (1. 9. 1972); zu **apl. Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer (BaW)** die Fachlehreranwärter/innen Heidemarie Bergmann, Goddelau (1. 8. 1972), Angelika Thierfelder, Mosbach (21. 8. 1972), Annette Schmidt, Bensheim (21. 8. 1972), Volker Stief, Bürstadt (21. 8. 1972), Brigitte Günther, Hirschhorn (21. 8. 1972), Irene-Ilse Gelzenleuchter, Offenbach/M. (21. 8. 1972), Erhard Schönweitz, Niederramstadt (21. 8. 1972), Brigitte Wolf, Dieburg (21. 8. 1972), Ursula Dittschar, Hailer (21. 8. 1972), Werner Haus, Klein-Krotzenburg (21. 8. 1972), Manfred Frost, Darmstadt (21. 8. 1972), Ursula Velte, Darmstadt (21. 8. 1972), Sabine Reinhard, Biebergemünd 1 (21. 8. 1972), Barbara Macht, Wiesbaden (21. 8. 1972), Ulrike Köhler, Groß-Umstadt (21. 8. 1972), Monika Sill, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Karl-Heinz Weis, Offenbach/M. (21. 8. 1972), Eva-Maria Schubert, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Sabine Mey, Wiesbaden (21. 8. 1972), Birgit Hain, Weidenhausen (21. 8. 1972), Christine Dürr, Herboren (21. 8. 1972), Jutta Spies, Schotten (21. 8. 1972), Heike Marx, Friedberg (21. 8. 1972), Christiane Kretschmar, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Hartmut Reuter, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Hedwig Busalt, Viernheim (21. 8. 1972), Doris Hutzler, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Renate Feige, Dillenburg (21. 8. 1972), Renate Franke, Roßdorf (21. 8. 1972), Michael Neuhöfer, Bockenheim-Süd (21. 8. 1972), Ute Schäfer, Breidenbach (21. 8. 1972), Renate Dinger, Ranstadt (21. 8. 1972), Christiane Monteux, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Peter-Christian Zielinski, Pohl-Göns (21. 8. 1972), Gisela Heinrich, Grebenhain

(21. 8. 1972), Regina Immel, Weckesheim (21. 8. 1972), Angelika Jung, Wiesbaden (21. 8. 1972), Margret Herrs, Gießen (24. 8. 1972), Gabriele Jähne, Bischofsheim (21. 8. 1972), Irmtraud Schlapp, Heusenstamm (21. 8. 1972), Annemarie May, Gedern (21. 8. 1972), Marlene Fischer, Bad Vilbel (21. 8. 1972), Helmut Schäfer, Büdingen (21. 8. 1972), Gertraud Guthier, Waldmichelbach (28. 8. 1972), Heidrun Spahn, Walldorf (21. 8. 1972), Ute Weyhrauch, Wetzlar (21. 8. 1972), Gisela Arndt, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Jutta Wimmel, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Wolfgang Onnen, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Udo Burger, Gießen (21. 8. 1972), Angelika Haufe, Hanau (21. 8. 1972), Renate Armbrrecht, Reinheim (4. 9. 1972), Irmgard Mattern, Stockstadt (21. 8. 1972), Ingrid Malina, Rüsselsheim (21. 8. 1972), Friedrich Hensel, Obertshausen (21. 8. 1972), Monika Kleiner, Traisa (21. 8. 1972), Monika Bernhardt, Brandobersdorf (21. 8. 1972), Christa Rump, Wiesbaden (21. 8. 1972), Monika Pölkling, Wiesbaden (21. 8. 1972), Petra Hoffmann, Bad Soden (21. 8. 1972), Christine Roth, Groß-Gerau (21. 8. 1972), Fritz Lang, Oberursel (21. 8. 1972), Christiane Jakob, Erlensee (21. 8. 1972), Joachim Bierwirth, Nauborn (21. 8. 1972), Hannelore Birgfeld, Erbach (21. 8. 1972), Monika Campe, Groß-Gerau (21. 8. 1972), Karola Herbel, Groß-Gerau (21. 8. 1972), Ute Kollmann, Heppenheim (21. 8. 1972), Christa Trappe, Alsfeld (21. 8. 1972), Charlotte Bartl, Alsfeld (21. 8. 1972), Ingetraut König, Darmstadt (21. 8. 1972), Doris Weber, Reichelsheim (21. 8. 1972), Anneliese Mensche, Herbstein (21. 8. 1972), Karl Hejny, Taunusstein-Wehen (21. 8. 1972), Diana Gerland, Groß-Gerau (21. 8. 1972), Sigrid Reining, Friedberg (21. 8. 1972); Hildegard Schönemann, Darmstadt (1. 9. 1972);

Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Hildegard Datum, Frankfurt/M. (14. 8. 1972);

zur **apl. Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer (BaP)** Ursula Schmitt, Götzenhain (1. 9. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

apl. Lehrer/in (BaW) Marianne Lurch, Bad Vilbel (7. 8. 1972), Hermann Lang, Niederbrechen (25. 8. 1972);

ernannt:

zu **Lehrern/innen z. A. (BaP)** die apl. Lehrer/innen (BaW) Brigitte Podlich, Frankfurt/M. (5. 7. 1972), Ursula Schäfer, Gadernheim (12. 7. 1972), Eva Makatsch, Niddatal 3 (3. 8. 1972), Inge Weiß, Frankfurt/M. (30. 6. 1972), Sylvia Schröder, Niedernhausen/Ts. (4. 8. 1972), Barbara Weckesser, Flörsheim (10. 7. 1972), Hanna Altmann, Wetzlar (12. 8. 1972), Ruth Köhler, Beerfurth (16. 8. 1972), Gisela Drögsler, Rüsselsheim (21. 8. 1972), Johann Pretnar, Naurod (26. 7. 1972), Frauke Kurtz, Friedberg (21. 8. 1972), Anna Theresia Nehrer, Lampertheim (7. 8. 1972), Adelgund Köpf, Wiesbaden (28. 8. 1972), Hans-Jürgen Selbach, Niederzheim (17. 8. 1972), Brigitte Happel, Bad Homburg (23. 8. 1972), Roswitha König, Nieder-Ohmen (29. 8. 1972), Helga Bessier, Schwalbach Limes (28. 7. 1972), Margit Achenbach, Neu-Isenburg (31. 7. 1972), Brigitte Lipphardt, Dietzenbach (28. 8. 1972), Monika Momberger, Fehlheim (21. 8. 1972), Silke Griefenstein, Bad König (23. 8. 1972), Maria Ries, Großkrotzenburg (28. 8. 1972), Heidrun Renje, Taunusstein 1 (30. 8. 1972), Heidrun Scherner, Hofheim/Ts. (21. 8. 1972), Sybille Zimmermann, Gelnhausen (28. 8. 1972), Rosemarie Wachendorff, Rüsselsheim (14. 8. 1972), Christel Hahn, Geisenheim/Rh. (28. 8. 1972), Marlis Otto, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Evelyn Glemser, Sprendlingen (20. 8. 1972), Helga Schröder, Hofheim/Ts. (28. 8. 1972), Gerda Stoll, Eschborn/Ts. (28. 8. 1972), Marianne Ecklebe, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Regina Bieger, Geisenheim/Rh. (28. 8. 1972), Maria Jesen, Lohrhaupten (28. 8. 1972), Roswitha Kirschstein-Freund, Lengfeld (31. 8. 1972), Klaus Ziegler, Altenhain (28. 8. 1972), Christine Gertrud Mehring, Babenhäusen (23. 8. 1972), Marg. Barbara Schneider, Nieder-Roden (31. 8. 1972), Ingrid Schnee, Bad Homburg (28. 8. 1972), Brigitte Janke, Pohlheim 4 (23. 8. 1972), Christa Eberwein, Wiesbaden (28. 8. 1972), Annette v. Waldow, Friedrichsdorf (28. 8. 1972), Georg Rolf Schneider, Groß-Bieberau (31. 8. 1972), Gudrun Kendel, Fürth (1. 9. 1972), Eva Eppert, Hofheim (14. 8. 1972), Inge Stein, Winkel (28. 8. 1972), Hannelore Wirth, Wetzlar (28. 8. 1972), Gerd Priester, Offenbach/M. (28. 8. 1972), Gerhard Schmidt, Darmstadt (28. 8. 1972), Hergard Zahradnik, Kalbach (30. 8. 1972), Christine Rapp, Reinhardshagen (31. 8. 1972), Eleonore Ursula Kern, Darmstadt (28. 8. 1972), Gabriele Götz, Dietzenbach (30. 8. 1972), Heide Polly, Zellhausen (28. 8. 1972), Mignon Pönnighaus, Sprendlingen (30. 8. 1972), Renate Skuballa, Wiesbaden (28. 8. 1972), Dorli Rosa, Wiesbaden (28. 8. 1972),

Paul-Dietmar Osche, Assmannshausen (28. 8. 1972), Rolf-Udo Bender, Langensfeld (30. 7. 1972), Ursula Sonnenschein, Taunusstein 2 (1. 9. 1972), Gabriele Findhammer, Mühlheim/M. (28. 8. 1972), Ute Ballhaus, Sprendlingen (28. 8. 1972), Bernhard Hermann Seemann, Groß-Bieberau (24. 8. 1972), Margot Landmann, Eppertshausen (5. 9. 1972), Anne-Christine Richter, Bad Vilbel (7. 8. 1972), Carola Scheps, Sprendlingen (28. 8. 1972), Roswitha Mager, Lampertheim (28. 8. 1972), Ursula Lindstaedt, Heusenstamm (28. 8. 1972), Dirk Dettlaff, Frankfurt/M. (18. 7. 1972), Hans Eckert, Bruchköbel-Nord (28. 8. 1972), Astrid Schaper, Gustavsburg (30. 8. 1972), Sabine Spee, Dietzenbach (28. 8. 1972), Almut Schleiffer, Wiesbaden (28. 8. 1972), Sönke Gorek, Heusenstamm (31. 8. 1972), Iris Anna-Maria Düstersiek, Herborn (28. 8. 1972), Ulrike Reiche, Rechtenbach (28. 8. 1972), Christa Aigenmann, Mühlheim (29. 7. 1972), Helmut Heisen, Aarbergen-Michelbach (28. 8. 1972), Rainer Dornig, Wiesbaden (24. 8. 1972), Norbert Muth, Langen (28. 8. 1972), Antje Hauß, Rüsselsheim-Bauschheim (29. 8. 1972), Edith Fleckenstein, Bad Orb (1. 9. 1972), Uta Kuhl, Erda (6. 9. 1972), Anneliese Ressel, Hartenrod (28. 8. 1972), Bernhard Paul Otto Kögel, Simmersbach (29. 8. 1972), Renate Schlecht, Frankfurt/M. (3. 8. 1972), Brigitte Braun, Bockenheim-Süd (28. 8. 1972), Rosemarie Wolny, Gladenbach (31. 8. 1972), Heidemarie Sophie Löffler, Biedenkopf (30. 8. 1972), Roswitha Finders, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Uta Lampert, Frankfurt/M. (28. 7. 1972), Brigitte Eberenz, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Barbara Kluge, Frankfurt/M. (29. 8. 1972), Ursula Lang, Villmar (29. 8. 1972), Dagmar Eichfelder, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Adele Dern, Dillenburg (31. 8. 1972), Doris Ilse Berns, Dillenburg (5. 9. 1972), Ursula Becker, Frankfurt/M. (30. 8. 1972), Angelika Feuerbach, Frankfurt/M. (29. 8. 1972), Ursula Kuhn, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Katharina Becker, Hofheim/Ts. (28. 8. 1972), Ingrid Eichmann, Rothenbergen (1. 9. 1972), Christine Hecker, Hasselroth (30. 8. 1972), Ute Müller, Rechtenbach (28. 8. 1972), Rosemarie Christl, Raunheim (28. 8. 1972), Krista Heller, Wölfersheim (31. 8. 1972), Monika Willig, Bad Homburg (28. 8. 1972), Wolfgang Peter Klüber, Usingen (28. 8. 1972), Eckart Bosecke, Atzbach (28. 8. 1972), Wieland Buchner, Taunusstein-Hahn (30. 8. 1972), Klaus Ulrich Klotz, Biskirchen (31. 8. 1972), Bernd Grützmacher, Niederselters (12. 7. 1972), Anita Conrad-Lesmeister, Offenbach/M. (28. 8. 1972), Margarete Elisabeth Heilmann, Michelstadt (30. 8. 1972), Christel Reichard, Rimbach (28. 8. 1972), Brigitte Weber-Petri, Frankfurt/M. (29. 8. 1972), Hans-Joachim Hisgen, Offenbach/M. (19. 7. 1972), Hildegard Butte, Jügesheim (7. 9. 1972), Helmut Richter, Alledorf/Lumda (30. 8. 1972), Gerd Hechler, Biblis (19. 8. 1972), Wilfried Müller, Rechtenbach (28. 8. 1972), Karl-Hans Muth, Ehringshausen (28. 8. 1972), Brigitte Wolf, Sprendlingen (28. 8. 1972), Gisela Pucken, Neu-Isenburg (28. 8. 1972), Eleonore Möhle, Langen (28. 8. 1972), Jürgen Zindel, Wiesbaden (28. 8. 1972), Gudrun Steinbeck, Hünfelden (31. 8. 1972), Brigitte Reinbacher, Wiesbaden (28. 8. 1972), Christel Weidemann, Limburg (31. 8. 1972), Josef Wesserie, Offheim (30. 8. 1972), Elfriede Wallisch, Usingen (23. 8. 1972), Karin Wolf, Usingen (23. 8. 1972), Elma Weyerhäuser, Astheim (31. 7. 1972), Anna Steiger, Steinheim (31. 8. 1972), Sigrid Caprano, Hähnlein (4. 8. 1972), Renate Wolf, Lindheim (28. 8. 1972), Lutz Höritzsch, Büdingen (28. 8. 1972), Roswitha Fallahi, Hugon (28. 8. 1972), Annliese Neuber, Heppenheim (28. 8. 1972), Anneliese Schmidt-Focke, Bad Homburg (29. 8. 1972), Karin Weimer, Babenhausen (30. 8. 1972), Rita Trojan, Viernheim (2. 9. 1972), Karin Wiesenhofer, Hammelbach (21. 8. 1972), Helga Strödter, Hermannstein (28. 8. 1972), Ursula Jost, Biskirchen (14. 9. 1972), Ursula Prokasky, Fischbach/Ts. (29. 8. 1972), Ursula Reuter, Bad Soden (4. 9. 1972), Gerhard Schneider, Flörsheim (29. 8. 1972), Christine Clauß, Sulzbach (28. 8. 1972), Helga Knapp, Frankfurt/M. (5. 9. 1972), Helene Nattmann, Oberbrechen (23. 8. 1972), Roswitha Löhr, Limburg (31. 8. 1972), Elisabeth Bastian, Niederselters (1. 9. 1972), Dorothee Schulz, Jügesheim (7. 9. 1972), Friedrich Wilhelm Haas, Heppenheim (28. 8. 1972), Gerlinde Klöppel, Friedberg (6. 9. 1972), Bettina Kratz, Bad Nauheim (4. 9. 1972), Christine Knöbel, Goddelau (21. 8. 1972), Ingrid Krau, Mainflingen (28. 8. 1972), Burkhard Vollmers, Altenstadt (28. 8. 1972), Margret Christine Börger, Darmstadt (28. 8. 1972), Mareile Bocchi, Sulzbach (28. 8. 1972), Ursula Karrenbauer, Hochheim (29. 8. 1972), Klaus Hilgardt, Langen (11. 7. 1972), Edeltraud Moritz, Altenstadt (28. 8. 1972), Hans Jürgen Groß, Hadamar (5. 9. 1972), Ortrud Braune, Frohnhausen (4. 9. 1972), Manfred Casper, Oberbrechen (23. 8. 1972), Birgitt Stolte, Taunusstein 1

(11. 8. 1972), Walter Falkenstein, Lampertheim (28. 8. 1972), Dorothea die Cristofano, Eppstein (10. 9. 1972), Bernd Herchenröther, Frankfurt/M. (18. 8. 1972), Ilona Seidel, Butzbach (31. 8. 1972), Christa Herde, Gießen (11. 9. 1972), Elke Meier, Harheim (31. 8. 1972), Dorle Hohl, Rodenbach 1 (29. 7. 1972), Ernst-Dieter Metz, Biedenkopf (28. 8. 1972), Heike Roth, Friedensdorf/Dautphe (31. 8. 1972), Gert Paul Wagner, Breitscheid (5. 9. 1972), Margit Wagner, Breitscheid (5. 9. 1972), Jutta Steinacker, Groß-Bieberau (20. 6. 1972), Maria Rohde, Niederhächstadt (28. 8. 1972), Gabriele Schindler, Flörsheim (29. 8. 1972), Jutta Haas, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Ursula Adams, Elz (18. 9. 1972), Gudrun Hartmann, Hatterskirchen (1. 9. 1972), Christa Maria Ott, Groß-Umstadt (23. 8. 1972), Annette Bremermann, Offenbach/M. (28. 8. 1972), Dieter Wodianka, Eschenburg-Eibelshausen (31. 8. 1972), Evelin Maria Gerda Nießmann, Burg (11. 8. 1972), Ute Gisela Herrlich, Groß-Zimmern (12. 9. 1972), Ursula Haider, Hochheim (4. 9. 1972), Hannelore Todenhöfer, Hadamar (8. 9. 1972), Monika Anna Gerlinde Putschbach, Reinheim (8. 9. 1972), Heidemarie Irmgard Hartmann, Eiershausen (1. 9. 1972), Heide Ziegler, Frankfurt/M. (12. 9. 1972), Hannelore Lüdeling, Büttelborn (15. 9. 1972), Wolfgang Joseph Blum, Ehringshausen (6. 9. 1972), Irene Lutz, Wallrabenstein (21. 9. 1972), Karl-Peter Margotte, Großauheim (28. 8. 1972), Rolf Steuernagel, Weilminster (30. 8. 1972), Peter Laufer, Taunusstein 1 (30. 8. 1972), Hans Dernbach, Elz (20. 9. 1972), Christel Marianne Bezdek, Breitscheid (28. 8. 1972), Manfred Lang, Elbtal/Dorchheim (12. 9. 1972), Ingeborg Hanausek, Elz (20. 9. 1972), Johanna Fischer, Staffel (19. 9. 1972), Hiltrud Wolf, Geisenheim (22. 9. 1972), Marie-Luise Schorré, Idstein/Ts. (20. 9. 1972), Hans-Otto Vetter, Habitzheim (29. 8. 1972), Marita Wolf, Lauterbach (29. 8. 1972), Christel Neurath, Gießen (10. 8. 1972), Hans Wilhelm Stähler, Hadamar/Steinbach (26. 9. 1972), Irene Pfizemaier, Bürstadt (11. 9. 1972), Barbara Christine Ferling, Münster (14. 9. 1972), Ursula Ettlisch, Limburg/L. (19. 9. 1972), Anita Hartmann, Raunheim (28. 8. 1972), Günter Henkel, Babenhausen (7. 9. 1972), Irmgard Schumacher, Wachenbuchen (28. 8. 1972), Kerstin Gemündt, Taunusstein 1 (30. 8. 1972), Christina Böhmer, Erlensee (16. 9. 1972), Barbara Becker, Beerfelden (28. 8. 1972), Annemarie Niederlinter, Viernheim (15. 8. 1972), Georg Kiesswetter, Dornburg-Frickhofen (19. 9. 1972), Gisela Keßler, Weilburg (24. 8. 1972), Regula Jensen, Frankfurt/M.-Bockenheim-Süd (21. 8. 1972), Elisabeth Tölg, Gießen (2. 10. 1972), Anneliese Breinl, Pohlheim 1 (30. 8. 1972), Maria Zuber, Waldbrunn-Lahr (28. 9. 1972), Dagmar Block, Taunusstein 1 (28. 9. 1972), Rolf Kern, Darmstadt (21. 8. 1972), Sigrid Sturtz, Schöneck 1 (2. 10. 1972), Vera Brühne, Frankfurt/M. (8. 9. 1972), Hannelore Fomferra, Frankfurt/M. (5. 9. 1972), Mechthild Wagner, Frankfurt/M. (17. 7. 1972), Maria Winkel, Reinheim (19. 9. 1972), Marianne Schmid, Kelkheim-Münster (5. 9. 1972), Carmen Helbing, Rüsselsheim (28. 8. 1972), Klaus-Dieter Willers, Hungen (20. 9. 1972), Ulrich Prause, Limburg (6. 10. 1972), Barbara Kupisch, Frankfurt/M. (8. 9. 1972);

Hildegund Geiß, Löhrbach (28. 8. 1972), Elisabeth Schmitt, Rimbach (28. 8. 1972), Marika Dietrich, Darmstadt-Eberstadt (28. 8. 1972), Irmtraut Feick, Klein-Gerau (1. 8. 1972), Eva Seidler, Biedenkopf (28. 8. 1972), Marianne Rehmann, Mühlheim/M. (1. 9. 1972), Inge Marenbach, Heusenstamm (1. 9. 1972), Horst Müller, Wiesbaden (7. 9. 1972), Beatrice Sommer, Groß-Gerau (1. 9. 1972), Manfred Marx, Wiesbaden (7. 9. 1972), Margrit Gentzsch-Zevens, Nieder-Roden (1. 9. 1972), Haide Pomutz, Klein-Auheim (1. 9. 1972), Madelena Buckler, Reinheim (1. 9. 1972), Elke Härtel, Heusenstamm (1. 9. 1972), Sixta Thomas, Heusenstamm (1. 9. 1972), Marianne Lehmann, Waldmichelbach (28. 8. 1972);

die Lehramtsbewerberinnen Ulrike Demisch, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Ursula Hoffelder, Frankfurt/M. (20. 9. 1972); die ehem. apl. Lehrer/innen Heiderose Neubüser, Wetzlar (21. 8. 1972), Hiltraud Lenze, Esfa (1. 9. 1972), Gabriele Wachenfeld, Jossa (1. 9. 1972), Ulla Hoenig, Frankfurt/M. (1. 9. 1972), Cäcilie Hofmann, Dörnigheim (1. 9. 1972), Heide Clemm, Nieder-Eschbach (1. 9. 1972), Elisabeth Schmücker-Flinspach, Oberursel (1. 9. 1972);

die ehem. Lehramtsanwärterin Elfriede Dreier, Karben (1. 8. 1972);

die ehem. Lehrerin Renate Christ, Wiesbaden (1. 9. 1972); Realschulanwärter/in Gisela Welp, Reinheim (1. 9. 1972), Heinrich P. Reininger, Bad Soden (1. 9. 1972);

zu Realschullehrerinnen z. A. (BaP) Heide Göller, Wiesbaden (1. 9. 1972);

apl. Lehrerin (BaW) Ingrid Hübsch, Frankfurt/M. (28. 8. 1972);

zu Fachlehrern/Innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) die apl. Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer (BaW) Hedwig Reinhardt, Wetzlar (10. 7. 1972), Heinz-Jürgen Jürgensen, Bensheim a. d. B. (7. 8. 1972), Christel Calmano, Oberursel (16. 8. 1972), Rainer Schoemann, Rüdesheim (19. 7. 1972), Erwin Gabriel, Herbornseelbach (5. 8. 1972), Karlfred Theby, Oberbrechen (23. 8. 1972), Rosemarie Schimke, Kefenrod (28. 8. 1972), Anni Pankratz, Weilburg (30. 8. 1972), Karl-Hans Richter, Haiger (29. 8. 1972), Renate Brodehl, Wiesbaden-Dotzheim (28. 8. 1972), Dagmar Jänke, Bischofsheim (21. 8. 1972), Gertrud Gröger, Ruhlkirchen (28. 8. 1972), Christel Schröder, Büdingen (28. 8. 1972), Karin Bauer, Langen (28. 8. 1972), Verena Szakacs, Dietzenbach (28. 8. 1972), Christhild Stoll, Groß-Zimmern (28. 8. 1972), Sigrid Engeler, Gedern (30. 6. 1972), Ulrike Diefenbach, Rüsselsheim-Bauschheim (29. 8. 1972), Marlis Sackstedt, Sprendlingen (28. 8. 1972), Gabriele Brieger, Dietzenbach (30. 8. 1972), Ingeborg Bauer, Stockheim (19. 7. 1972), Ewald Steiner, Weiterstadt (21. 7. 1972), Elke Silberhorn, Rüsselsheim (28. 8. 1972), Ursula Hoffmann, Hungen (28. 8. 1972), Lieselotte Andres, Lorsch (29. 8. 1972), Helga Annemarie Frank, Pfungstadt (28. 7. 1972), Edelgard Dienstbach, Merkenbach (11. 8. 1972), Cornelia Ney, Wiesbaden (29. 8. 1972), Ruth Schneider, Wiesbaden-Dotzheim (1. 9. 1972), Wolfram Eberhard Heinrich Stillger, Eibelshausen (31. 8. 1972), Ulrike Bach, Gladenbach (31. 8. 1972), Ingeborg Bradtke, Frankfurt/M. (14. 8. 1972), Waltraud Friedrich, Gladenbach (31. 8. 1972), Christa Pätz, Rüsselsheim (21. 8. 1972), Isaline Porizka, Gießen (6. 9. 1972), Anita Veith, Rüsselsheim (28. 8. 1972), Brigitte Grein, Waldernbach (24. 8. 1972), Pia Hotz, Mörlenbach (29. 8. 1972), Christa Hildebrandt, Babenhausen (6. 9. 1972), Cornelia Schattel, Dornburg/Frickhofen (28. 8. 1972), Wolfgang Schreiner, Runkel (31. 8. 1972), Karin Bretz, Bad Homburg (29. 8. 1972), Ursula Hayes, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Inge Matula, Frankfurt/M. (30. 8. 1972), Monika Heyer, Bürstadt (28. 8. 1972), Astrid Paeschke, Niedereisenhausen (29. 8. 1972), Ute Mathilde Anna Kemper, Höchst/Odw. (31. 8. 1972), Renate Harnischfeger, Gelnhausen (11. 9. 1972), Hannelore Rausch, Bad Vilbel (7. 8. 1972), Barbara Mehnert, Runkel (31. 8. 1972), Renate Sasse, Limburg/L. (28. 8. 1972), Vera Rotter, Freigericht 5 (6. 9. 1972), Michael Ogrzewalla, Haiger (7. 9. 1972), Traudel Janss, Klein-Umstadt (7. 9. 1972), Sigrid Krieger, Idstein (30. 9. 1972), Barbara Lorenz, Haiger (28. 8. 1972), Ruth Stainiek, Butzbach (18. 9. 1972), Regina May, Büdingen (26. 7. 1972), Ursula Kirchberg, Hünfelden/Dauborn (29. 8. 1972), Claudia Phlepp, Darmstadt (28. 8. 1972), Elvira Bottner, Nidderau (24. 8. 1972), Barbara Rübsamen, Wetzlar (18. 9. 1972);

zum/zur Lehrer/in z. A. an einer Sonderschule (BaP) apl. Lehrer/in an einer Sonderschule (BaW) Dankmar Seifried, Frankfurt/M. (9. 8. 1972), Rose Ahlheim, Wiesbaden (28. 8. 1972);

zur Jugendleiterin BaP Jugendleiterin im Angestelltenverhältnis Gertraud Drygas, Friedberg (20. 7. 1972);

zu Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP) die Jugendleiterinnen im Angestelltenverhältnis Lotte Schrader, Frankfurt/M. (20. 7. 1972), Else Klein, Wiesbaden (22. 8. 1972), Kristhilt Böttcher, Darmstadt (18. 8. 1972), Inge Scheffler, Wiesbaden (9. 8. 1972), Elfriede Seibert, Frankfurt/M. (14. 7. 1972), Ursula Behrenbruch, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Renate Westerkamp, Frankfurt/M. (5. 9. 1972);

zur Lehrerin Lehrerin z. A. (BaP) Christel Hellmich, Frankfurt/M. (23. 8. 1972);

zu Fachlehrerinnen für mus.-technische Fächer die Fachlehrerinnen für mus.-technische Fächer z. A. (BaP) Hannelore Hortmann, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Walburga Dornseif, Frankfurt/M. (31. 7. 1972), Barbara Horn, Hainhausen (10. 6. 1972), Gertrud Schüddemage, Buchenau (31. 8. 1972), Karin Rausch, Herborn (7. 9. 1972), Waltraud Sulzmann, Kelsterbach (16. 9. 1972), Irmtraud Herr, Frankfurt/M. (10. 8. 1972);

zu Lehrern/Innen (BaL) die apl. Lehrer/innen (BaP) Ingrid Radtke, Friedberg (16. 8. 1972), Evelin Rahm, Taunusstein-Bleidenstadt (25. 5. 1972), Theodor Schimmer, Grebenhain (1. 9. 1972), Ursula Schmich, Limburg (12. 4. 1972), Klaus Tempel, Laubach (11. 6. 1972), Hans Schauer, Berstadt (30. 8. 1972), Hella Georg, Alsbach (22. 7. 1972), Ilse Abé, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Ingrid Bernhardt, Frankfurt/M.

(29. 8. 1972), Ursula Kratz, Offenbach M. (30. 8. 1972), Ulrike Majid, Frankfurt/M. (18. 5. 1972);

die ehemaligen Lehrer/innen Renate Langer, Frankfurt M. (21. 8. 1972), Anna-Elisabeth Dorndorf, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Elisabeth Junne, Frankfurt/M. (21. 8. 1972), Erika Nickel, Frohnhausen (1. 9. 1972), Hannelore Pfitzner, Schlüchtern (1. 9. 1972), Helga Peschke, Frankfurt M. (1. 9. 1972), Irmgard Blase, Offenbach (1. 9. 1972), Gertrud Schäfer, Bad Soden (31. 8. 1972);

Eva Schafferns, Frankfurt/M. (1. 8. 1972), Elisabeth Stegemann, Reinheim (18. 8. 1972), Edith Volk, Reinheim (28. 8. 1972), Helga Kannengießer, Frankfurt M. (28. 8. 1972), Friederike Schmelcher, Neu-Isenburg (22. 9. 1972), Maria Gangl, Obertshausen (21. 8. 1972);

zu Lehrern/Innen (BaL) die Lehrer innen z. A. (BaP) Helga Kirschner, Brandobendorf (12. 7. 1972), Klaus Stöckel, Kronberg (10. 8. 1972), Ingeborg Kolb, Frankfurt/M. (10. 8. 1972), Ingeborg Ohlemacher, Oestrich (11. 8. 1972), Barbara Lesch, Eschborn (12. 7. 1972), Ingrid Volk, Reichelsheim (17. 8. 1972), Vera Schmucker, Höchst (17. 8. 1972), Eva Scherner, Königstein (14. 8. 1972), Peter Riedle, Wiesbaden (25. 8. 1972), Maja Krombach, Offenbach/M. (28. 8. 1972), Ellen Rothe, Bad Homburg (28. 8. 1972), Annegret Schmidt, Gießen (30. 8. 1972), Brigitte Danz, Groß-Umstadt (28. 8. 1972), Lieselotte Steinweg, Dietzenbach (28. 8. 1972), Gisela Kleinheins, Nieder-Eschbach (29. 8. 1972), Eckard Schneider, Homberg/Ohm (31. 8. 1972), Ingrid Schol, Schönbach (28. 8. 1972), Anton Uttendorfer, Bad Homburg (28. 8. 1972), Ingrid Weller, Wiesbaden (28. 8. 1972), Iris Scheithauer, Steinbach (29. 8. 1972), Manfred Stief, Offenbach M. (28. 8. 1972), Gudrun Ruppel, Wächtersbach (28. 8. 1972), Ingrid Edeltraud Wary, Offenbach ü. Herborn (28. 8. 1972), Maria Winkler, Mühlheim/M. (24. 8. 1972), Winfried Weißmüller, Beilstein (31. 8. 1972), Trude Petersen, Offenbach/M. (29. 8. 1972), Irmgard Schmidkowski, Frankfurt M. (30. 8. 1972), Iris Wille, Gladenbach (31. 8. 1972), Günther Fütz, Mengerskirchen (25. 5. 1972), Jochen Pioch, Wiesbaden (1. 9. 1972), Ansgar Röpling, Rüsselsheim (21. 8. 1972), Egon Fritz Nieder-Ohmen (29. 8. 1972), Walter Reitz, Frankfurt/M. (15. 8. 1972), Peter Blumentritt, Fellerdilln (5. 9. 1972), Rolf-Rainer Kuhl, Hain-Gründau (28. 8. 1972), Manfred Kroll, Brauerschwend (28. 8. 1972), Karl Kriha, Groß-Rohrheim (2. 9. 1972), Hans-Rudolf Zier, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Birgit Staniewicz-Ostermann, Wiesbaden (31. 8. 1972), Helma Elisabeth Schwarz, Weidenhausen (17. 8. 1972), Norbert Rackensberger, Ober-Roden (29. 8. 1972), Hartmut Braune, Nieder-Ohmen (29. 8. 1972), Hans-Jürgen Bünnecke, Ober-Ohmen (28. 8. 1972), Eckhard Gaude, Dornberg-Frickhofen (19. 6. 1972), Dieter Schager, Offenbach/M. (14. 8. 1972), Wolfgang Hitschmann, Waldmichelbach (25. 8. 1972), Regine Steinhof, Butzbach (5. 9. 1972), Henrike Volk, Darmstadt (28. 8. 1972), Jörn Allicke, Wiesbaden (28. 8. 1972), Friedrich Gunkel, Sprendlingen (28. 8. 1972), Karl-Heinz Fest, Dörnigheim (28. 7. 1972), Arndt Rettig, Bensheim (6. 9. 1972), Heidemarie Weber, Breidenbach (28. 8. 1972), Hans-Jochen Grothe, Sterbfritz (3. 8. 1972), Wolfgang Heuser, Wissenbach (28. 8. 1972), Christiane Böck, Gießen (4. 9. 1972), Ingrid Wehner, Hanau (31. 8. 1972), Annegret Wrigge, Werdorf (31. 8. 1972), Elke Volp, Neckarsteinach (28. 8. 1972), Gundel Weiskat, Neckarsteinach (28. 8. 1972), Waltraud Wycisk, Klein-Krotzenburg (28. 8. 1972), Birgitt Nöske, Gießen (15. 8. 1972), Regina Heesemann, Bad Soden (31. 8. 1972), Angela Chandra, Frankfurt/M. (5. 9. 1972), Elke Frommelt, Gießen (11. 8. 1972), Lisa Laucht-Stäcker, Biebental (22. 8. 1972), Renate Conze, Hofheim/Ts. (28. 8. 1972), Gerd Meuser, Bottenhorn (30. 8. 1972), Gudrun Schaller-Ladeburg, Wiesbaden (8. 9. 1972), Elfi Knodt, Dillenburg (24. 7. 1972), Heidi Brack, Bürstadt (28. 8. 1972), Annekathrin Brede, Romrod (28. 8. 1972), Ursula Breitenbach, Worfelden (15. 8. 1972), Marie-Luise Kraft, Bicken-Ballersbach (28. 8. 1972), Doris Silvia Lenz, Rai-Breitenbach (30. 8. 1972), Marita Frank, Langen (19. 9. 1972), Dörthe Cosneau, Frankfurt/M. (29. 8. 1972), Gudrun Milbert, Bürstadt (26. 8. 1972), Sabine Amelung, Herbornseelbach (25. 7. 1972), Doris Bornscheuer, Frankfurt am Main (29. 8. 1972), Erika Demmer, Steinbach (30. 8. 1972), Ilse Bauer, Mühlheim/M. (29. 7. 1972), Doris Klein, Klein-Welzheim (28. 8. 1972), Ingrid Kemmerer, Klein-Welzheim (28. 8. 1972), Othilde Klee, Neu-Isenburg (28. 8. 1972), Hannelore Kuhr, Dreieichenhain (22. 8. 1972), Wendelgard Gerner, Frankfurt/M. (14. 8. 1972), Ulrike Herrmann, Viernheim (2. 9. 1972), Ilke Heber, Offenbach M. (29. 8. 1972), Ingrid Hansen, Nieder-Ohmen (29. 8. 1972), Hildegard Frank, Frankfurt M. (25. 8. 1972), Ingrid Hochrein, Viernheim (28. 8. 1972), Monika Heußner, Dieburg

(31. 8. 1972), Marianne Holighaus, Büttelborn (15. 8. 1972), Petra Kleinod, Frankfurt/M. (23. 9. 1972), Ursula Kärcher, Grünberg (11. 9. 1972), Brigitte Jung, Friedberg (1. 9. 1972), Ingeborg Hofmann, Karben 1 (29. 8. 1972), Renate Marianne Mantke, Sprendlingen (28. 8. 1972), Brigitte Cardella, Wiesbaden (1. 9. 1972), Dagmar Seiler, Frohnhausen (5. 9. 1972), Rosemarie Jarosch, Hanau (7. 9. 1972), Helga Belly, Wiesbaden (31. 8. 1972), Christa Heim, Dietzenbach (30. 8. 1972), Marianne Gutermuth, Sprendlingen (28. 8. 1972), Ingeburg Eucker, Gießen (28. 8. 1972), Ortraud Niemetz, Bad Homburg (28. 8. 1972), Maria Weber, Herborn (7. 9. 1972), Ute Mahn, Gießen (11. 9. 1972), Klaus Heinrich Schmidt, Frohnhausen (5. 9. 1972), Siegfried Geisler, Dillenburg (5. 9. 1972), Hartmut Berger, Bürstadt (28. 8. 1972), Ernst-Volker Schmidt, Dörnigheim (28. 7. 1972), Christiane Pieper, Neu-Isenburg (26. 8. 1972), Heidrun Wunsch, Hanau/M. (10. 8. 1972), Ursel Teubner, Hanau/M. (27. 7. 1972), Magdalene Wozny, Wiesbaden (2. 9. 1972), Christa Walldorf, Groß-Gerau (15. 9. 1972), Margit Holzapfel, Groß-Rohrheim (4. 9. 1972), Birgit Werthmann, Eppertshausen (14. 9. 1972), Alois Traxler, Krofdorf-Gleiberg (21. 8. 1972), Hans-Jörg Stork, Büttelborn (13. 6. 1972), Herbert Michael Kasper, Usingen (26. 8. 1972), Adelheid Körting, Hadamar (19. 9. 1972), Christel Kuhn, Hochheim/Main (29. 8. 1972), Helmut Eigenbrodt, Seeheim a. d. B. (15. 9. 1972), Jürgen Stauth, Seeheim a. d. B. (16. 9. 1972), Heide Winterstein, Weilbach (28. 8. 1972), Jürgen Zutz, Grünberg (25. 8. 1972), Traudel Volkwein, Hattersheim (30. 8. 1972), Ute Niemz, Usingen (29. 8. 1972), Ernst Eckert, Rai-Breitenbach (12. 7. 1972), Crista Moll, Seeheim a. d. B. (31. 8. 1972), Gerda Heinrich, Frankfurt/M. (20. 9. 1972), Christa Müller, Birstein (20. 9. 1972), Heidrun Kapfenberger, Frankfurt/M. (5. 9. 1972), Heribert Labermeier, Camberg (16. 5. 1972), Paul Manfred Leimeister, Winkel (30. 8. 1972), Gisela Nülle, Mörfelden (29. 9. 1972), Susanne Rolle, Frankfurt/M. (5. 9. 1972), Karin Münch, Wiesbaden (28. 8. 1972), Marlis Kilb, Limburg (17. 5. 1972);

zu **Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer (BaL)** die apl. Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer (BaP) Falko Franz, Löhnberg (23. 5. 1972), Holger Dittgen, Karben 1 (3. 8. 1972);

die Fachlehrer/innen für mus.-technische Fächer z. A. (BaP) Melanie Weigand, Birstein (25. 8. 1972), Hans-Dieter Schnellbacher, Darmstadt (30. 8. 1972), Gerd Taubenheim, Mörfelbach (29. 8. 1972), Ursula Schindler, Wetzlar (28. 8. 1972), Wilhelm Weil, Trösel (28. 8. 1972), Ulrike Wittwer, Heusenstamm (31. 8. 1972), Günther Geysersbach, Wiesbaden-Biebrich (28. 8. 1972), Dieterich Blöcher, Frankfurt/Main (28. 8. 1972), Jutta Steger, Neckarsteinach (28. 8. 1972), Karl-Heinz Röthlein, Heppenheim (22. 8. 1972), Heinz Brehm, Friedrichsdorf (28. 8. 1972), Klaus Pietruschka, Eidengesäß (14. 8. 1972), Bernd Gemkow, Heppenheim (28. 8. 1972), Wulf-Rüdiger Berk, Bad Homburg (29. 8. 1972), Gabriele Quick, Kirschhausen (28. 8. 1972), Gabriele Rösch, Heusenstamm (13. 9. 1972), Eberhard Klais, Wiesbaden (28. 8. 1972), Ellianne Ortman, Delkenheim (29. 8. 1972), Dietrich Blöcher, Frankfurt/M. (28. 8. 1972), Renate Wenning, Hanau (31. 8. 1972), Heidemarie Holland, Raunheim (22. 6. 1972), Volker Ebert, Wiesbaden (31. 5. 1972), Wulf Wilhelm Ewald, Groß-Umstadt (18. 9. 1972), Lydia Schulze, Rüsselsheim (5. 7. 1972), Sigrun Maxeiner, Frankfurt/M. (4. 9. 1972), Christina Tinkl, Frankfurt/M. (8. 9. 1972);

zum **Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule** Lehrer (BaL) Hermann Kandalofsky, Niederbiehl (31. 7. 1972);

zur **Realschullehrerin** apl. Realschullehrerin (BaP) Mechtild Hesse, Usingen (28. 8. 1972);

zu **Realschullehrerinnen (BaL)** ehem. Realschullehrerin Hiltrud Eifert, Oberursel (1. 9. 1972); Edith Wölz, Heppenheim (28. 8. 1972);

zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Klaus Schumacher, Bürstadt (30. 8. 1972), Elke Wichmann, Langen/Hessen (28. 8. 1972), Jürgen Koch, Wiesbaden (30. 8. 1972), Jutta Fladerer, Frankfurt/M. (29. 8. 1972), Edith Ottilie Dreher, Ober-Roden (11. 9. 1972), Horst Brack, Bürstadt (2. 9. 1972), Ursula Sulimma, Frankfurt/Main (21. 8. 1972), Hildegard Zöhrlaut, Seeheim a. d. B. (15. 9. 1972), Renate Mick, Frankfurt/M. (28. 8. 1972);

zu **apl. Lehrern/innen an einer Sonderschule** die apl. Lehrer/innen (BaW) Marie-Luise Stamer, Erbach (1. 9. 1972), Gernot Schuster, Lampertheim (6. 9. 1972), Annegret Overbeck, Herborn (7. 9. 1972), Willi Weidemeyer, Nidda (7. 9. 1972), Dirk Joachim Ziegler, Krofdorf-Gleiberg (13. 9. 1972);

zum **Lehrer an einer Sonderschule z. A.** Lehrer z. A. (BaP) Harald Seidel, Großen-Linden (20. 9. 1972);

zu **Lehrern/innen an einer Sonderschule (BaL)** die Lehrerin an einer Sonderschule z. A. (BaP) Elke Marie Hülsebusch, Groß-Gerau (28. 8. 1972);

die Lehrer z. A. (BaP) Rudolf Greiner, Bürstadt (30. 8. 1972), Dieter Bezechy, Dillenburg (5. 9. 1972);

zu **Lehrern/innen an einer Sonderschule** die Lehrer/innen (BaL) Erika Wyrich, Offenbach/M. (11. 9. 1972), Hans-Hermann Settegast, Büdingen (23. 8. 1972), Renate Schlotmann, Lollar (13. 9. 1972), Wolfram Herget, Herborn (7. 9. 1972), Gernot Gintner, Lich (5. 9. 1972), Hermann Kosch, Bad Nauheim (4. 9. 1972), Winfried Srock, Lich (13. 9. 1972), Inge Gintner, Lich (5. 9. 1972), Hans-Erich Stohr, Friedberg (2. 9. 1972), Erike Heun, Großen-Buseck (11. 9. 1972), Gerhard Weil, Friedberg (2. 9. 1972);

zum **apl. Taubstummoberlehrer** apl. Lehrer (BaW) Bernhard Jäger, Friedberg (29. 8. 1972);

zur **Taubstummoberlehrerin** apl. Lehrerin (BaW) Waltraud Conrad, Friedberg (29. 8. 1972);

zu **Konrektoren/innen an einer Grundschule** die Lehrer/innen (BaL) Karl Grüner, Rechtenbach (29. 8. 1972), Alois Franz, Erlensee (29. 7. 1972), Waltraud Jaensch, Krofdorf-Gleiberg (21. 9. 1972);

zum **Konrektor einer Grundschule mit 6—15 Klassen** Hauptlehrer (BaL) Rudi Brödel, Heidenrod-Kemel (24. 5. 1972);

zum **Konrektor einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Alwin Boll, Darmstadt (13. 9. 1972);

zum **Haupt- und Realschulkonrektor** Realschullehrer (BaL) Karlheinz Frensch, Naurod/Ts. (15. 8. 1972);

zum **Konrektor einer Haupt- und Realschule** Realschullehrer (BaL) Heinrich Popp, Bad König (11. 8. 1972);

zu **Rektoren einer Grund- und Hauptschule** die Realschullehrer (BaL) Wolfram Ahner, Neuenhain (7. 7. 1972);

Hauptlehrer (BaL) Herbert Ruppel, Niddatal 3-Ilbenstadt (15. 8. 1972);

zum **Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL)** Paul Zöller, Nidderau (1. 8. 1972);

zu **Rektoren einer Sonderschule** die Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Franz Simon, Hattenheim (21. 7. 1972), Axel Hans Hebold, Weidenhausen (29. 8. 1972);

zum **Rektor als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar** Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Claus Claußen, Bad Soden (1. 10. 1972);

zu **Direktoren/innen einer Gesamtschule** Rektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Johann Martin Eder, Homburg/Ohm (29. 4. 1972);

Rektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Karl Holzapfel, Nieder-Ohmen (29. 4. 1972);

versetzt:

Lehrer Hans Fitz, Herbstein, nach Kirchberg, Ldkrs. Passau (1. 9. 1972);

Lehrerin Ingrid Berghammer, Frankfurt/M., nach Lübeck (Schleswig-Holstein) (1. 9. 1972);

in den Ruhestand getreten:

Lehrerin Maria Piegsa, Ilbenstadt (31. 7. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

die Lehrer Werner Bethke, Lumda (31. 7. 1972), Hugo Hasche, Frankfurt/M. (31. 7. 1972), Realschullehrer Hans Ebers, Idstein (31. 7. 1972), Realschullehrerin Ruth Unglaub, Hanau (13. 7. 1972), Lehrerin Ilse Zergübel, Bad Orb (11. 7. 1972), Konrektor Karl Wagner, Gustavsburg (31. 7. 1972), Realschullehrer Johannes Itzel, Mühlheim/M. (31. 7. 1972), Realschullehrerin Magdalene Schulte, Wiesbaden (31. 7. 1972), Lehrer Johannes Schwalm, Frankfurt/M. (31. 3. 1972), Lehrerin Maria Dober, Ulfa (28. 6. 1972), die Lehrer Hans Knapp, Viernheim (31. 8. 1972), Erik Wegner, Rüsselsheim (30. 9. 1972), die Lehrerinnen Dr. Gertrud Otterbein, Lauterbach (31. 7. 1972), Anni Czogalla, Mörfelden (31. 7. 1972), Maria Diehl, Reinheim (31. 7. 1972), Realschullehrerin Lotte Schmidt, Frankfurt/M. (31. 5. 1972), Lehrerin Gerda Edelmann, Darmstadt (30. 9. 1972), Rektorin einer Grund- und Hauptschule Else Nießner, Alten-Buseck (31. 7. 1972), Lehrerin Gertrud Dombek, Gießen-West (30. 9. 1972), Realschullehrerin Germana Jahn, Heppenheim (31. 7. 1972);

entlassen:

Fachl. f. mus.-techn. Fächer z. A. Hildegard Raadts, Bad Soden (31. 8. 1972), apl. Lehrer Hans Hammann, Gernsheim (31. 7. 1972), die Lehrerinnen z. A. Sabine Lull, Großauheim (14. 8. 1972), Anne Lutz, Lampertheim (31. 7. 1972), Lehrerin Hannelore W. Lekow, Bürstadt (31. 8. 1972), Fachlehrerin z. A. Monika Müller, Nd. Eschbach (31. 8. 1972), Realschullehrer z. A. Hans Jürgen Daniel, Rodheim (31. 8. 1972), apl. Lehrer Rainer Hirt, Frankfurt/M. (31. 7. 1972), apl. Lehrerin Sylvia Ziegler, Bad Orb (15. 8. 1972), Fachlehrerin z. A. Ursula Harnischfeger, Rodheim (29. 8. 1972), apl. Lehrerin Elke Vesper, Gedern (31. 8. 1972), Lehrerin Karin Wagner, Geiß-Nidda (31. 8. 1972), apl. Lehrer Dirk Dettlaff, Frankfurt/M. (31. 7. 1972), apl. Fachl. f. mus.-techn. Fächer, Jürgen Tron, Darmstadt (30. 9. 1972), apl. Lehrerin Lioba Maria Föhr, Beilstein (31. 8. 1972), apl. Fachlehrerin Eveline Thies, Aarbergen-Michelbach (30. 6. 1972), apl. Fachlehrer f. mus.-techn. Fächer Helmut Henningsen, Karben 1 (30. 9. 1972), Lehrerin Brigitte Kennis, Aulhausen (30. 4. 1972), Lehrer z. A. Eckhard Glöckner, Gr.-Zimmern (30. 9. 1972), apl. Fachlehrerin Irene Röder, Bensheim (30. 9. 1972), Fachlehrerin z. A. Gabriele Kirchner, Bensheim (30. 9. 1972), apl. Lehrerin Christiane Stauer, Frankfurt/M. (21. 9. 1972), Fachl. f. mus.-techn. Fächer z. A. Ursula Kottner, Hofheim/Ts. (3. 10. 1972), Lehrerin z. A. Annemarie Niederlintner, Viernheim

(31. 8. 1972), Lehrerin Amalie Gattermann, Nieder-Ohmen (30. 8. 1972), Lehrerin z. A. Heidemarie Kirschbaum, Frankfurt/M. (31. 7. 1972), Lehrer Klaus-Dieter Krämer, Frankfurt/M. (30. 9. 1972), apl. Lehrer Wolfgang Liesigk, Hofheim/Bergstraße (31. 8. 1972).

Darmstadt, 24. 10. 1972

Der Reglerungspräsident

VI 1 — 7 1 08 (1)

StAnz. 46/1972 S. 1931

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Berichtigung

In StAnz. 1972 S. 1563 muß es im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik unter Straßenbauverwaltung bei

ernannt:

statt

zu Baudirektoren die Oberbauräte (BaL) Diplom-Ingenieur

richtig die Oberbauräte (BaL) Diplom-Ingenieure heißen.

Die Redaktion

StAnz. 46/1972 S. 1940

1395 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Benennung von Gemeindeteilen

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) erhalten mit Wirkung vom 1. 8. 1972 die Gebiete der früheren Gemeinden

1. Arnshain und Heimertshausen in der Stadt Kirtorf, Vogelsbergkreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Arnshain“,
„Stadtteil Heimertshausen“;
2. Berfa, Hattendorf, Liederbach und Lingelbach in der Stadt Alsfeld, Vogelsbergkreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Berfa“,
„Stadtteil Hattendorf“,
„Stadtteil Liederbach“,
„Stadtteil Lingelbach“;
3. Bieben in der Stadt Grebenau, Vogelsbergkreis, die Bezeichnung
„Stadtteil Bieben“;
4. Feldkrücken in der Stadt Ulrichstein, Vogelsbergkreis, die Bezeichnung
„Stadtteil Feldkrücken“;
5. Radmühl (ehemal. Landkreis Lauterbach), Radmühl (Landkreis Gelnhausen), Reinhards und Weidenau in der Gemeinde Freiensteinau, Vogelsbergkreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Radmühl I“,
„Ortsteil Radmühl II“,
„Ortsteil Reinhards“,
„Ortsteil Weidenau“;
6. Metzlos-Gehaag in der Gemeinde Grebenhain, Vogelsbergkreis, die Bezeichnung
„Ortsteil Metzlos-Gehaag“;
7. Rixfeld, Schadges und Stockhausen in der Stadt Herbstein, Vogelsbergkreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Rixfeld“,
„Stadtteil Schadges“,
„Stadtteil Stockhausen“;
8. Allmenrod in der Stadt Lauterbach, Vogelsbergkreis, die Bezeichnung
„Stadtteil Allmenrod“;

9. Angersbach und Landenhausen in der Gemeinde Wartenberg, Vogelsbergkreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Angersbach“,
„Ortsteil Landenhausen“;
10. Hartershausen und Unter-Schwarz in der Stadt Schlitz, Vogelsbergkreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Hartershausen“,
„Stadtteil Unter-Schwarz“;
11. Burkhardts, Kaulstoß und Sichenhausen in der Stadt Scholten, Vogelsbergkreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Burkhardts“,
„Stadtteil Kaulstoß“,
„Stadtteil Sichenhausen“;
12. Knoden und Schannenbach in der Gemeinde Lautertal, Landkreis Bergstraße, die Bezeichnungen
„Ortsteil Knoden“,
„Ortsteil Schannenbach“;
13. Seidenbuch in der Stadt Lindenfels, Landkreis Bergstraße, die Bezeichnung
„Stadtteil Seidenbuch“;
14. Affolterbach und Kocherbach in der Gemeinde Wald-Michelbach, Landkreis Bergstraße, die Bezeichnungen
„Ortsteil Affolterbach“,
„Ortsteil Kocherbach“;
15. Litzelbach und Scharbach in der Gemeinde Grasellenbach, Landkreis Bergstraße, die Bezeichnungen
„Ortsteil Litzelbach“,
„Ortsteil Scharbach“;
16. Beerfurth, Bockenrod, Gersprenz und Ober-Kainsbach in der Gemeinde Reichelsheim i. Odw., Odenwaldkreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Beerfurth“,
„Ortsteil Bockenrod“,
„Ortsteil Gersprenz“,
„Ortsteil Ober-Kainsbach“;
17. Haingrund und Seckmauern in der Gemeinde Lützelwiewelsbach, Odenwaldkreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Haingrund“,
„Ortsteil Seckmauern“;
18. Etzen-Gesäß und Zell in der Gemeinde Bad König, Odenwaldkreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Etzen-Gesäß“,
„Ortsteil Zell“;

19. Steinbach und Vielbrunn in der Stadt Michelstadt, Odenwaldkreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Steinbach“;
„Stadtteil Vielbrunn“;
20. Schönnen in der Stadt Erbach, Odenwaldkreis, die Bezeichnung
„Stadtteil Schönnen“;
21. Güttersbach und Hüttenthal in der Gemeinde Mossautal, Odenwaldkreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Güttersbach“;
„Ortsteil Hüttenthal“;
22. Raubach in der Gemeinde Rothenberg, Odenwaldkreis, die Bezeichnung
„Ortsteil Raubach“;
23. Affhöllerbach, Höllerbach, Nieder-Kainsbach, Wallbach und Wersau in der Gemeinde Brensbach, Odenwaldkreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Affhöllerbach“;
„Ortsteil Höllerbach“;
„Ortsteil Nieder-Kainsbach“;
„Ortsteil Wallbach“;
„Ortsteil Wersau“;
24. Altweilnau, Cratzenbach, Emmershausen, Finsterthal, Gemünden, Hasselbach, Mauloff, Nauweilnau, Niederlauken, Oberlauken, Riedelbach, Rod. a. d. Weil und Winden in der Gemeinde Weilrod, Hochtaunuskreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Altweilnau“;
„Ortsteil Cratzenbach“;
„Ortsteil Emmershausen“;
„Ortsteil Finsterthal“;
„Ortsteil Gemünden“;
„Ortsteil Hasselbach“;
„Ortsteil Mauloff“;
„Ortsteil Nauweilnau“;
„Ortsteil Niederlauken“;
„Ortsteil Oberlauken“;
„Ortsteil Riedelbach“;
„Ortsteil Rod a. d. Weil“;
„Ortsteil Winden“;
25. Eschbach, Merzhäuser und Wilhelmsdorf in der Stadt Usingen, Hochtaunuskreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Eschbach“;
„Stadtteil Merzhäuser“;
„Stadtteil Wilhelmsdorf“;
26. Falkenstein und Mammolshain in der Stadt Königstein i. Ts., Hochtaunuskreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Falkenstein“;
„Stadtteil Mammolshain“;
27. Burgholzhausen vor der Höhe, Köppern und Seulberg in der Stadt Friedrichsdorf, Hochtaunuskreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Burgholzhausen vor der Höhe“;
„Stadtteil Köppern“;
„Stadtteil Seulberg“;
28. Griedel, Hausen-Oes, Kirch-Göns und Maibach in der Stadt Butzbach, Wetteraukreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Griedel“;
„Stadtteil Hausen-Oes“;
„Stadtteil Kirch-Göns“;
„Stadtteil Maibach“;
29. Dorheim in der Stadt Friedberg, Wetteraukreis, die Bezeichnung
„Stadtteil Dorheim“;
30. Rodheim v. d. Höhe in der Stadt Rosbach, Wetteraukreis, die Bezeichnung
„Stadtteil Rodheim v. d. Höhe“;
31. Petterweil in der Stadt Karben, Wetteraukreis, die Bezeichnung
„Stadtteil Petterweil“;
32. Bingenheim in der Gemeinde Eczell, Wetteraukreis, die Bezeichnung
„Ortsteil Bingenheim“;
33. Eichelsdorf und Unter-Widdersheim in der Stadt Nidda, Wetteraukreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Eichelsdorf“;
„Stadtteil Unter-Widdersheim“;
34. Helfersdorf in der Gemeinde Kefenrod, Wetteraukreis, die Bezeichnung
„Ortsteil Helfersdorf“;
35. Düdelsheim und Wolferborn in der Stadt Büdingen, Wetteraukreis, die Bezeichnungen
„Stadtteil Düdelsheim“;
„Stadtteil Wolferborn“;
36. Rodenbach in der Gemeinde Altenstadt, Wetteraukreis, die Bezeichnung
„Ortsteil Rodenbach“;
37. Nieder-Mockstadt und Stammheim in der Gemeinde Florstadt, Wetteraukreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Nieder-Mockstadt“;
„Ortsteil Stammheim“;
38. Bermbach, Esch, Niedererems, Reichenbach, Steinfischbach und Wüstems in der Gemeinde Waldems, Untertaunuskreis, die Bezeichnungen
„Ortsteil Bermbach“;
„Ortsteil Esch“;
„Ortsteil Niedererems“;
„Ortsteil Reichenbach“;
„Ortsteil Steinfischbach“;
„Ortsteil Wüstems“;
39. Hain-Gründau, Mittel-Gründau und Rothenbergen in der Gemeinde Gründau, Landkreis Gelnhausen, die Bezeichnungen
„Ortsteil Hain-Gründau“;
„Ortsteil Mittel-Gründau“;
„Ortsteil Rothenbergen“;
40. Altwiedermus in der Gemeinde Ronneburg, Landkreis Hanau, die Bezeichnung
„Ortsteil Altwiedermus“.

Darmstadt, 31. 10. 1972

Der Regierungspräsident

II 1 a — 3 k 02/05

StAnz. 46/1972 S. 1940

1396**Vorhaben der Firma E Merck, Darmstadt**

Die Firma E. Merck, 61 Darmstadt, Werk Darmstadt, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Herstellung verschiedener Produkte aus dem Steroidsektor auf ihrem Grundstück in Flur 32, Flurstück 1/2, Grundbuch Gemarkung Darmstadt gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 16 Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach § 16 GewO vom 15. 5. 1972 (GVBl. I S. 123) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) GewO wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310a, zur Einsicht offen.

Darmstadt, 25. 10. 1972

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201 — M/D — (13)

StAnz. 46/1972 S. 1941

1397

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Beerfelden — Stadtteil Airlenbach, Odenwaldkreis

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Beerfelden — Stadtteil Airlenbach, Odenwaldkreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 110) in Verbindung mit § 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlage ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage, das sich auf Teile der Gemarkung Airlenbach erstreckt, wird in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone II (engere Schutzzone),
- Zone III (weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Katasterpläne i. M. 1 : 5000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 2 Nrn. 14/2 tw., 14/9 tw. und 14/8 tw. der Gemarkung Airlenbach.

Er bildet ein Quadrat mit der Seitenlänge von 30 m. Die Ostgrenze des Fassungsbereiches verläuft durch den nordöstlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 14/8 und bildet zu der Grenze zwischen den Flurstücken Nrn. 14/2 und 15/8 eine Parallele. Von der Grenze zwischen den Flurstücken Nrn. 14/2 und 14/9 ausgehend, verläuft die Parallele in nördlicher und südlicher Richtung je 15 m.

An die östliche Grenze schließt sich der quadratische Fassungsbereich nach W mit den Abmessungen von 30 m an.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich teilweise auf die Flurstücke Flur 2 Nrn. 11/3, 14/2, 14/9, 14/8 und 15/8 der Gemarkung Airlenbach.

Die Grenze der engeren Schutzzone beginnt am südöstlichen Eckpunkt des Fassungsbereiches und läuft von hier aus auf den nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 14/5, sodann entlang den Grenzen zwischen den Flurstücken Nrn. 14/5 und 15/8, 14/6 und 15/8, 14/7 und 15/8 sowie 15/7 und 15/8 bis zum nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 15/7. Von hier aus verläuft die Grenze weiter in Verlängerung der Flurstücksgrenze der Flurstücke Nrn. 15/7 und 15/5 in nördlicher Richtung bis zur SO-Seite des Flurstückes Nr. 15/3, sodann in nordöstlicher Richtung entlang dieser Seite und dessen Verlängerung über das Flurstück Nr. 11/3 bis an die westliche Böschungsgrenze des auf diesem Flurstück verlaufenden Grabens (Airlenbach). Von hier aus führt sie entlang dem Bachlauf in südöstlicher Richtung bis an die Südseite des Flurstückes Nr. 11/3, läuft sodann in südwestlicher Richtung auf den nordöstlichen Eckpunkt des Fassungsbereiches und schließt an die Ostgrenze dieses Bereiches an.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Airlenbach:

Flur 1, Flurst. Nrn. 1/5, 1/7, 9/1, 9/2, 9/3, 11/7, 11/10, 11/14, 11/15, 12/1, 9/4, 11/3, 11/11, 11/13 und 13/8 tw. (im O bis zur SW-Seite des Flurst. Nr. 14/9).

Flur 2, Flurst. Nrn. 4/2, 5/1, 6/1, 7/1, 8/1, 9/1, 9/2, 15/1, 15/2, 15/3, 15/5, 17/1 bis 17/5, 17/7 bis 17/11, 17/13, 18, 19/9, 15/8, 4/3 teilweise und 15/8 tw. (im O jeweils begrenzt durch den auf diesem Flurstück verlaufenden Graben (Airlenbach)).

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der engeren Schutzzone sind auch auf den Fassungsbereich anzuwenden.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalkbergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLWF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLWF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- k) das Errichten von Kläranlagen,
- l) das Anlegen von Müllkippen,
- m) das Anlegen von Sickergruben,
- n) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),
- p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausrei-

chend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,

- t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- l) das Vergraben von Tierleichen,
- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der Fassungsanlagen vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Fläche soll in das Eigentum der Begünstigten überführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflußt wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Beerfelden und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den im Fassungsgebiet und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Odenwaldkreises als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Odenwaldkreises — untere Wasserbehörde, 6122 Erbach;
3. dem Kreis Ausschuss des Odenwaldkreises — Bauaufsichtsbehörde, 6122 Erbach;
4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden, Leberberg 9;
5. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 61 Darmstadt, Nekarstraße 4;
6. dem Katasteramt Michelstadt, 612 Michelstadt;
7. der Stadtverwaltung der Stadt Beerfelden, 6124 Beerfelden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 3. 10. 1972

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 e 04/01 (4615) — A
In Vertretung:
gez. Bach

StAnz. 46/1972 S. 1942

1398

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Weidelbach, Dillkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Weidelbach, Dillkreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69, zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 71 [GVBl. I S. 258]), für deren Trinkwassergewinnungsanlagen ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage, das sich auf Teile der Gemarkung Weidelbach erstreckt, wird in drei Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zonen I (Fassungsbereiche),
- Zone II (engere Schutzzone),
- Zone III (weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Katasterpläne i. M. 1 : 2000, in denen diese drei Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zonen I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = grüne Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereiche (Zonen I)

1. Fassungsbereich für die Quelle „Struth“

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Flur 1 Nr. 2 der Gemarkung Weidelbach. Er ist ein Rechteck mit den Seitenlängen von 40 m (NO- bzw. SW-Seite) und 55 m (SO- bzw. NW-Seite).

Die SO-Grenze dieses Bereiches, welche senkrecht zum Weg Flur 1 Nr. 7 verläuft, schneidet die NO-Seite dieses Weges an einem Punkt der 305 m vom südöstl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 1 Nr. 2 entfernt ist. Von diesem Schnittpunkt liegt der südöstliche Eckpunkt des Fassungsbereiches in einer Entfernung von 65 m.

2. Fassungsbereich für die Quelle „Müllers Born“

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Flur 1 Nr. 2 der Gemarkung Weidelbach.

Die Grenze verläuft im S von der Grenze zwischen den Fluren 1 und 10 in einer Entfernung von 105 m vom südöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 2 40 m senkrecht zur Flurgrenze nach W, sodann senkrecht hierzu 100 m nach N und von hier aus parallel zur Südgrenze des Fassungsbereiches nach O bis zur Flurgrenze welche die Ostgrenze zwischen den östlichen Endpunkten der N- und Südgrenze bildet.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die gemeinsame engere Schutzzone für die Quellen „Struth“ und „Müllers Born“ erstreckt sich ebenfalls teilweise mit Ausnahme des Fassungsbereiches auf das Flurstück Flur 1 Nr. 2 Gemarkung Weidelbach.

Der auf diesen Bereich entfallende Teil wird im NW und SW jeweils durch eine Linie begrenzt, deren Ausgangspunkt die NO-Seite des Weges Flur 1 Nr. 7 in einer Entfernung von 300 m von dessen nordwestl. Eckpunkt (Polygonpunkt 280) ist.

Von diesem Ausgangspunkt verläuft die NW-Grenze in nordöstlicher Richtung auf den Schnittpunkt der Flurgrenzen 1, 3 und 10 und die SW-Grenze in südöstlicher Richtung auf den Knickpunkt der Ostgrenze des Flurstückes Flur 1 Nr. 2 (ca. 20 m südlich vom Polygonpunkt 23), welche auch die Ostgrenze der engeren Schutzzone zwischen den Endpunkten der NW- und SW-Grenze bildet.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die gemeinsame weitere Schutzzone für die Quellen „Struth“ und „Müllers Born“ erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 1 Nrn. 1 tw. (im SW begrenzt durch eine Linie vom Polygonpunkt 282 über den Polygonpunkt 287 auf den Knickpunkt der Westgrenze) und 2 tw. (im SO begrenzt durch die NW-Grenze der engeren Schutzzone) der Gemarkung Weidelbach.

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für die Fassungsbereiche (Zonen I). Die Verbote der engeren Schutzzone sind auch auf die Fassungsbereiche anzuwenden.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe.
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwasserregnung und Abwasserlandbehandlung,
- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLWf — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLWf in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- k) das Errichten von Kläranlagen,
- l) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- m) das Anlegen von Sickergruben,
- n) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),

- p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,
- t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmuldungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
 - l) das Vergraben von Tierleichen,
- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der Fassungsanlagen vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Flächen sollen im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,

- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Weidelbach und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsgebieten und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den in den Fassungsgebieten und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Dillkreises als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 6100 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Dillkreises — untere Wasserbehörde, 6340 Dillenburg;
3. dem Kreisausschuß des Dillkreises — Bauaufsichtsbehörde, 6340 Dillenburg;
4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 6200 Wiesbaden, Leberberg 9;
5. dem Wasserwirtschaftsamt Dillenburg, 6340 Dillenburg;
6. dem Katasteramt Dillenburg, 6340 Dillenburg;
7. der Gemeindeverwaltung Weidelbach, 6341 Weidelbach;
8. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, 6200 Wiesbaden, Kranzplatz 5.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 3. 10. 1972

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 e/4'01 (11838) — W
In Vertretung:
gez.: Bach
StAnz. 46/1972 S. 1944

1399

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Bad König — Ortsteil Zell, Odenwaldkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Bad König — Ortsteil Zell — Odenwaldkreis, werden hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlagen zwei Wasserschutzgebiete festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung der Schutzgebiete

Die Wasserschutzgebiete für die Trinkwassergewinnungsanlagen, die sich auf Teile der Gemarkungen Zell und Momart erstrecken, werden in je 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zonen I (Fassungsbereiche),
- Zonen II (engere Schutzzonen),
- Zonen III (weitere Schutzzonen).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Katasterpläne i. M. 1:5000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zonen I (Fassungsbereiche) = rote Umrandung,
- Zonen II (engere Schutzzonen) = blaue Umrandung,
- Zonen III (weitere Schutzzonen) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

A. Schutzgebiet im Momartergrund

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 1 Nrn. 519 tlw. (im S begrenzt durch die verlängerte Südseite des Flurstücks Nr. 520 in östl. Richtung bis zur Westseite und in westl. Richtung auf eine Länge von 30 m vom südwestlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 520. Die Westgrenze verläuft senkrecht zur Südgrenze von dessen westl. Endpunkt in nördlicher Richtung bis zur Nordseite), 520 und 521 tlw. (im S begrenzt durch die verlängerte Südseite des Flurstücks Flur 1 Nr. 526 in westl. Richtung bis zur Westseite) der Gemarkung Momart.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Momart:

Flur 1: Flurstücke Nrn. 407/2, 408, 409, 411, 413/1, 414, 451—457, 458/1, 460—462, 466—471, 490, 526, 527 tw., 519 tw., 521 tw. (jeweils mit Ausnahme des Fassungsbereiches), 412, 528, 410 tw. (im O bis zum nordwestl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 1 Nr. 535), 463 (Landstr.) tw. (östl. Teil im W bis zur Westseite des Flurst. Flur 1 Nr. 466), 479 tw. (im W bis zur Westseite des Flurstücks Flur 1 Nr. 414),

Flur 2: Flurstücke Nrn. 322, 323, 363—381, 382/1, 382/2, 383 bis 437, 439, 440, 347 tw. (im N bis zum nördlichsten Eckpunkt des Flurst. Flur 2 Nr. 312).

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Momart:

Flur 1: Flurstücke Nrn. 395—406, 407/1, 415, 416, 444—450, 472—477, 485—488, 535 und die südlichen Teile von 417, 442, 443 und 437 (im N jeweils begrenzt durch die Südseite des Grabens Nr. 478 und von dessen Einmündung in den Graben Nr. 479 bis zur Südwestseite des Flurstücks Nr. 437 durch die Südwestseite des Grabens Nr. 479) 410 tw. (im S bis zum südöstl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 1 Nr. 535 jedoch mit

Ausnahme der engeren Schutzzone), 478 tw. (entlang der S-Seite des Flurstücks Flur 1 Nr. 401) und 479 tw. (mit Ausnahme der engeren Schutzzone).

Flur 2: Flurstücke Nrn. 63, 65, 76, 82—94, 111, 112, 113 1, 114 1, 115/1, 116—152, 181—183, 185—190, 288, 291—300, 302—311, 313 bis 321, 324—328, 330—343, 346, 348—362, 438, 73 tw., 74 tw. (westl. Teile, im O begrenzt durch eine Gerade zwischen dem nordöstl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 2 Nr. 152 und dem südöstl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 2 Nr. 76), 77 tw., 78 tw. (westl. Teile, im O begrenzt durch eine Gerade zwischen dem nordöstl. Eckpunkt des Flurst. Flur 2 Nr. 76 und dem südöstl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 2 Nr. 84), 184 tw. (westl. Teil, im O begrenzt durch eine Gerade zwischen dem nordöstl. Eckpunkt des Flurst. Flur 2 Nr. 186 und dem südöstl. Eckpunkt des Flurst. Flur 2 Nr. 183), 502 tw. (nordwestl. Teil, im O begrenzt durch eine Gerade, die vom südöstl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 2 Nr. 302 zum Polygonpunkt 381 verläuft und im S durch die Südseite des südlichsten Weges auf diesem Flurstück bis zu dessen Einmündung in den in Ost-West-Richtung verlaufenden Weg und von hier aus durch die Südseite dieses Weges bis zum Polygonpunkt 381), 289, 290, 312, 329, 344, 345, 287 und 301 tw. (im O bis zum Weg Flur 2 Nr. 286), 347 tw. (mit Ausnahme der engeren Schutzzone).

B. Schutzgebiet im Schleifgrund

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf den östl. Teil des Flurst. Flur 3 Nr. 5 der Gemarkung Zell.

Der auf diesen Bereich entfallende Teil wird im W durch eine Gerade zwischen den Polygonpunkten 975 und 960 begrenzt.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Zell: Flur 3, Flurst. Nrn. 1—4, 6—8, 9/4, 9/5, 5 tw. (mit Ausnahme des Fassungsbereiches), 88/5, 88/6, 88/15, 88/8 tw. (im S bis zum südlichsten Eckpunkt des Flurstücks Flur 3 Nr. 9/5).

3. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkung Zell:

Flur 3: Die gesamte Flur mit Ausnahme des Fassungsbereiches und der engeren Schutzzone.

Flur 4: Die gesamte Flur mit Ausnahme des östlich vom Stahlbrunnenweg liegenden Teiles.

Flur 5: Flurstücke Nrn. 22/1, 22/2, 22/3, 22/4, 22/5, 23, 24/1, 24/2, 25/1, Weg entlang dem Flurstück Nr. 22/5.

Flur 7: Flurstücke Nrn. 72/1, 72/2, 72/4, 72/5, 72/6, 73, 74, 75/1, 75/2, 133/16, Wege im Bereich bzw. entlang den vorgenannten Flurstücken.

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weiteren Schutzzonen (Zonen III) bestehen, gelten auch für die engeren Schutzzonen (Zonen II) und für die Fassungsbereiche (Zonen I). Die Verbote der engeren Schutzzonen sind auch auf die Fassungsbereiche anzuwenden.

1. Weitere Schutzzonen (Zonen III)

Die weiteren Schutzzonen sollen den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwassererregung und Abwasserlandbehandlung,

- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- k) das Errichten von Kläranlagen,
- l) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- m) das Anlegen von Sickergruben,
- n) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),
- p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus den Wasserschutzgebieten hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,
- t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmüldungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- l) das Vergraben von Tierleichen,
- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der Fassungsanlagen vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Flächen sollen in den Besitz der Begünstigten überführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Einrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb der Wasserschutzgebiete sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Bad König und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung der Wasserschutzgebiete aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsgebieten und den engeren Schutzzonen versehen,
- g) an den in den Fassungsgebieten und in den engeren Schutzzonen vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

2. Engere Schutzzonen (Zonen II)

Die engeren Schutzzonen sollen den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Odenwaldkreises als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Odenwaldkreises — untere Wasserbehörde, 6122 Erbach;
3. dem Kreis Ausschuss des Odenwaldkreises — Bauaufsichtsbehörde, 6122 Erbach;
4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden, Leberberg 9;
5. dem Wasserwirtschaftsamt, 61 Darmstadt, Neckarstraße 4;
6. dem Katasteramt Michelstadt, 6120 Michelstadt;
7. der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Bad König, 6123 Bad König;
8. dem Hessischen Landesamt für Umwelt, 62 Wiesbaden, Kranzplatz 5 6.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 3. 10. 1972

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 e 04/01 (7514) — Z
In Vertretung:
gez. Bach

StAnz. 46/1972 S. 1946

1400

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Landesversicherungsanstalt Hessen — Eleonoren-Klinik Winterkasten, Landkreis Bergstraße

Auf Antrag und zugunsten der Landesversicherungsanstalt Hessen, Sitz in Frankfurt a. M., Städelstraße 28, werden hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Eleonoren-Klinik in Winterkasten, Landkreis Bergstraße, zwei Wasserschutzgebiete festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung der Schutzgebiete

Die beiden Wasserschutzgebiete für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Eleonoren-Klinik in Winterkasten, die sich auf Teile der Gemarkungen Winterkasten, Neunkirchen und Gadernheim erstrecken, werden jeweils in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),**
Zone II (engere Schutzzone),
Zone III (weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Katasterpläne im Maßstab 1 : 2000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung.
Zone II (engere Schutzzone) = grüne Umrandung.
Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

A. Wasserschutzgebiet für das Quellgebiet rechts der Gersprenz

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Nr. 204/5 der Gemarkung Winterkasten.

Die W- und N-Grenze des Fassungsbereiches ist die jeweilige Grenze dieses Flurstücks. Die O-Grenze verläuft vom NO-Eckpunkt dieses Flurstücks zunächst 50 m genau nach S und dann parallel zur W-Grenze dieses Flurstücks auf die S-Grenze des Flurstücks Nr. 204/5 zu. Die S-Grenze folgt dann der S-Grenze dieses Flurstücks Richtung W bis zur W-Grenze dieses Flurstücks.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Winterkasten Nrn. 583, 593/8 bzw. 593/7 tw. (im W begrenzt durch eine Gerade zwischen dem NO-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 592 und dem S-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 593/1), 203/6 tw. (im O bis zur Gersprenz), 204/5 (mit Ausnahme des Fassungsbereiches), 203/10 (nördlicher Teil, begrenzt im S durch eine Gerade zwischen dem NO-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 583 und dem SW-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 203/6).

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf die Flurstücke der Gemarkung Winterkasten: Nrn. 572, 573, 576, 581, 582/1 tw. (im O bis zur Gersprenz), 582/3, 584, 592, 593/1, 593/3, 593/4, 593/5, 593/6, 593/7, 593/8 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone), 594, 596, 597/1, 597/2, 598, 599, 601, 602/1, 602/2, 212, 217, 203/10 tw. (im O bis zur Gersprenz und mit Ausnahme der engeren Schutzzone), 203/7 und 582/2 tw. (jeweils im O nur bis zur Gersprenz).

B. Wasserschutzgebiet für die Quellgebiete I bis V

I. Fassungsbereich (Zone I)

1. für das Quellgebiet I

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Nrn. 811 und 812 der Gemarkung Winterkasten und auf die Flurstücke Flur 2 Nrn. 47, 48 und 49 der Gemarkung Neunkirchen.

Seine Grenzen verlaufen wie folgt:

Im W von der Gemarkungsgrenze Winterkasten/Neunkirchen 40 m nach NO entlang der Grenze der Flurstücke Flur 2 Nr. 46 und 47 der Gemarkung Neunkirchen und in Verlängerung derselben 30 m Richtung SW in das Flurstück Nr. 811 der Gemarkung Winterkasten hinein.

Im N und S jeweils von den Endpunkten der W-Grenze 50 m genau nach O.

Im O parallel zur W-Grenze im Abstand von 50 m.

2. für das Quellgebiet II

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Nr. 811 der Gemarkung Winterkasten. Der nördliche Punkt dieses Fassungsbereiches liegt auf der SW-Seite des Waldweges auf dem Flurstück Nr. 811, und zwar 70 m südöstlich des Flurstücks Nr. 812. Von dort aus verläuft die NW-Grenze senkrecht zu diesem Waldweg 70 m Richtung SW, dann im Winkel von 90° auf 80 m nach SO, anschließend wiederum im rechten Winkel weiter nach NO bis zum Waldweg zurück und von hier aus entlang der SW-Seite dieses Waldweges bis zum Ausgangspunkt.

3. für das Quellgebiet III

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Nr. 811 der Gemarkung Winterkasten.

Der SO-Eckpunkt dieses Fassungsgebietes liegt auf der W-Seite des in Richtung N verlaufenden Waldweges auf dem Flurstück Nr. 811, und zwar 60 m nördlich des Weinweges. Von dort aus zieht die S-Grenze dieses Fassungsgebietes senkrecht zum Waldweg auf eine Länge von 95 m in Richtung W, anschließend im rechten Winkel auf 115 m in nördlicher Richtung. Die NW-Grenze verläuft dann parallel zum in NO-Richtung verlaufenden Waldweg auf dem Flurstück Nr. 811 bis zu dem diesen Weg kreuzenden Waldweg und folgt der W-Seite des vorgenannten Waldweges vorwiegend Richtung S bis zum Ausgangspunkt.

4. für das Quellgebiet IV

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Nrn. 662, 663, 674, 675, 676, 679, 883 und 688 der Gemarkung Winterkasten.

Die Grenze verläuft vom südlichsten Eckpunkt des Flurstücks Nr. 662 auf 80 m entlang der NW-Seite dieses Flurstücks, dann weiter in Richtung SO über die Flurstücke Nrn. 662 und 663 hinweg auf die NO-Grenze des Flurstücks Nr. 679 zu und an dieser 30 m entlang. Anschließend verläuft sie im Winkel von 90° über die Flurstücke Nrn. 679 bis 683 hinweg in Richtung SW und anschließend entlang der SW-Grenze des Flurstücks Nr. 683 in nordwestlicher Richtung und in Verlängerung dieser Grenze über das Flurstück Nr. 688 bis zur NNW-Grenze dieses Flurstücks (= Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 688 und 674). Von hier aus zieht die Grenze dieses Fassungsgebietes in einer Geraden in Richtung NW über das Flurstück Nr. 674 auf den Ausgangspunkt zu.

5. für das Quellgebiet V

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Nrn. 648, 653, 656, 659, 665 bis 668, 670/1 und 670/2.

Die Grenze verläuft im N vom NW-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 656 in Richtung O entlang der N-Grenze dieses Flurstücks und in Verlängerung derselben über das Flurstück Nr. 659 auf die NO-Seite des Flurstücks Nr. 665 zu, an dieser entlang bis zur verlängerten Grenze zwischen den Flurstücken Nrn. 668 und 669, dann an dieser und der vorgenannten Flurstücksgrenze entlang in Richtung SW. Anschließend folgt die Grenze dieses Fassungsgebietes in Richtung SO der NO-Grenze des Flurstücks Nr. 670/1 und weiter in Richtung SW der Grenze zwischen den Flurstücken Nrn. 670/1 und 671 und zieht danach in Verlängerung dieser Flurstücksgrenze über die Flurstücke Nrn. 670/2 und 648 auf die SW-Grenze des Flurstücks Nr. 648 zu. Von hier aus verläuft sie entlang der vorgenannten Grenze in nordwestlicher Richtung auf eine Länge von 110 m und dann weiter in Richtung N über die Flurstücke Nrn. 648 bis 653 hinweg auf den SW-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 656 zu und folgt schließlich der Grenze zwischen den Flurstücken Nrn. 655 und 656 bis zum Ausgangspunkt.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die gemeinsame engere Schutzzone für die Quellgebiete I bis V erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkungen Winterkasten, Neunkirchen und Gadernheim:

Gemarkung Winterkasten:

Flurstücke Nrn. 638, 655, 657, 658, 660, 665, 669, 671, 674, 688, 689, 812, 816, 677, 687 tw. (jeweils im SO begrenzt durch eine Gerade vom SO-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 689 zu dem in nordöstlicher Richtung verlaufenden Waldweg auf dem Flurstück Nr. 809/2), 809/2 tw. (im SO begrenzt durch die NW-Seite des östlichsten in N-S-Richtung verlaufenden Waldweges), 811 tw. (im O bis zur NO-Seite des östlichsten in NW-SO-Richtung verlaufenden Waldweges und einer Geraden zwischen diesem und dem östlichsten Waldweg auf dem Flurstück Nr. 809/2) und 810 tw. (im O bis zum östlichsten in N-S-Richtung verlaufenden Waldweg auf dem Flurstück Nr. 809/2).

Gemarkung Neunkirchen

Flur 2, Nrn. 42, 46, 47, 49 mit Ausnahme des Fassungsgebietes, 50, 55, 41 tw. (südl. Teil begrenzt durch eine Gerade zwischen dem nördlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 50

und dem südlichsten von Flurstück Nr. 38/1 sowie dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 50 und dem nördlichen Eckpunkt von Flurstück Nr. 51) und 110/1 tw. (südlicher Teil, im N bis zum südlichsten Eckpunkt des Flurstücks Nr. 40).

Gemarkung Gadernheim

Flurstücke Nrn. 835 tw. (nordöstl. Teil, im S und W begrenzt durch den Turmweg), 831 und 831/4 tw. (im W begrenzt durch den Turmweg und eine Gerade von der Kreuzung Turmweg/Weinweg bis zum südöstlichsten Eckpunkt des Flurstücks Flur 2 Nr. 13 der Gemarkung Neunkirchen).

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die gemeinsame weitere Schutzzone für die Quellgebiete I—V erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkungen Winterkasten, Neunkirchen und Gadernheim.

Gemarkung Winterkasten

Flurstücke Nrn. 618, 637 und 717—733.

Gemarkung Neunkirchen

Flur 2, Nrn. 1/2, 2/2, 3/1, 12/1, 12/2, 13, 36, 38/1, 39, 40, 41 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone), 56, 57, 58, 15/1 tw. (südlicher Teil, im N begrenzt durch eine Gerade zwischen dem NO-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 14 und dem SW-Eckpunkt des Flurstücks Nr. 17), 57/2 tw. (westlich des Weges Nr. 110) und 110/1 tw. (im N bis zum westlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 15/1 und mit Ausnahme der engeren Schutzzone).

Gemarkung Gadernheim

Flurstücke Nrn. 834, 835 tw. (im W begrenzt durch eine Gerade von westl. Punkt des Turmweges bis zur NO-Ecke des Flurstücks Nr. 841) und mit Ausnahme der engeren Schutzzone.

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weiteren Schutzzonen (Zonen III) bestehen, gelten auch für die engeren Schutzzonen (Zonen II) und für die Fassungsgebiete (Zonen I). Die Verbote der engeren Schutzzonen sind auch auf die Fassungsgebiete anzuwenden.

1. Weitere Schutzzonen (Zonen III)

Die weiteren Schutzzonen sollen den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,

2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagerten Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,

- h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- k) das Errichten von Kläranlagen,
- l) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- m) das Anlegen von Sickergruben,
- n) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),
- p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,
- t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzonen (Zonen II)

Die engeren Schutzzonen sollen den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt.
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- l) das Vergraben von Tierleichen,
- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seiten-

gräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird.

- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der Fassungsanlagen vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Flächen sollen in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen.

Zulässig sind nur die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Landesversicherungsanstalt Hessen und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den in den Fassungsgebieten und in den engeren Schutzzonen vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Landkreises Bergstraße als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwa-

chen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht Kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 3

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Landkreises Bergstraße — untere Wasserbehörde, 6148 Heppenheim a. d. B.;
3. dem Kreisaußschuß des Landkreises Bergstraße — Bauaufsichtsbehörde, 6148 Heppenheim a. d. B.;
4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, 62 Wiesbaden, Leberberg 9;
5. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 61 Darmstadt, Neckarstraße 4;
6. dem Katasteramt Fürth/Odw., 6149 Fürth.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 5. 10. 1972

Der Regierungspräsident

V 14 — 79 e 04/01 (2062) — L

In Vertretung:

gez. Bach

StAnz. 46/1972 S. 1948

1401

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Reichelsheim, Ortsteil Klein-Gumpen, Odenwaldkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Reichelsheim — Ortsteil Klein-Gumpen, Odenwaldkreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlagen ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlagen, das sich auf Teile der Gemarkungen Klein-Gumpen und Winterkasten erstreckt, wird in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone II (engere Schutzzone),
- Zone III (weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Katasterpläne i. M. 1 : 2000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = grüne Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 6 Nrn. 25/2 und 38 der Gemarkung Klein-Gumpen. Die Grenze des Fassungsbereiches im Flurstück Nr. 38 verläuft von der NW-Ecke des Flurstücks Nr. 25/2 in Verlängerung der nörd-

lichen Begrenzung dieses Flurstücks 50 m westwärts, knickt dann rechtwinklig 40 m nach Süden ab, um dann wieder rechtwinklig nach Osten abknickend den südwestlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 25/2 zu erreichen.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Klein-Gumpen: Flur 6, Flurstücke Nrn. 35, 36, 37, 38, 39, 73, 30, 31, 32, 33, 34, 74, 47, 75 tw. (im NW begrenzt durch die Verlängerung der O-Grenze des Flurst. Nr. 57 und im SO begrenzt durch die Verlängerung der S-Seite des Flurst. Nr. 31), 48, 49, 50, 51, 52, 53/1, 45 tw. (i. N. begrenzt durch eine Verbindungslinie zwischen dem PP 1080 und dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 53/1), 42 tw. (im N begrenzt durch eine Verbindungslinie zwischen den PP 1080 und dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 15/1), 15/1, 46, 41, 40, 17/1 und 19.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone umfaßt alle Flurstücke und Flurstücksteile, die von folgender Grenzlinie umschlossen werden: Die Grenze der weiteren Schutzzone beginnt an der SO-Ecke des Flurstücks Flur 6 Nr. 57 und verläuft in westlicher Richtung auf der Gemarkungsgrenze Ober-Klein-Gumpen bis zum PP 72 und weiter auf die Kreisgrenze zu zum Kreis Bergstraße bis zum PP 68. Hier verläuft die Grenze am nördl. Wegrand der Wege Nrn. 358 und 359 bis zur SW-Ecke des Flurstücks Nr. 360 und von hier aus in nordwestlicher Richtung durch die Flurstücke Nrn. 344 und 343 zum südlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 304. Von hier aus knickt die Grenze der weiteren Schutzzone nach NO ab und verläuft auf der NW-Grenze der Flurstücke Nrn. 343, 334, 330 und 329. Am nördlichen Eckpunkt des Flurstücks Nr. 329 knickt die Grenze nach SO ab und verläuft auf der Grenze zwischen den Flurstücken Nrn. 318 und 329, 318 und 319, 317 und 319, 317 und 320 bis zur Gemarkungsgrenze Winterkasten-Laudenau. Nun verläuft die Grenze in südlicher Richtung am „Laudenauer Bach“ entlang bis zum NO-Eckpunkt der engeren Schutzzone an dem Flurstück Nr. 15/1.

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind grundsätzlich alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der engeren Schutzzone sind auch auf den Fassungsbereich anzuwenden.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen

Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,

2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagern den Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,

- h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- k) das Errichten von Kläranlagen,
- l) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- m) das Anlegen von Sickergruben,
- n) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),
- p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,
- t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- l) das Vergraben von Tierleichen,

- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Fläche soll in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und in deren Eigentum verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Reichelsheim und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsereich und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den im Fassungsereich und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmungen schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 6

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 5

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vor genannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Odenwaldkreises als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Odenwaldkreises — untere Wasserbehörde, 6122 Erbach;
3. dem Kreisausschuß des Odenwaldkreises — Bauaufsichtsbehörde, 6122 Erbach;
4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden, Leberberg 9—11;
5. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 61 Darmstadt, Nekarstraße 4;
6. dem Katasteramt Michelstadt, 612 Michelstadt;
7. dem Gemeindevorstand der Gemeinde Reichelsheim, 6101 Reichelsheim.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 5. 10. 1972

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 e 04/01 (6211) — K
In Vertretung:
gez. B a c h

StAnz. 46/1972 S. 1951

1402

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Sechshelden, Dillkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Sechshelden, Dillkreis, werden hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlagen zwei Wasserschutzgebiete festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung der Schutzgebiete

Die zwei Wasserschutzgebiete für die Trinkwassergewinnungsanlagen, die sich auf Teile der Gemarkungen Sechshelden und Donsbach erstrecken, werden in Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zonen I (Fassungsbereiche),
Zone II (engere Schutzzone),
Zonen III (weitere Schutzzonen).**

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtsplan i. M. 1 : 10 000, Katasterpläne i. M. 1 : 1000 und 1 : 6000), in denen diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zonen I (Fassungsbereiche) = rote Umrandung,
Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
Zonen III (weitere Schutzzonen) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

A. Schutzgebiet für den Tiefbrunnen „In der Au“

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich in der Gemarkung Sechshelden auf die Flurstücke Flur 13 Nrn. 193, 192 tw. und 194 tw. Die auf den Fassungsbereich entfallenden Teile der Flur-

stücke Nrn. 192 und 194 werden im NO (Flurst. Nr. 194) und im SW (Flurstück Nr. 192) jeweils durch eine Parallele begrenzt, die im Abstand von 4 m zur Nordost- bzw. Südwestgrenze des Flurstücks Nr. 193 verläuft.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Sechshelden:

Flur 13, Flurst. Nrn. 140, 142—166, 188—191, 195—212, 192, 194 (mit Ausnahme der auf den Fassungsbereich entfallenden Teile), 339/138, 340/139, 341/141, 223 tw. und 224 tw. (im NW jeweils begrenzt durch eine Gerade, die vom südöstl. Eckpunkt des Flurstücks Nr. 223 zum südwestl. Eckpunkt des Flurst. Nr. 224 verläuft), 338/137 tw. (im O begrenzt durch die nach N verlängerte Ostseite des Flurst. Nr. 339/138), 244, 245, 246, 248, 249, 250, 251, 351/138, 352/139, 353/141, 358/243, 359/247, 370/138, 371/139, 372/243, 373/141, 374/247 tw. (im SW bis zur Ostseite des Weges Nr. 252), 272, 273 tw. (im SW bis zur Ostseite des Weges Nr. 252), 275 tw. (im N bis zum südlichsten Eckpunkt des Flurst. Nr. 222);

Flur 17, Flurst. Nr. 33 tw. und 72/2 (B 277) tw. (im SW jeweils begrenzt durch die in südöstl. Richtung verlängerte Ostseite des Weges Flur 13 Nr. 252 und im NO durch die in nordwestl. Richtung verlängerte Ostseite des Flurst. Nr. 39), 39 tw. (im SW ebenfalls begrenzt durch die in südöstlicher Richtung verlängerte Ostseite des Weges Flur 13 Nr. 252 auf eine Länge von ca. 2000 m bis zum Schnittpunkt mit der Südostseite des hier verlaufenden Weges, welcher die Südostgrenze der engeren Schutzzone bildet).

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkung Sechshelden:

Flur 10, Flurst. Nrn. 66—101, 135, 136, 137, 138, 141, 130 tw. (im SW bis zum Weg Nr. 139), 139 tw. (im S bis zum Weg Nr. 141).

Flur 12 tw. (im N bis zur Südseite der Dill, Graben Nr. 394).

Flur 13, Flurst. Nrn. 167—187, 225, 226, 252, 253, 254, 255, 247 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone), 273 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone).

Flur 17, Flurst. Nrn. 38, 43—49, 33 tw. (im NO bis zur Südwestgrenze der engeren Schutzzone), 39 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone), 71 und 72/2 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone und des zwischen der Nordostgrenze dieser Parzelle und der verlängerten Ostseite des Flurstücks Nr. 39 liegenden Teiles).

B. Schutzgebiet für den Stollen „Schindelbach“

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich in der Gemarkung Sechshelden teilw. auf die Flurst. Flur 10 Nrn. 120 und 121 und in der Gemarkung Donsbach tw. auf das Flurst. Flur 65 Nr. 7068.

Die auf den Fassungsbereich entfallenden Teile dieser Flurstücke werden wie folgt begrenzt:

Das Flurstück Flur 10 Nr. 120 wird im N begrenzt durch eine Linie, die von der Westseite dieses Flurstücks in einer Entfernung von 4 m vom südwestlichen Eckpunkt genau nach S bis zum Schnittpunkt mit der Südgrenze verläuft. Das Flurstück Nr. 121 wird im O begrenzt durch eine Parallele zur Westgrenze dieses Flurstücks im Abstand von 10 m. Das Flurstück Flur 65 Nr. 7098 wird im W begrenzt durch eine Parallele zur Grenze zwischen diesem Flurstück und den Flurstücken Flur 10 Nrn. 120 und 121 der Gemarkung Sechshelden im Abstand von 14 m und im S durch eine Parallele zur Nordgrenze im Abstand von 12 m.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone (Zone II) entfällt.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Sechshelden und Donsbach.

Gemarkung Sechshelden

Flur 10, Flurst. Nrn. 102—112, 119—126, 140, 142, 143, 144, 145 und 139 tw. (im N bis zum Weg Nr. 141);

Flur 17, Flurst. Nrn. 42 tw. und 69 tw. (im NO jeweils begrenzt durch die nach SO verlängerte Ostseite des Weges Flur 10 Nr. 139).

Gemarkung Donsbach

Flur 35 tw. (im O bis zu den Wegen Nrn. 6834 und 6833 und im S bis zum Weg Nr. 6836, und bis zu den Südseiten der Flurstücke Nrn. 4459 und 4466);

Flur 40, die gesamte Flur mit Ausnahme des Flurstückes Nr. 4960;

Flur 41, Flurstücke Nrn. 5030—5066, 6860 und 6859 tw. (im SW bis zum Weg Nr. 6861);

Flur 62, Flurstück Nr. 7008 tw. (im SO begrenzt durch die Verbindungslinie der Wege Flur 35 Nr. 6833 und 6834);

Flur 65, Flurstück Nr. 7098 tw. (östlicher und nördlicher Teil, der östliche Teil wird im W begrenzt durch eine Verbindungslinie zwischen den westlichen Eckpunkten der Flurstücke Flur 41 Nrn. 5033 und 5066, der nördliche Teil wird im NW begrenzt durch die nach NO verlängerte Nordwestseite des Flurstückes Flur 41 Nr. 5030).

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weiteren Schutzzonen (Zonen III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für die Fassungsgebiete (Zonen I). Die Verbote der engeren Schutzzone sind auch auf die Fassungsgebiete anzuwenden.

1. Weitere Schutzzonen (Zonen III)

Die weiteren Schutzzonen sollen den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kali-bergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwasserregnung und Abwasserlandbehandlung,
- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,

h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund.

i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,

j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,

k) das Errichten von Kläranlagen,

l) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,

m) das Anlegen von Sickergruben,

n) das Neuanlegen von Friedhöfen,

o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),

p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,

q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,

r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,

s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,

t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmuldungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- l) das Vergraben von Tierleichen,
- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der Fassungsanlagen vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Flächen sollen in

das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb der Wasserschutzgebiete sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Sechshelden und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsbereichen und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den in den Fassungsbereichen und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich der vorgenannten Schutzgebiete sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Dillkreises als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 6100 Darmstadt, Rheinstraße 62;

2. dem Landrat des Dillkreises — untere Wasserbehörde, 634 Dillenburg;
3. dem Kreisausschuß des Dillkreises — Bauaufsichtsbehörde, 634 Dillenburg;
4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 6200 Wiesbaden, Leberberg 9;
5. dem Wasserwirtschaftsamt Dillenburg, 634 Dillenburg;
6. dem Katasteramt Dillenburg, 634 Dillenburg;
7. der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Sechshelden, 6341 Sechshelden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft

Darmstadt, 9. 10. 1972

Der Regierungspräsident

V/14 — 79 e 04/01 (11445) — S

In Vertretung:

gez. Bach

St.Anz. 46/1972 S. 1953

1403

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Merkenbach, Dillkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Merkenbach, Dillkreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlagen ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlagen, das sich auf Teile der Gemarkung Merkenbach erstreckt, wird in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zonen I (Fassungsbereiche),
Zonen II (engere Schutzzonen),
Zone III (weitere Schutzzone).**

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtsplan i. M. 1:10 000, Katasterpläne i. M. 1:1000 und 1:2000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zonen I (Fassungsbereiche) = rote Umrandung,
Zonen II (engere Schutzzonen) = grüne Umrandung,
Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereiche (Zonen I)

a) Fassungsbereich für den Tiefbrunnen

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Flur 7 Nr. 30 der Gemarkung Merkenbach.

Er bildet ein Quadrat mit einer Seitenlänge von 30 m. Die westliche Grenze bildet das Wegflurstück Flur 7 Nr. 68. Die Nordgrenze verläuft 15 m, die Ostgrenze 20 m und die Südgrenze 15 m entfernt vom Mittelpunkt des Tiefbrunnens.

b) Fassungsbereich für die Sickerfassung „Riechental“

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 7 Nrn. 70, 71 und 14 der Gemarkung Merkenbach.

Beginnend an der Nordwest-Ecke des Fassungsbereiches an einem Punkt, der 122 m südwestlich des Flurstücks Flur 7 Nr. 69/2 auf der Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 7 Nrn. 68 und 70 liegt, verläuft die Grenze des Fassungsbereiches in südlicher Richtung entlang der o. a. Flurstücksgrenze, knickt am südlichen Ende des Flurstücks Flur 7 Nr. 68 nach Nordwesten ab und verläuft 5 m entlang dem Flurstück, Flur 7 Nr. 68, knickt dann nach Süden ab und verläuft 25 m entlang der westlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks Flur 7 Nr. 71. Von hier aus verläuft die Grenze des Fassungsbereiches in südöstlicher Richtung durch einen Punkt, der 32 m südsüdwestlich des

gemeinsamen Grenzpunktes der Flurstücke Flur 7 Nrn. 70, 71 und 14 liegt, verläuft 18 m in derselben Richtung innerhalb des Flurstücks Flur 7 Nr. 14, knickt dann nach Nordosten ab, verläuft 80 m in dieser Richtung, knickt nach Norden ab, verläuft 40 m in dieser Richtung, knickt nach Westen ab, verläßt das Flurstück Flur 7 Nr. 14 und führt in derselben Richtung durch das Flurstück Flur 7 Nr. 70 zum Ausgangspunkt.

II. Engere Schutzzonen (Zonen II)

a) Engere Schutzzone für den Tiefbrunnen

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Merkenbach:

Flur 7 Nrn. 14 tw. (nördl. Teil begrenzt durch eine Linie von der Südspitze des Flurstücks Flur 7 Nr. 27 bis zu dem auf östlicher Seite gegenüberliegendem Grenzstein), 17—19, 20/1, 20/2, 21—29, 30 (ausschl. des Fassungsgebietes), 31, 33—39, 48 tw. (östl. Teil ab dem gemeinsamen Grenzstein der Flurstücke Flur 7 Nrn. 40 und 39), 54 tw. (östl. Teil, der sich im Norden 38 m und im Süden 28 m vom Flurstück Flur 7 Nr. 55 aus erstreckt), 55, 56, 59—64, 65 tw. (nördl. Teil ab der Südspitze des Flurstücks Flur 7 Nr. 27), 68 tw. (nördl. Teil ab der Südost-Ecke des Flurstücks Flur 7 Nr. 63) und 57 tw. (östl. Teil ab dem gemeinsamen Grenzstein der Flurstücke Flur 7 Nrn. 58 und 59).

b) Engere Schutzzone für die Sickerfassung „Riechental“

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Merkenbach:

Flur 7 Nrn. 68 tw., 70 tw., 71, 72 tw., 14 tw., 13 tw.,
Flur 8 Nr. 4 tw., 6 tw.

Beginnend an der Nordost-Ecke der engeren Schutzzone, an der Flurstücksgrenze zwischen dem Straßen-Flurstück Flur 7 Nr. 15 und dem Straßenflurstück Flur 8 Nr. 7, verläuft die Grenze in südwestl. Richtung 337 m entlang der Landesstraße 3046, knickt nach Nordwesten ab, durchschneidet das Flurstück Flur 8 Nr. 6 und stößt auf einen Punkt, der 130 m vom gemeinsamen Grenzstein des Flurstücks Flur 7 Nr. 13, 7 und der Flurstücke Flur 8 Nrn. 4 und 6 entfernt ist, verläuft weiter in südwestl. Richtung entlang der Flurstücksgrenze zwischen dem Flurstück Flur 7 Nr. 13 und dem Flurstück Flur 8 Nr. 6 bis zum o. a. gemeinsamen Grenzstein, knickt nach Nordnordosten ab und verläuft 35 m entlang den Flurstücksgrenzen zwischen den Flurstücken Flur 7 Nrn. 13 und 14 und Flur 8 Nr. 4, durchschneidet das Flurstück Flur 7 Nr. 72 und stößt auf einen Punkt auf der Flurgrenze zwischen den Fluren 8 und 7, der 40 m von dem gemeinsamen Grenzpunkt der Flurstücke Flur 7 Nrn. 71 und 72 entfernt liegt, folgt dieser 98 m in nordwestl. Richtung, knickt nach Nordosten ab und verläuft 210 m durch das Flurstück Flur 8 Nr. 4, knickt dann nach Osten ab und kreuzt nach 44 m an einem Punkt, der 120 m südsüdwestl. von der Südspitze des Flurstücks Flur 8 Nr. 1 entfernt liegt, die Flurgrenze zwischen den Fluren 7 und 8, verläuft weiter 78 m in Ostrichtung durch das Flurstück 7 Nr. 70, knickt nach Südosten ab, durchläuft das Flurstück Flur 7 Nr. 14 und stößt nach 115 m auf den Ausgangspunkt.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die gemeinsame weitere Schutzzone für den Tiefbrunnen und die Sickerfassung „Riechental“ umfaßt alle Flurstücke und Flurstücksteile der Gemarkung Merkenbach, die von folgender Grenze umschlossen werden: Beginnend Nordostwärts des Flurstücks Flur 3 Nr. 238, verläuft die Grenze in Südost-Richtung entlang der Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 3 Nrn. 238 und 233 bis zur Kirchstraße, über die Kirchstraße hinweg, entlang der Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 3 Nrn. 190 und 191 bis zum Breiten Weg, über den Breiten Weg hinweg, entlang der Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 3 Nrn. 180 und 181, 2 m entlang der Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 3 Nrn. 173 und 180 in Südwest-Richtung, entlang der Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 3 Nrn. 174 und 173, entlang der Berliner Straße bis zur Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 3 Nrn. 175 und 176, über die Berliner Straße hinweg zur Flurstücksgrenze der Flurstücke Flur 3 Nrn. 162 und 161, an derselben Grenze entlang bis zum Merkenbach und weiter entlang der Grenze zwischen den Fluren 3 und 7 bis zum Wegeflurstück Flur 7 Nr. 10, verläuft weiter die Grenze in südwestl. Richtung entlang der Nordwestseite des Flurstückes Flur 7 Nr. 10 bis an die Landesstraße 3046, überquert die Straße rechtwinklig und verläuft weiter entlang

der Straße in südwestl. Richtung. An der Flurstücksgrenze zwischen dem Straßen-Flurstück Flur 7 Nr. 15 und dem Straßenflurstück Flur 8 Nr. 7 verläuft die Grenze der weiteren Schutzzone entlang dieser Flurstücksgrenze, kreuzt die Landesstraße 3046, verläuft weiter entlang der Flurstücksgrenze zwischen den Flurstücken Flur 7 Nr. 12 und 8 Nr. 8.

Von hier aus folgt die Grenze der weiteren Schutzzone in Südwest- und später in West-Richtung der Gemarkungsgrenze zwischen Merkenbach und Fleisbach bis zur Gemarkungsgrenze zwischen Merkenbach und Hirschberg und folgt dieser bis zum Flurstück Flur 4 Nr. 81.

Die Grenze verläuft weiter an der südlichen Seite der Wegeflurstücke Flur 4 Nrn. 81 und 82, an der östlichen Seite des Wegeflurstückes Flur 4 Nr. 83, an der südlichen Seite des Wegeflurstückes Flur 4 Nr. 59, an der Südseite des Hirschberger Weges (Flur 3 Nr. 256), an der Südseite der Oranienstraße Flur 3, Nr. 252 und entlang der Flurgrenze zwischen den Fluren 1 und 3 bis zum Ausgangspunkt.

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engeren Schutzzonen (Zonen II) und für die Fassungsgebiete (Zonen I). Die Verbote der engeren Schutzzonen sind auch für die Fassungsgebiete anzuwenden.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,

- j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- k) das Errichten von Kläranlagen,
- l) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- m) das Anlegen von Sickergruben,
- n) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),
- p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,
- t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzonen (Zonen II)

Die engeren Schutzzonen sollen den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- l) das Vergraben von Tierleichen,
- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus den engeren Schutzzonen abgeführt wird,
- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der Fassungsanlagen vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Flächen sollen im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet

werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Verrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet, daß Beauftragte der Gemeinde Merkenbach und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsgebieten und den engeren Schutzzonen versehen,
- g) an den in den Fassungsgebieten und in den engeren Schutzzonen vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Dillkreises als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen.

Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Dillkreises — untere Wasserbehörde, 634 Dillenburg, Wilhelmstraße 16;
3. dem Kreis Ausschuß des Dillkreises — Bauaufsichtsbehörde, 634 Dillenburg;

4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden, Leberberg 9;
5. dem Wasserwirtschaftsamt Dillenburg, 634 Dillenburg, Behördenhaus;
6. der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Merkenbach, 6349 Merkenbach;
7. dem Hessischen Oberbergamt Wiesbaden, 62 Wiesbaden, Paulinenstraße 5;
8. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, 62 Wiesbaden, Kranzplatz 5/6.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 11. 10. 1972

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 e 04 01 (12 236) — M
In Vertretung:
gez. Bach

StAnz. 46/1972 S. 1955

Buchbesprechungen

Hessische Beihilfenverordnung, Kommentar in Loseblattausgabe, bearbeitet von Ministerialrat a. D. Dr. Crisollin und Oberamtsrat a. D. Hubmann, 3. Lieferung zur 4. neubearbeiteten Auflage (Stand Juni 1972), 158 S., 19,20 DM, Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Wiesbaden.

Mit der dritten Lieferung zur 4. Auflage wird die zum Standardkommentar für das hessische Beihilfenrecht gewordene Abhandlung auf den neuesten Rechtsstand gebracht. Dies gilt hinsichtlich der Rechtsprechung, die mit knappen Leitsätzen und — wenn dies zum Verständnis oder zur kritischen Auseinandersetzung erforderlich ist — den die Entscheidungen tragenden Grundgedanken eingearbeitet wurde. Daneben sind alle nach dem November 1968 erlassenen grundsätzlichen Verwaltungsanweisungen berücksichtigt worden. Hierzu ist insbesondere auf die zahlreichen im Vorgriff auf eine Änderung der Hessischen Beihilfenverordnung (HBeihVO) ergangenen Rundschreiben des Ministers der Finanzen bzw. des Innenministeriums, mit denen beispielsweise verschiedene Höchstbeträge für beihilfefähige Aufwendungen (u. a. für Heilkuren und zahnärztliche Sonderleistungen) angehoben und die beihilfefähigen Aufwendungen um die Kosten von Vorsorgeuntersuchungen erweitert worden sind. Gerade mit der fast lückenlosen Berücksichtigung aller grundsätzlichen Verwaltungsanweisungen erhöht sich der Wert des Kommentars für denjenigen, für den er nach Aufbau, Diktion und Format in erster Linie zugeordnet sein dürfte: für den Beihilfe- und Personal(sach-)bearbeiter. Den Erfordernissen der Praxis und dem doch nur gelegentlichen beihilferechtlichen Interesse der Bediensteten wird mit einer dem Sinn und Zweck der HBeihVO und den Fürsorgegrundsätzen des § 92 HBG berücksichtigenden Stellungnahme zu einer Zweifelsfrage mehr entsprochen, als wenn auseinanderstrebende Meinungen aufgezeigt und dem Ratsuchenden die Wahl gelassen wird, welcher Auffassung er beitrifft.

Besondere Bedeutung hat in jüngerer Zeit die Frage gewonnen, ob über die Beihilfevorschriften hinaus auch ein Beihilfeanspruch unmittelbar aus der allgemeinen Fürsorgepflichtung des Dienstherrn abgeleitet werden kann. Die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte hierzu ist nicht einheitlich. Die Verfasser haben eine der Ermächtigungsnorm (§ 92 Abs. 2 HBG) und dem Rechtscharakter der HBeihVO folgende Stellung bezogen, indem sie einen Anspruch auf Beihilfe außerhalb der HBeihVO ablehnen. Ob sich diese Auffassung aufrechterhalten lassen wird, dürfte von der künftigen Rechtsprechung zu diesem Problem abhängen.

Als weitere Schwerpunkte der 3. Lieferung verdienen noch die Anmerkungen zur Abtretung und zum Übergang von Beihilfeansprüchen auf Erben (Erl. 3 zu § 2 Abs. 1), zu dem Umfang des nach § 103 HBG übergehenden Schadenersatzanspruchs (Erl. 7 zu § 4 Abs. 2) und zu den beihilferechtlichen Auswirkungen des Zuschusses zu den Krankenversicherungsbeiträgen nach § 405 RVO (Erl. 27 a zu § 4 Abs. 5 Unterabs. 1) herausgehoben zu werden. Ferner sind die Darstellungen zur Beihilfefähigkeit der Kosten von Schutzimpfungen und Heilmitteln bedeutsam, hinsichtlich der Heilmittel nicht zuletzt auch deshalb, weil durch die Fortentwicklung der medizinischen Technik ständig neue Geräte angeboten werden, die dem Kranken wirksam helfen können.

Vielleicht löst sich die Lesbarkeit und Anwendbarkeit noch fördern, wenn der Kommentierung zusätzlich der Wortlaut der HBeihVO vorausgestellt wird und die Anzahl der fettgedruckten Stichwörter usw. vermehrt wird. Zudem sollten bei einer Neubearbeitung keine Gesetzesstellen aus dem Hessischen Besoldungsgesetz mehr angeführt werden, die zwischenzeitlich durch Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes ersetzt worden sind.

Nitz

Freiwillige Gerichtsbarkeit, Handausgabe des FGG und des Beurkundungsgesetzes mit Erläuterungen, Ausführungs- und Ergänzungsvorschriften. Von Dr. Theodor Keldel und Dr. Karl Winkler, 10. Aufl. 1972, 135.— DM, Verlag C. H. Beck, München.

Für viele Rechtspflegeorgane, Vormundschafts-, Nachlaß- und Registerabteilungen der Amtsgerichte ist der Umgang mit dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit tägliche Berufsarbeit. Um so verdienstvoller ist es, daß der C. H. Beck-Verlag nunmehr die 10. Auflage dieses von so hervorragenden Sachkennern wie Dr. Keldel und Dr. Winkler bearbeiteten Kommentars herausgibt. Äußere Aufmachung und Schriftbild des Werkes sind — wie gewohnt — ansprechend. Der Inhalt des Werkes gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil enthält die Kommentierung zum Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der zweite Teil erläutert das Beurkundungsgesetz vom 28. 8. 1969 und der dritte Teil besteht aus einer umfassenden Gesetzessammlung, und zwar sowohl Bundesrecht als auch Landesrecht zum Rechtsgebiet des FGG.

Ein Kernstück des Kommentars bildet die sich über 368 Seiten erstreckende Behandlung des für die Praxis besonders der Notare so außerordentlich wichtigen Beurkundungsgesetzes von 1969.

Die Orientierung in diesem wichtigen Rechtsgebiet wird erleichtert durch eine 23seitige Einführung, die unter anderem über Vorgesicht, Grundzüge und wesentlichen Inhalt des Beurkundungsgesetzes in kurzer, prägnanter, aber umfassender Weise unterrichtet und hierbei Fragen des internationalen Beurkundungsrechts und eine Behandlung des Rechtszustandes auf dem Gebiet des Beurkundungswesens in der DDR und im Ostsektor von Berlin nicht vergißt.

Die Kommentierung des eigentlichen Beurkundungsgesetzes besteht durch prägnante Kürze, gepaart aber mit Behandlung aller nur er-

denklichen Zweifelsfragen und vor allem durch umfassende Schrifttumsangabe in den Fußnoten des Erläuterungstextes.

Die Güte der Kommentierung des eigentlichen Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist seit Jahrzehnten im Rahmen dieses Kommentars bekannt. Hierüber Worte zu verlieren, wäre müßig. Indessen ist zu erwähnen, daß die 10. Auflage die Erläuterungen auf den neuesten Gesetzeszustand bringt, in dem u. a. eine Kommentierung des durch das Koordinierungsgesetz (Gesetz zur Durchführung der ersten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts) vom 15. 8. 1969 eingefügten § 144 a FGG gebracht wird. Nicht vergessen sind die durch Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. 8. 1969 geänderten §§ 132, 145, 146 FGG mit eingehendster, der neuen Gesetzeslage entsprechender Erläuterung.

Eingearbeitet und kommentiert sind ferner die Änderungen des FGG durch das Gesetz über die Rechtsstellung der nichtehelichen Kinder vom 19. 8. 1969, durch welches die §§ 36, 37, 40, 43, 43 a, 46, 47, 53, 53 a, 55, 56 a, 57, 58, 60, 68 a, 191 FGG geändert und die §§ 36 Abs. IV, 36 a, 36 b, 43 a Abs. III, 55 b, 56 b, 57 a Satz 2, 83 a, 83 a neu eingefügt wurden.

Von großer Bedeutung auch für das Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist das Gesetz zur Änderung des Rechtspflegergesetzes, des Beurkundungsgesetzes und zur Umwandlung des Offenbarungselbes in eine eidesstattliche Versicherung vom 27. 6. 1970, welches die §§ 33 Abs. II, 78, 79, 83 Abs. II und 163 FGG geändert hat. Die in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen finden in der umfangreichen, aber doch gestrafften Kommentierung umfassende Beantwortung. Nicht vergessen werden darf bei Aufzählung der Vorzüge dieses Standardwerkes der FGG-Literatur der Gesetzesanhang mit für das jeweilige Landesrecht so bedeutsamen Gesetzen. So sind das Hessische Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und das Hessische Ortsgerichtsgesetz abgedruckt und ersparen somit ein mühsames Aufsuchen in den einschlägigen Gesetzessammlungen.

Richter Dr. Zimmer

Gesetz über das Kreditwesen, Textsammlung. Von Consruch-Möller-Bühre-Schneider, 8. Ergänzungslieferung, 146 S., 10,80 DM, Grundwerk rd. 820 S., 28,50 DM, Verlag C. H. Beck, München.

Diese Ergänzungslieferung bringt die KWG-Textsammlung auf den Stand der Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen vom 1. Mai 1972, erstmals betreut von Bühre-Schneider, hervorragenden Fachleuten aus dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen. Die Ergänzungslieferung bringt eine Änderung des Gesetzes. Sie betrifft die Erhöhung des monatlichen Freibetrages für die Rückzahlung von Spareinlagen ohne Kündigung von Bedeutung für die Aufsichtspraxis ist ferner das kürzlich erlassene Gesetz über die Abwicklung der unter Treuhandverwaltung stehenden Vermögen von Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen, das ebenfalls in die Sammlung aufgenommen wurde.

Neu eingefügt wurden die Grundsätze der Deutschen Bundesbank bei der Entscheidung über Genehmigungsanträge nach § 3 des Währungsgesetzes für Verträge mit Wertsicherungsklausel.

Die Ergänzungslieferung enthält ferner wieder eine Reihe von Stellungnahmen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen zu einzelnen Fragen bei der Auslegung und Anwendung des KWG sowie zu den Bilanzierungsvorschriften. Die Herausgeber haben sich bemüht, alle wichtigen Verlautbarungen zu erfassen, einige zeitlich zurückliegende Erlasse wurden nachgetragen.

Das Sachverzeichnis ist berichtigt und ergänzt worden, so daß es nun wieder dem gesamten Inhalt der Sammlung entspricht.

Ministerialrat Wahl

Die Gesetzgebung über den Lastenausgleich, Ausgabe B. Von Kühne-Wolff: 63. Ergänzungslieferung, 74 Blatt Berichtigungen und Ergänzungen; Stand März 1972, 20,80 DM; 64. Ergänzungslieferung, 42 Blatt Berichtigungen und Ergänzungen; Stand Juli 1972, 11,80 DM, Gesamtwerk 260.— DM, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Der namhafte Kommentar zur gesamten Lastenausgleichsgesetzgebung wurde mit jetzt vorgelegten Ergänzungslieferungen letztlich auf den Stand vom Juli 1972 gebracht.

Die Lieferungen haben als Inhalt: 63. Erg.-Lieferung: 1. Gesetz zur Anpassung verschiedener Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern an die Neuregelung der Finanzverfassung (Finanzanpassungsgesetz — FAnpG —) vom 30. 8. 1971 (BGBl. I S. 1426); 2. Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (24. ÄndGLAG) vom 22. 2. 1972 (BGBl. I S. 189); 3. Erste Änderungsverordnung zur 7. BAA-LeistungsDV-LA vom 30. 12. 1971 (BAnz. Nr. 9 vom 14. 1. 1972); 4. Änderung der Weisung über die Ausbildungshilfe vom 11. 12. 1970 (BAnz. Nr. 237 vom 19. 12. 1970); 5. Neufassung der DB-Ausbildungshilfe vom 3. 12. 1971 (Mtbl. BAA S. 386).

64. Erg.-Lieferung: Viertes Gesetz zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (4. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz — 4. UAG) vom 7. Juli 1972 (BGBl. I S. 1161).

Auf die Besprechungen zu den bisherigen Lieferungen (s. zuletzt StAnz. 1972 S. 764) wird verwiesen; sie werden vollinhaltlich aufrecht erhalten und gelten auch vorliegend.

Richter Rein

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1972

Montag, den 13. November 1972

Nr. 46

3579 Güterrechtsregister

GR 514: Eheleute Diplomchemiker Thomas Erhardt Erich Olbricht und Studentin Ingrid Maria Hendrine geb. Looschelders, beide in Hünfeld Durch Vertrag vom 15. August 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 25. 9. 1972 **Amtsgericht**

3580

GR 315 A, 26. Oktober 1972 — **Neueintragung:** Die Eheleute Elektromeister Jürgen Seidlitz, Korbach 62-Meininghausen, Haus Nr. 183, und Brigitte Seidlitz geb. Presenz haben durch Vertrag vom 3. Oktober 1972 Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 26. 10. 1972 **Amtsgericht**

3581

GR 877 — 19. Okt. 1972 — **Neueintragung:** Gustav Heinrich Konrad Finger, Diplomingenieur, Fronhausen, Kreis Marburg, Freithof, Nr. 6, und Maria Elisabeth Finger, geb. Biemann, Sozial-Pädagogin, Nortrup, Kreis Bersenbrück.

Durch notariellen Vertrag vom 7. Juli 1972 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart worden.

3550 Marburg (Lahn), 19. 10. 1972

Amtsgericht**3582**

GR IV Nr. 130 — **Neueintragung:** Michael Dummann, Koch, Michelstadt, und Rosemarie Dummann, geb. Höflein, daselbst.

Durch Vertrag vom 22. September 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 25. 10. 1972 **Amtsgericht**

3583

GR 294 — 19. 10. 1972 — **Neueintragung:** Kaufmann Ernst Wilhelm Hölzel und Sekretärin Rosemarie Johanna Hölzel geb. Kuhn, beide Usingen/Ts., Richard-Wagner-Straße 10, haben durch Ehevertrag vom 28. 8. 1972 Gütertrennung vereinbart.

639 Usingen/Ts., 19. 10. 1972 **Amtsgericht**

3584 Handelsregister

HRA 1086 — 16. 10. 1972 — **Veränderungen:** Basaltwerk Franz Menke KG Nachf., Igelsburg über Kassel 7.

Frau Irmgard Menke, geb. Holzki, in Zierenberg ist Prokura erteilt.

3549 Wolfhagen, 16. 10. 1972 **Amtsgericht**

3585 Vereinsregister

VR 307 — **Neueintragung:** Hessischer Tier-, Natur- und Umweltschutzverband e. V., Alsfeld.

632 Alsfeld, 25. 10. 1972 **Amtsgericht**

3586

VR 395 — 24. 10. 1972 — **Neueintragung:** Verband der Lohnsteuerzahler „Sofort Geld“, Bad Nauheim.

636 Friedberg/H., 24. 10. 1972 **Amtsgericht**

3587

VR 1239 — 17. 10. 1972: Auto und Freizeit 1972, Kassel.

VR 1240 — 20. 10. 1972: Elternverein Baunatal-Hertingshausen, Baunatal.

VR 738 — 19. 10. 1972: Sportschützenverein „Freischütz“ Kassel-Oberwehren 3/525, Kassel. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 29. 12. 1970/24. 7. 1971 ist der Verein aufgelöst.

VR 986 — 19. 10. 1972: Verband Kurhessischer Ziegenzüchter, Kassel. Die Vertre-

tersammlung vom 28. 6. 1972 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

35 Kassel, 24. 10. 1972 **Amtsgericht**

3588

5 VR 321 — 23. Oktober 1972 — **Neueintragung:** Verein: Mieterverband des RNE Rhein-Neckar Einkaufszentrum, Sitz: 6806 Viernheim.

684 Lampenheim, 23. 10. 1972 **Amtsgericht**

3589

VR 100 — **Neueintragung:** In das Vereinsregister wurde am 6. Oktober 1972 unter Nr. 100 eingetragen: Tennis-Club 1971 Nidda e. V., Sitz: Nidda.

6478 Nidda, 6. 10. 1972 **Amtsgericht**

3590 Vergleiche — Konkurse

6a N 39/70: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 11. 7. 1970 verstorbenen, zuletzt in Bad Homburg v. d. H., Promenade 20, wohnhaft gewesenen Herrn Siegfried Leopold Dörich, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

638 Bad Homburg v. d. H., 30. 10. 1972

Amtsgericht**3591**

2 N 7/71 — 31. 10. 1972: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 14. April 1971 in Bad Schwalbach, ihrem letzten Wohnsitz, verstorbenen Ruth Weingartz ist Schlußtermin gem. § 162 KO, in dem auch die nachträglich angemeldeten Forderungen geprüft werden sollen, auf Freitag, den 8. Dezember 1972, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Schwalbach, Saal 10, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters einschl. des Ausgleichs zur Mehrwertsteuer ist auf 1368,81 DM, seine Auslagen sind auf 113,30 DM festgesetzt.

6208 Bad Schwalbach, 31. 10. 1972

Amtsgericht**3592**

4 N 1/70 — **Vergleichsverfahren:** Das fortgesetzte Vergleichsverfahren über das Vermögen des Fabrikanten und Kaufmanns Karl Ortlieb in Bensheim-Auerbach, Lahnstr. 4, Inhaber der Firma Auerbach-Nahrungsmittelwerke Karl Ortlieb in Bensheim-Auerbach, ist nach Erfüllung des Vergleichs vom 14. Oktober 1970 aufgehoben worden.

614 Bensheim, 26. 10. 1972 **Amtsgericht**

3593

3 N 1/70 — 3 N 2/70 — **Beschluß:** In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen a) der Firma G. Ch. Bödicker, Tief- und Hochbaugesellschaft, Eschwege, b) des Bauunternehmers Horst Bödicker, Eschwege, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Mittwoch, 20. Dezember 1972, 9.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Bahnhofstr. 30, Sitzungssaal Nr. 121, anberaumt.

344 Eschwege, 3. 11. 1972 **Amtsgericht**

3594

81 N 162/72 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der ELVA Elektroverwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung und Co. Regelanlagen Kommanditgesellschaft, 6 Frankfurt/Main, Gartenstr. 99a, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 5. Dezember 1972, um 9.45 Uhr, vor dem

Amtsgericht Frankfurt/M., Gerichtsstr. 2, Geb. B., I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 26. 10. 1972

Amtsgericht, Abt. 81**3595**

81 N 145/71 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Gesellschaft für Münzzubehör mbH, 6 Frankfurt/Main, Brönnnerstr. 15, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 5. Dezember 1972, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in 6 Frankfurt/Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B., Saal 137, I. Stock, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 30. 10. 1972

Amtsgericht, Abt. 81**3596**

50 N 86/67 — AG Kassel: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Klaus Richter, Inh. der Fa. Innendekoration Klaus Richter, Kassel, Fünfenfensterstraße 8, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 2135,85 DM.

Auf die bevorrechtigten Forderungen der Rangklasse I in Höhe von 1888,30 DM entfällt eine Quote von ca. 100%, auf die Rangklasse II in Höhe von 17 568,03 DM eine Quote von ca. 1,4%, auf die Rangklasse III in Höhe von 290,40 DM eine Quote von ca. 0% und auf die nicht bevorrechtigten Forderungen in Höhe von 202 095,28 DM eine Quote von 0%.

Das Verzeichnis der Schlußverteilung liegt beim Amtsgericht Kassel, Geschäftsstelle 50, zur Einsichtnahme auf.

35 Kassel, 2. 11. 1972

Der Konkursverwalter
Hans-Klaus Görk
Rechtsanwalt

3597

5 N 30/71: Im Konkurs der Jürgen S. Lien GmbH, Sprendlingen, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf 4. Dezember 1972, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal 20, bestimmt.

607 Langen, 1. 11. 1972 **Amtsgericht**

3598

7 N 23/69: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der in Niederselters wohnhaft gewesenen Frau Gerta Künzel geb. Deisel wird die Gläubigerversammlung für den 23. November 1972, 13.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Limburg, Schiede 14, Zimmer 14, einberufen.

In diesem Termin sollen die Gläubiger zur Einstellung des Verfahrens mangels Masse, zur Schlußrechnung des Konkursverwalters und zur Festsetzung der Vergütung des Gläubigerausschusses gehört werden.

Außerdem sollen nachträglich angemeldete Forderungen geprüft werden.

625 Limburg (Lahn), 23. 10. 1972

Amtsgericht**3599**

5 N 15/68 — **Beschluß** — In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Walter Lind KG in Schotten und Ulrichstein ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 30. November 1972, 10.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer 3, bestimmt.

6478 Nidda 1, 24. 10. 1972 **Amtsgericht**

3600

7 N 872 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma **Joachim Bickert GmbH, 6051 Lämmerspiel, Industriestr. 9, Geschäftsführer Joachim Bickert**, ist am 30. 10. 1972, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ulrich Kneller, 6451 Bischofsheim, Hintergasse 13.

1. Gläubigerversammlung: Freitag, den 1. Dezember 1972, 9.00 Uhr. Prüfungstermin: Montag, den 15. Januar 1973, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Offenbach a. M., Kaiserstraße 18, Zimmer 409.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. 11. 1972.

605 Offenbach M., 30. 10. 1972

Amtsgericht, Abt. 7

3601

62 N 2072 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Graphikers Rainer Curt Cleres**, geboren am 25. 11. 1947, wohnhaft in Wiesbaden, Schiersteiner Straße 13, wird Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung bestimmt auf Mittwoch, den 13. Dezember 1972, 9.00 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts.

Tagesordnung:

1. Bericht des Konkursverwalters
2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen
3. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters
4. Vergütung des Konkursverwalters
5. Einstellung des Verfahrens mangels Masse.

62 Wiesbaden, 30. 10. 1972

Amtsgericht

Zwangsvolleistungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3602

2 K 3472: Die im Grundbuch von Wetterburg, Band 14, Blatt 391, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Wetterburg, Fl. 6, Flurstück 22, Ackerland (Hack), Die Halsgärten, Größe 7,62 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Wetterburg, Fl. 2, Flurstück 134.1, Gartenland, Größe 5,70 Ar, Hutung, Die Schildgärten, Größe 0,92 Ar, sollen am Mittwoch, 24. Januar 1973, 11.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23 (Sitzungssaal), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. August 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Witwe Margarete Drübert, geb. Beyer, Lohfelden, Lange Straße 11,

b) Schlosser Meinhold Drübert, Diemelstadt-Wethen
— in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 18. 10. 1972 Amtsgericht

3603

2 K 1672: Die im Erbbaugrundbuch von Ammenhausen, Band 4, Blatt 114 A, eingetragene Hälfte des Erbbaurechts Nr. 1, Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Ammenhausen, Band 1, Blatt 18, unter Nr. 153 des Bestandsverzeichnisses verzeichneten Grundstück, Ammenhausen, Flur 1, Flurstück 913, Hof- und Gebäudefläche, Unter dem Roder Wege, Haus Nr. 43, Größe 8,00 Ar, in Abteilung II Nr. 6 für die Dauer von 99 Jahren seit dem 1. Januar 1962.

Die Erbbauberechtigten bedürfen zur Veräußerung oder einer sonstigen Überlassung des Erbbaurechts der Zustimmung des Grundstückseigentümers.

Als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist die Gemeinde Ammenhausen eingetragen.

Unter Bezug auf die Bewilligung vom 22. Dezember 1961 bei Anlegung dieses Blattes hier vermerkt am 5. April 1962.

soll am Mittwoch, 7. Februar 1973, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23 (Sitzungssaal), durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 24. Mai 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks) hinsichtlich dieser Erbbaurechts-hälfte: Waldarbeiter Heinrich Fülling, Diemelstadt-Ammenhausen, Nr. 15.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 23. 10. 1972 Amtsgericht

3604

K 872: Das im Grundbuch von Bonbaden, Band 48, Blatt 640, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bonbaden, Flur 11, Flurstück 245, Lieg.-B. 721, Hof- und Gebäudefläche, Frauenreuther Str., Größe 6,50 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße, Sitzungssaal, durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Juni 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Monteur Gerhard Herget, Bonbaden
b) Fliesenleger Alfred Herget, Bonbaden
— zu je 1/2 —

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 132 200,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 2. 11. 1972

Amtsgericht Weizlar
Zweigstelle Braunfels

3605

31 K 772: Die im Grundbuch von Münster, Band 56, Blatt 2540, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Münster, Flur 17, Flurstück 316, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Str. 28, Größe 16,98 Ar, Flur 17, Flurstück 317,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Münster, Flur 17, Flurstück 317, Hof- und Gebäudefläche, zu Darmstädter Str. 28, Größe 8,96 Ar,

sollen am Mittwoch, 7. Februar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstr. 31, Zimmer 12, durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Werner Eichhorn, Münster.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 960 000 Deutsche Mark.

Bieter müssen im Termin u. U. 1/2 ihres Bargebots als Sicherheit in Geld hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 18. 10. 1972 Amtsgericht

3606

31 K 872: Das im Grundbuch von Groß-Umstadt, Band 100, Blatt 5013, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Umstadt, Flur 1, Flurstück 1035.1, Hof- und Gebäudefläche, Mühlstraße 24, Größe 2,76 Ar, soll am Mittwoch, 14. 2. 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 1, Zimmer 12, durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 3. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinz Ruf in Groß-Umstadt und dessen Ehefrau Helga Agnes, geb. Heuß, daselbst, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 62 600 Deutsche Mark.

Bieter müssen im Termin u. U. 1/2 ihres Bargebotes als Sicherheit in Geld hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 26. 10. 1972 Amtsgericht

3607

31 K 169: Die im Grundbuch von Ober-Roden, Band 41, Blatt 2670 4620, eingetragenen Grundstücke bzw. Grundstücksanteile Band 106

lfd. Nr. 8, Gemarkung Ober-Roden, Flur Nr. 11, Flurstück 191, Ackerland, Die Mittelgewann, Größe 12,53 Ar,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ober-Roden, Flur Nr. 7, Flurstück 82 (1/2 Anteil), Ackerland, Neben der Heppenwiese, Größe 3,37 Ar, Grünland, daselbst, Größe 6,00 Ar,

sollen am Mittwoch, 21. Februar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstr. 31, Zimmer 12, durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin bzw. Miteigentümerin am 4. 3. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Katharina Schotte in Frankfurt/Main.

Der Wert der Grundstücke bzw. Grundstücksanteile wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7450,— DM.

Bieter müssen im Termin u. U. mindestens 1/2 ihres Bargebots als Sicherheit in Geld hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 3. 11. 1972 Amtsgericht

3608

31 K 44 68 — Das im Grundbuch von Babenhausen, Band 53, Blatt 2769, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Babenhausen, Flur 1, Flurstück 280.1, Hof- u. Gebfl.-Ludwigstraße 5, Größe 3,79 Ar,

soll am Mittwoch, 10. 1. 73, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße Nr. 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 10. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt Willy Bott, Babenhausen.

Der Wert des Grundstücks wurde nach

§ 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 252 000,— DM.

Bleter müssen im Termin u. U. mindestens $\frac{1}{10}$ ihres Bargebots als Sicherheit in Geld hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 3. 11. 1972 Amtsgericht

3609

3 K 21/72: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Vierbach, Band 17, Blatt 516, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wipperode, Fl. 10, Flurstück 22, Hof- und Gebäudefläche und Ackerland, Auf den Hufenwerken, Größe 11,13 Ar,

soll am 11. Januar 1973, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der Miteigentumshälfte am 26. 7. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Stricker Hermann Dietzel, Wehretal-Vierbach, Dorfstr. 14a.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 27. 10. 1972 Amtsgericht

3610

84 K 73/72 — Zwangsversteigerung: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Erbbaugrundbuch von Schwanheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abteilung Höchst, Band 89, Blatt 2239 eingetragene Erbbaurecht, das auf dem in Schwanheim belegenden, im Grundbuch von Schwanheim, Band 44, Blatt 1078, verzeichneten Grundstücks eingetragen ist

lfd. Nr. 1041, Gemarkung Schwanheim, Flur 46, Flurstück 116, Hof und Gebäudefläche An der Schwarzbachmühle 24, Größe 6,99 Ar,

am Mittwoch, dem 31. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 3. 10. 1972 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Ehefrau Martha Johanna Zarembo geb. Obermeier,
 2. Ehefrau Luise Fuhrmann geb. Obermeier, in ungeteilter Erbengemeinschaft.
- Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 25. 10. 1972

Amtsgericht, Abt. 84

3611

K 2/72 — Das im Erbbau-Grundbuch von Hammelbach Band 12, Blatt 584 eingetragene Erbbaurecht an dem Grundstück

Gemarkung Hammelbach, Flur 1, Flurstück 577/5, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 8, Größe 6,27 Ar,

soll am 25. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Straße, Zimmer 8 (Sitzungssaal) zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 18. Januar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Eduard Schindler in Hammelbach, zu $\frac{1}{8}$;
- b) Helga Maria Schindler (jetzt verehel. Wunn) in Hammelbach, zu $\frac{1}{8}$;
- c) Liselotte Müller geb. Schindler in Balkhausen, zu $\frac{1}{8}$;
- d) Eva Schindler (jetzt verehel. Uhl) in Hammelbach, zu $\frac{1}{8}$;
- e) Rita Schindler (jetzt verehel. Fahrner) in Weschnitz, zu $\frac{1}{8}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth/Odw., 16. 10. 1972 Amtsgericht

3612

K 41/71 — Beschluß: Das im Grundbuch von Burgjoß, Band 8, Blatt 320, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Burgjoß, Flurstück 9/1, Hof- und Gebäudefläche, Zur Bretzel 3, Größe 20,96 Ar,

soll am Freitag, dem 5. Januar 1973, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Juni und 25. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Karl Müller und Eva Müller, geb. Fuchs, beide in Burgjoß, je zu $\frac{1}{2}$ -Anteil.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 75 960 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 17. 10. 1972 Amtsgericht

3613

K 35/72 — Beschluß: Das im Grundbuch von Meerholz, Band 47, Blatt 1154, eingetragene Grundstück — zur Hälfte —,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Meerholz, Flur 10, Flurstück 109/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Mühlrain, Größe 7,91 Ar,

soll am 5. Januar 1973, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. Juni 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinmetz Josef Schmidt in Meerholz, Wiesbornweg 8 — zu $\frac{1}{2}$ -Anteil.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 23 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 19. 10. 1972 Amtsgericht

3614

K 35/71 — Beschluß: Die im Grundbuch von Streitberg, Band 17, Blatt 352, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Streitberg, Flur 12, Flurstück 24, Ackerland, Auf'm Trom, Größe 20,18 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Streitberg, Flur 12, Flurstück 25, Ackerland, Auf'm Trom, Größe 21,75 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Streitberg, Flur 12, Flurstück 23, Ackerland, Auf'm Trom, Größe 13,87 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Waldensberg, Flur 6, Flurstück 24/2, Grünland, In den Ziegelwiesen, Größe 16,99 Ar, und Wiese In den Ziegelwiesen, Größe 1,30 Ar,

sollen am Freitag, dem 19. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. November 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Näherin Edelgard Naumann in Leisenwald.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

Flur 12 Flurstück 24	1211 DM,
Flur 12 Flurstück 25	1305 DM,
Flur 12 Flurstück 23	833 DM,
Flur 6 Flurstück 24/2	1860 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 19. 10. 1972 Amtsgericht

3615

42 K 4/72 — Beschluß: A. Die im Grundbuch von Muschenheim, Band 27, Blatt 863, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Muschenheim, Flur 9, Flurstück 62/17, Lieg.-B. 376, Ackerland, An der Heerstraße, Größe 24,89 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Muschenheim, Flur 10, Flurstück 158, Ackerland, Am Birkelarer Weg, Größe 12,65 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Muschenheim, Flur 10, Flurstück 101, Ackerland (Obstb.), Hinter der Kirche, Größe 7,36 Ar,

sowie B. die dem Heinrich Wagner I. in Muschenheim gehörige Miteigentumshälfte an dem im Grundbuch von Muschenheim, Band 27, Blatt 877, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Muschenheim, Flur 1, Flurstück 156/3, Lieg.-B. 373, Hof- und Gebäudefläche, Hessengasse 30, Größe 6,00 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Muschenheim, Flur 16, Flurstück 26, Ackerland, Große Dreispitze, Größe 22,75 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Muschenheim, Flur 10, Flurstück 41, Ackerland, Am Betenhäuser Weg, Größe 46,70 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Muschenheim, Flur 2, Flurstück 30/5, Ackerland, An der Römerstraße, Größe 27,88 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Muschenheim, Flur 3, Flurstück 1/5, Ackerland, Im Weidengarten, Größe 6,58 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Arnsburg, Flur 1, Flurstück 37/7, Lieg.-B. 48, Grünland, Auf dem Weiher, Größe 14,68 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Arnsburg, Flur 3, Flurstück 11/26, Ackerland, Die große Dreispitz, Größe 75,36 Ar,

sollen am 25. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1, Zimmer 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 2. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinrich Wagner I., Muschenheim.

Der Wert der Grundstücke bzw. -Anteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Flur 9 Flurst. 62/17	auf 1 900 DM,
für Flur 10 Flurst. 158	auf 500 DM,
für Flur 10 Flurst. 101	auf 480 DM.

Für die Miteigentumsanteile des Schuldners an

für Flur 1 Flurst. 156/3	auf 45 000 DM,
für Flur 16 Flurst. 26	auf 1 450 DM,
für Flur 10 Flurst. 41	auf 700 DM,
für Flur 2 Flurst. 30/5	auf 1 800 DM,
für Flur 3 Flurst. 1/5	auf 180 DM,
für Flur 1 Flurst. 37/7	auf 550 DM,
für Flur 3 Flurst. 11/26	auf 1 500 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 17. 10. 1972 Amtsgericht

3616

42 K 63/72 — Beschluß: Das im Grundbuch von Ettingshausen, Band 32, Blatt Nr. 1386, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ettingshausen, Flur 2, Flurstück 313, Lieg.-B. 672, Bauplatz, Neuer Weg, Größe 8,65 Ar,

soll am 25. 1. 1973, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gießen, Gutfleischstr. 1, Zimmer 205, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 9. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- 1a) Menner, Johann, geb. am 18. 4. 1925,
- b) Menner, Katharina, geb. Emmerich, geb. am 19. 7. 1929, aus Duisburg-Meiderich, Wiesbadener Str. 15 je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 17. 10. 1972

Amtsgericht

3617

42 K 61/67 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Gießen, Band 346, Blatt 13 497, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gießen, Flur 5, Flurstück 283 4, Lieg.-B. 5734, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Str. 25, Größe 3,53 Ar,

soll am 1. Februar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 4. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Selig Weißmann in Gießen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 275 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 25. 10. 1972

Amtsgericht

3618

2 K 12 72: Die im Grundbuch von Gernsheim, Band 34, Blatt 1991, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Gernsheim,

Flur 1, Nr. 912 6, Hof- und Gebäudefläche, Wormser Str. 8, Größe 8,40 Ar,

Flur 1, Nr. 912 7, Bauplatz, Jahnsweg, Größe 5,87 Ar,

sollen am 9. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 3. 72 (Tag des Versteigerungsvermerks): Anna Elisabeth Winter, geb. Seibel, Gernsheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 1. 11. 1972

Amtsgericht

3619

2 K 17 72: Das im Grundbuch von Hessenaue, Band 5, Blatt 157, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hessenaue, Flur 11, Flurstück 10 8, Bauplatz, Hauptstr., Größe 6,96 Ar,

soll am 16. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 4. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fritz Rimasch, Bauunternehmer, Rüsselsheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 1. 11. 1972

Amtsgericht

3620

2 K 21 72: Das im Grundbuch von Biebesheim, Band 50, Blatt 2614, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Biebesheim, Fl. 1, Flurstück 247, Hof- und Gebäudefläche, Heinrichstr. 1, Größe 3,19 Ar,

soll am 23. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 6. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Adam Karl Pfeifer in Biebesheim, zu 1/2, Rudi Ludwig Friedrich Pfeifer, Erfelden, zu 1/4, dessen Ehefrau Sieglinde, geb. Roth, daselbst, zu 1/4.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 1. 11. 1972

Amtsgericht

3621

2 K 27 71 und 2 K 13, 14 72: Die im Grundbuch von Uckersdorf, Band 29, Blatt Nr. 1005, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Uckersdorf, Flur 5, Flurstück 30, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße, Größe 5,08 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Uckersdorf, Flur 5, Flurstück 31, Bauplatz, Waldstraße, Größe 4,36 Ar,

sollen am 26. Januar 1973, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborm, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Dreher Wilfried Piel,
b) Verwaltungsangestellter Thomas Piel,
c) Norbert Piel, geb. am 25. 10. 1956, alle wohnhaft in 6349 Burg-Uckersdorf.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

zu lfd. Nr. 1 auf 175 200,— DM,

zu lfd. Nr. 2 auf 4 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborm, 24. 10. 1972

Amtsgericht

3622

2 K 23 72: Die im Grundbuch von Arborm, Band 19, Blatt 636, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Arborm, Flur 44, Flurstück 66, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 84, Größe 2,34 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Arborm, Flur 47, Flurstück 104, Ackerland, Sand, Größe 13,54 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Arborm, Flur 44, Flurstück 52, Ackerland und Gartenland, Überschar unterm Weg, Größe 4,94 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Arborm, Flur 50, Flurstück 63, Grünland, Münchbornsfeld, Größe 14,09 Ar,

sollen am 2. Februar 1973, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborm, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Juli 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Dachdecker Rudi Friedrich in Arborm.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

zu lfd. Nr. 1 auf 7800,— DM,

zu lfd. Nr. 2 auf 660,— DM,

zu lfd. Nr. 3 auf 1200,— DM,

zu lfd. Nr. 4 auf 520,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborm, 27. 10. 1972

Amtsgericht

3623

1 K 44 72 — Das im Grundbuch von Herzhausen, Band 4, Blatt 170, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 7, Gemarkung Herzhausen, Flur 7, Flurstück 621, Hof- und Gebäudefläche, In der Windrödel, Haus Nr. 17, Größe 8,76 Ar,

soll am 22. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. September 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Platzmeister Richard Dudek in Ittertal-Herzhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 21 140,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

354, Korbach, 27. 10. 1972

Amtsgericht

3624

1 K 18 71: Das im Grundbuch von Alraft, Band 6, Blatt 112, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Alraft, Flur 3, Flurstück 13/24, Bauplatz, Auf dem Lindenberge, Größe 1,61 Ar,

soll am 8. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. Juli 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Erna Goldhammer geb. Zander in Alraft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 23 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 3. 11. 1972

Amtsgericht

3625

5 K 17 72 — Die im Grundbuch von Langen, Band 161, Blatt 8442, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1 Gemarkung Langen, Flur 6, Flurstück 42, Ackerland, Unland, zieht auf die Straße Größe 12,19 Ar,

lfd. Nr. 2 Gemarkung Langen, Flur 6, Nr. 43, Ackerland, Unland, daselbst, Größe 9,25 Ar,

Nr. 3 Gemarkung Langen, Flur 6, Nr. 56, Ackerland, Unland, Im oberen Strich, Größe 7,06 Ar,

Nr. 4 Gemarkung Langen, Flur 6, Nr. 59 1, Gebäudefläche, außerhalb der Stadt 6, Größe 0,45 Ar,

Nr. 7 Gemarkung Langen, Flur 6 Nr. 67 3, Ackerland, Im oberen Strich, mit 2605 qm, Unland daselbst, Größe 31,00 Ar,

sollen am 19. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 20, zum Zwecke der Verwertung des Konkursvermögens versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. August 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Günter Walter in Langen und Klaus Walter in Erzhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

607 Langen, 31. 10. 1972

Amtsgericht

3626

K 28 72: Die ideelle Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Würzburg, Band 8, Blatt 330, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Würzburg, Flur 1, Nr. 79 3, Hof- und Gebäudefläche, Im Engerle, Größe 9,00 Ar,

soll am 30. Januar 1973, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Miteigentümerin am 6. Juli 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Sonja Schuck, geb. Trumpfheller, Würzburg.

Wert der ideellen Grundstückshälfte gemäß § 74a ZVG festgesetzt auf 56 831 DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Gebots in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 23. 10. 1972

Amtsgericht

3627

K 42 70 — Das im Grundbuch von Vielbrunn, Band 15, Blatt 580, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Vielbrunn, Fl. 6, Nr. 106 1, Hof- und Gebäudefl., Breslauer Straße 15, Größe 12,15 Ar, und Gartenland, Breslauer Straße, Größe 19,40 Ar,

soll am 13. Febr. 1973, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt durch Zwangs-

vollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 4. 1. 71/21. 3. 71 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Andre Alesch,
- b) Annemarie Alesch, geb. Borghart, beide in Vielbrunn, zu je 1/2.

Wert gemäß § 74a ZVG: 260 393,— DM. Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Gebots in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 24. 10. 1972 **Amtsgericht**

3628

7 K 35 72: Durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft nach dem verstorbenen eingetragenen Eigentümer sollen die im Grundbuch von Steinheim (M.), Band 36, Blatt 1714, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 8, Flur 1, Nr. 802/1, Lieg.-B. 1075, Hof- und Gebäudefläche, Eppsteinstr. 84, Größe 1,16 Ar, und

lfd. Nr. 10, Flur 1, Nr. 809/3, Lieg.-Buch 1075, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 2,38 Ar, der Gemarkung Klein-Steinheim,

am Mittwoch, dem 3. Januar 1973, 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 18, Gebäude B, Saal 611, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerks (24. 10. 1972): Graugußformer Franz Bohländer in Steinheim (Main).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (M.), 27. 10. 1972

Amtsgericht, Abt. 7

3629

K 20/72 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Röllshausen, Band 19, Blatt 506, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Röllshausen, Flur 22, Flurstück 25, Lieg.-B. 450, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 23, Größe 2,46 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Röllshausen, Flur 23, Flurstück 118, Gartenland Wittichgarten, Größe 2,25 Ar,

sollen am Montag, 29. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 6. und 3. 7. 1972 (Tag der Versteigerungsvermerke): Frau Anneliese Wöllenstein geb. Kurz in 35 Kassel, Philippinenhöferweg Nr. 16.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden für lfd. Nr. 1 auf 22 500,— DM, für lfd. Nr. 2 auf 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt 1, 17. 10. 1972

Amtsgericht

3630

61 K 58 72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 243, Blatt 3639, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Flur 17, Flurstück 733/21, Hof- und Gebäudefläche, Gneisenastr. 31, Größe 4,25 Ar,

soll am 17. Januar 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Oktober 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Frau Margarethe Elisabeth Mandt geb. Hartmann in Wiesbaden,
- b) Kurt Rudolf Hartmann in Frankfurt/M. zu a) und b) in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 30. 10. 1972

Amtsgericht

3631

3 K 10 72: Das im Grundbuch von Atzbach, Band 56, Blatt 2079, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Atzbach, Hof- und Gebäudefläche, Hinter den Klingelgärten, Flur 18, Flurstück 85/1, Größe 6,51 Ar,

soll am 17. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Februar 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Mechaniker Walter Krombach, Atzbach.

Beschluß:

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 27. 9. 1970 gegenüber allen am Verfahren beteiligten Personen auf 163 000 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 25. 10. 1972

Amtsgericht

3632

2 K 22/72: Das im Grundbuch von Dornholzhausen, Band 14, Blatt 436, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Dornholzhausen, Flur 11, Flurstück 46/1, Hof- und Gebäudefläche, In der kleinen Blank, Größe 5,86 Ar, soll am 24. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. Juli 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wilhelm Brück, Dornholzhausen.

Beschluß:

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 22. August 1972 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten auf 3800 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 26. 10. 1972

Amtsgericht

3633

3 K 39/72: Das im Grundbuch von Garbenheim, Band 48, Band 1735, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Garbenheim, Flur 14, Flurstück 53/1, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenstraße, Größe 2,32 Ar,

soll am 24. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 6. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Dachdecker Lothar Amend,
- b) dessen Ehefrau Dagmar, geb. Kopp, zu je 1/2.

Beschluß:

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 28. August 1972 gegenüber allen am Verfahren beteiligten Personen auf 51 000 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 26. 10. 1972

Amtsgericht

3634

3 K 12/71: Das im Grundbuch von Cleeburg, Band 45, Blatt 1639, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Cleeburg, Flur 3, Flurstück 92, Hof- und Gebäudefläche, Untere Pforte 65, Größe 12,50 Ar,

soll am 31. Januar 1973, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 3. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Graphiker Gerhard Eberhard, Cleeburg,
- b) dessen Ehefrau Johanna, geb. Hofmann, daselbst,
- c) Maria Eberhard, geb. Schepp, Bad Nauheim, zu je 1/3.

Beschluß:

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 3. 5. 1971 gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf 15 000 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 31. 10. 1972

Amtsgericht

3635

Andere Behörden und Körperschaften

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Dem

Gemeindevorstand der Gemeinde 6392 Neu-Anspach

wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Ortsteil Anspach nach Ortsteil Anspach über die Ortsteile Hausen — Arnzbach — Rod am Berg

bis zum 31. Mai 1980 erteilt.

Der Betrieb des Linienverkehrs unterliegt der Aufsicht des Landrats des Hochtaunuskreises in Bad Homburg v. d. H. (§ 54 PBefG).

61 Darmstadt, 3. 10. 1972

Der Regierungspräsident

IV/2 — 66 f 02/05 — N — (1)

Hessischer Rundfunk

Aktiva

	Stand am	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	Stand am
	1. 1. 1971	U = Umbuchungen			31. 12. 1971
	DM	DM	DM	DM	DM
I. Anlagevermögen					
A. Sachanlagen und immaterielle Anlagevermögen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebs- und Verwaltungsgebäuden	57 203 757,47	370 933,46	U 8 000,— U 506 895,27	1 687 185,62	55 251 244,48
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	491 271,97	—	—	8 244,34	483 027,63
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	385,50	—	—	—	385,50
4. Bauten auf fremden Grundstücken und Einbauten in fremden Gebäuden, die nicht zu Nr. 1 oder 2 gehören	—	U 506 895,27	—	15 252,05	491 643,22
5. Antennenträger und gebäudeähnliche Betriebsvorrichtungen für Füllsender	—	688 197,68 U 1 155 175,06	—	145 946,47	1 697 426,27
6. Rundfunktechnische Anlagen und Geräte	24 266 356,87	8 260 319,22 U 2 700 238,25	19 793,28 U 1 155 175,06	6 360 523,38	27 691 422,62
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 353 423,14	1 423 417,07	33 957,22 U 2 216 780,69	1 135 367,09	3 390 735,21
8. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	1 682 012,54	10 938 172,21	—	—	12 620 184,75
9. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	463 579,23	34 093,11	U 362 092,—	28 281,02	107 299,32
	89 460 786,72	21 715 132,75 U 4 362 308,58	61 750,50 U 4 362 308,58	9 380 799,97	101 733 369,—
B. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	175 004,—	—	—	—	175 004,—
2. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren, davon durch Grundpfandrechte gesichert DM 602 841,95	2 371 935,29	280 400,—	455 711,34	—	2 196 623,95
	92 007 726,01	21 995 532,75 U 4 362 308,58	517 461,04 U 4 362 308,58	9 380 799,97	104 104 996,95
II. Umlaufvermögen					
A. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				1 810 830,37	
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens					
1. Kassenbestand und Postscheckguthaben				69 848,57	
2. Guthaben bei Kreditinstituten, davon DM 31 000 000,— Termingelder und Sparguthaben				31 952 645,88	
3. Wertpapiere				12 285 553,75	
4. Forderungen an die Deutsche Bundespost				711 191,19	
5. Forderungen an verbundene Unternehmen				4 594 489,90	
6. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen, davon mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren DM 12 179,—				35 377,55	
7. Sonstige Vermögensgegenstände, davon durch Grundpfandrechte gesichert DM 26 473,—				3 599 683,44	55 059 620,65
					150 164 617,60

Frankfurt am Main, im Juni 1972

HESSISCHER RUNDfunk
Anstalt des öffentlichen Rechts
Der Intendant
gez. Werner Hess

Vermögensrechnung zum 31. Dezember 1971

Passiva

	DM	DM	DM
I. Kapital			
Stand am 1.1.1971		55 795 000,—	
Zuweisung		3 047 000,—	58 842 000,—
II. Rücklagen			
1. Sicherheitsrücklage			
Stand am 1.1.1971	3 630 000,—		
Zuführung	505 000,—	4 135 000,—	
2. Allgemeine Rücklagen			
Stand am 1.1.1971	11 005 000,—		
Entnahme	3 289 000,—	7 716 000,—	11 851 000,—
III. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen		56 007 242,47	
2. Andere Rückstellungen		23 229 216,27	79 236 458,74
IV. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren			
Sonstige Verbindlichkeiten		3 637 041,10	
V. Andere Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		3 561 764,92	
2. Sonstige Verbindlichkeiten		2 036 352,84	9 235 158,86
			159 164 617,60

Das Kassenwesen, die Buchführung und die Jahresrechnung entsprechen nach unserer

Frankfurt am Main, den 20. Juni 1972

pflichtmäßigen Prüfung dem Gesetz über den Hessischen Rundfunk,

DEUTSCHE REVISIONS- UND TREUHAND AKTIENGESELLSCHAFT
 Treuarbeit
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
 Steuerberatungsgesellschaft

gez. Prof. Dr. Forster
 Wirtschaftsprüfer

gez. Schmiedel
 Wirtschaftsprüfer

Hessischer Rundfunk

Ertrags- und Aufwandsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1971

	DM	DM	DM
I. Betriebserträge			
1. Erträge aus			
a) Hörfunkgebühren (brutto)	51 272 013,66		
./. Entgelte für Postleistungen	7 902 306,49	43 369 707,17	
b) Fernsehgebühren (brutto)	107 442 311,81		
./. Entgelte für Postleistungen	25 059 070,59		
./. Anteil ZDF	82 383 241,22	57 682 241,35	
24 700 999,87			
Nettoerträge aus Gebühren		101 051 948,52	
2. Erträge aus Kostenerstattungen		13 721 806,52	
3. Andere Betriebserträge		847 068,96	115 620 824,—
II. Betriebsaufwendungen			
1. Leistungs-, Urheber- und Herstellervergütungen Informationsdienste		22 780 498,80	
2. Anteil an Programm-Gemeinschaftsaufgaben (ARD, ZDF, UER)		3 394 757,19	
3. Steuern		50 698,52	
4. Sonstige Sachaufwendungen		28 068 673,30	
5. Gehälter		46 158 220,76	
6. Soziale Abgaben		4 262 661,89	
7. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		10 263 986,94	
8. Abschreibungen			
a) auf das Anlagevermögen		9 380 799,97	
b) auf das Umlaufvermögen		1 800,—	124 362 097,37
III. Betriebsergebnis/. 8 741 273,37
IV. Neutrale Erträge			
1. Erträge aus Beteiligungen	14 793 055,77		
./. Steuern	5 485 263,—	9 307 792,77	
2. Zinsen und ähnliche Erträge		3 243 476,94	
3. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		24 510,84	
4. Außerordentliche Erträge		3 054 132,73	15 629 913,28
V. Neutrale Aufwendungen			
1. Anteil am Finanzausgleich		5 600 000,—	
2. Sonstige Gemeinschaftsaufgaben		127 973,—	
3. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		34 772,57	
4. Sonstige Aufwendungen		862 894,34	6 625 639,91
VI. Neutrales Ergebnis			9 004 273,37
VII. Gesamtergebnis			+ 263 000,—
VIII. Entnahme aus Rücklagen			
a) Sicherheitsrücklage		—	
b) Allgemeine Rücklage		3 289 000,—	
IX. Zuführung zu Rücklagen			
a) Sicherheitsrücklage		505 000,—	
b) Allgemeine Rücklage		—	+ 2 784 000,—
X. Zuweisung zu Kapital/. 3 047 000,—
			—

Im Berichtsjahr wurden DM 2 461 951,87 an Pensionszahlungen (einschließlich Zahlungen an ehemalige RRG-Angehörige in Höhe von DM 63 010,05) geleistet. Die in jedem der folgenden fünf Geschäftsjahre voraussichtlich zu leistenden Zahlungen betragen 106%, 115%, 127%, 134% und 138% dieser Zahlungen.

Öffentliche Ausschreibungen

3657

Frankfurt (Main): Die Bauleistungen für den Abbruch und Neubau der Unterführung des Feldweges Diedenbergen—Massenheim in km 154,972 der A 15 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 1700 cbm Abbruch, Beton
- 530 qm Spundwände
- 7000 cbm Erdarbeiten
- 1485 cbm Beton B 300
- 180 t Baustahl III b

Bauzeit: 420 Werktage, 60 Schlechtwettertage eingerechnet.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 20. November 1972 schriftlich anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 30,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Frankfurt (M.), 68 21, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Abbruch und Neubau Unterführung in km 154,972 der A 15“.

Für Selbstabholer werden bestellte Ausschreibungsunterlagen am 21. November 1972 in der Zeit von 9 bis 15 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Abteilung Brückenbau, Steinweg 9, II. OG, Zimmer 49, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 19. Dezember 1972, 10 Uhr, im Zimmer 421. Zuschlags- und Bindefrist: 30. 3. 1973. Voraussichtlicher Baubeginn: Mai 1973.

6 Frankfurt (M.), 27. 10. 1972

Autobahnamt Frankfurt (M.),
Münchener Str. 4—6

3658

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der Brücke über den Stedebach, den Bau einer Stützmauer und Herstellung einer Umleitungsstrecke mit Notbrücke in der Ortslage Walburg im Zuge der B 7 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 850 cbm Bodenaushub,
- 80 cbm Fundamentbeton B 300
- 45 cbm B 300 für Flügel und Stützmauer
- 60 cbm Stahlbeton B 300 für Rahmenbauwerk
- 17 t Betonstahl I und III b
- 55 qm Mastix
- 500 qm bitum. Fahrbahnbelag für Umleitung

und sonstige Nebenleistungen.

Bauzeit: 250 Werktage einschl. Ausführungsunterlagen.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Beamte, Angestellte, Arbeiter des öffentlichen Dienstes

**Stehen Sie nicht weiter
abseits, während sich
100-tausende Ihrer Kollegen
Wohneigentum schaffen!**

Jeder dritte im öffentlichen Dienst ist bereits BHW-Bausparer. 400.000 Ihrer Kollegen haben ihr Ziel bereits erreicht. Ein Beweis für unsere außergewöhnlichen Leistungen, die es auch Ihnen ermöglichen, zu einem Haus oder einer Eigentumswohnung zu kommen.

Legen auch Sie jetzt den Grundstein dafür. Unser Finanzierungsvorschlag mutet Ihnen nur das zu, was Sie auch verkraften können. Sie brauchen von Ihren Lebensgewohnheiten nur soviel aufzugeben, wie Ihnen ein freieres Familienleben und eine gute Altersvorsorge wert sind.

Fordern Sie noch heute unsere kostenfreie Schrift „Leichter mit dem BHW“ an, die Sie ausführlich unterrichtet, auch über die hohen Wohnungsbauprämien, Steuervergünstigungen und Arbeitnehmer-Sparzulagen.

Leichter
mit
dem

BHW

Gemeinnützige
Bausparkasse
für den
öffentlichen
Dienst GmbH

Beamtenheimstättenwerk
325 Hameln · Postfach 666 · Fernruf (05151) 861

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 20. 11. 1972 anzufordern. Diese werden dann in doppelter Fertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 18,— DM abgegeben.

Der Beitrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 67 53, oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 161 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 12. 12. 1972 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 14 Werk-tage.

344 Eschwege, 31. 10. 1972 Hessisches Straßenbauamt

© - Ing. Wierwischchen

Das Cumarax® System gibt Sicherheit

CUA 721



Der Cumarax-Rattenring bringt System in die Rattenbekämpfung. Er wird in Kanälen und Schächten, auf Müllkippen und anderen Plätzen verankert. So kann er nicht verschleppt werden. Die Umwelt bleibt sauber. Denn auch eine Flutwelle kann ihn nicht fortspülen. Und der Erfolg ist einfach zu kontrollieren. Sobald kein Köder mehr gefressen wird, ist die Bekämpfung abgeschlossen. Ein Cumarax-Rattenring bleibt als „Frühwarnung“ vor Ratten-zugzug liegen. Das ist systematische Rattenbekämpfung.

Cumarax rollt Ratten und Mäuse aus
Cumarax-Rattenring DBP 1482371



Cumarax-Rattenring zum Verankern
Cumarax-Fertigköder
In der praktischen Aufreißpackung
zum Auslegen

Beide Cumarax-
Produkte wirken absolut
zuverlässig. Der Tod
kommt für die Ratten
unbemerkt. Keine
Ratte wird
gewermt. Die
Ausrottung
ist perfekt.



Spiess-Urania | Vereinte Experten
Pflanzenschutz | Doppelte Erfahrung

C. F. Spieß & Sohn, 6719 Kleinkarlbach · Pflanzenschutz Urania GmbH, 2 Hamburg 38

3640

3639

Hessische Staatsbäder Ferienhotels des Landes Hessen Burgen und Schlösser (Gaststätten und Hotels)

Wir sind ein Wirtschaftsbetrieb des Landes Hessen mit dem Sitz in Wiesbaden.

Für unsere Geschäftsleitung suchen wir zum 1. Januar 1973

eine jüngere, gewandte, diktatsichere

SEKRETÄRIN

Wir bieten Ihnen:

Ein Bruttogehalt von 1200 DM (Vergütungsgruppe VI b BAT) und mehr

— je nach Leistung, Lebensalter und Familienstand —;

Günstige Arbeitszeit;

Gesamtversorgung des öffentlichen Dienstes;

Weihnachtszuwendung.

Wenn Sie an einer Dauerstellung in einem aufgeschlossenen Kollegenkreis interessiert sind, so senden Sie uns bitte Ihre Bewerbungsunterlagen oder rufen Sie uns an.

Hessische Staatsbäder

— Hauptverwaltung —

6200 Wiesbaden,

Burgstraße 6, Telefon 30 30 94

ALLGEMEINE BERGVERORDNUNG

FÜR DAS LAND HESSEN — ABV — VOM 6. 6. 1969

Herausgeber Hessisches Oberbergamt

Textausgabe mit Sachverzeichnis

Sonderdruck aus dem Staats-Anzeiger für das Land Hessen — 128 Seiten, Format 120 x 170 mm — Umschlag cellophanisiert — Preis DM 3.— einschl. Versandkosten u. 5,5% Mwst

Zu beziehen bei

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN
GmbH & Co KG — 62 Wiesbaden Wilhelmstraße 42, Postfach

Anzeigen-Annahmeschluß

jeden Montag um 14 Uhr
für die am darauffolgenden Montag erscheinende
Ausgabe des Staats-Anzeiger

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 15,80 (einschließlich 5 1/2% = 0,82 DM MwSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Ministerrat Gantz, für den übrigen Teil: Karl Blum, Wiesbaden Verlag Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden Postfach 1329, Postcheckkonto 6 Frankfurt M. Nr. 143 60. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Giesel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Ver-

Wir sind eine moderne, aufgeschlossene Verwaltung



kreisverwaltung gross-gerau

Die Kreisverwaltung des industriestarken Landkreises Groß-Gerau (rd. 230 000 Einwohner, 460 qkm mit 26 Städten und Gemeinden) im Ballungsgebiet Rhein-Main, zwischen den Großstädten Frankfurt, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt, sucht einen dynamischen

Baudirektor als Leiter des Kreisbauamtes

Der jetzige Stelleninhaber geht zum 31. 1. 1973 in den Ruhestand. Die Einstellung soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Der Bewerber soll die Befähigung zum höheren technischen Dienst (II. Staatsprüfung), schöpferische Initiative, organisatorische Befähigung und gutes Verhandlungsgeschick besitzen. Die Voraussetzungen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis sollen erfüllt sein.

Das Kreisbauamt umfaßt die Abteilungen Strukturplanung, Bauaufsicht, Bauverwaltung, Hochbau, Tiefbau, Bauleitplanung und Bauunterhaltung. Entsprechende Erfahrungen auf den Gebieten der Bauaufsicht, der Bauleitplanung und des Hochbaus sind erwünscht.

Geboten werden:

Besoldung nach A 15 des Hessischen Besoldungsgesetzes, Aufstiegsmöglichkeit nach A 16 ist gegeben,

die anerkannten Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes und

Anerkennung eines privateigenen Pkw's zu Dienstfahrten.

Am Sitz der Verwaltungsbehörde in Groß-Gerau sind alle Schulformen vorhanden.

Bewerbungen mit Lichtbild, einem handgeschriebenen Lebenslauf, Zeugnisschriften und Befähigungsnachweisen werden bis 31. 12. 1972 erbeten an

Kreisausschuß Hauptverwaltung, 6080 Gross-Gerau
Landratsamt, Tel. 06152/12270+12277

3641

Reg.-Amtmann (Bundesbeamter), 33 J., sucht neuen Wirkungskreis im Raum Kassel. Angebote unter 45/72 an den Staats-Anzeiger für das Land Hessen, 62 Wiesbaden, Postfach 1329

trieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 39671, Fernschreiber 04186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,40 bis 40 Seiten DM 1,21 bis 48 Seiten DM 1,62, über 48 Seiten DM 4,16. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5 1/2 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postcheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 9 vom 1. 6. 1972.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 48 Seiten.